

Peter Autengruber
Sabine Lichtenberger



Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945

1A

Politik und Zeitgeschehen



Politik und Zeitgeschehen 1A

Geschichte der Sozialdemokratie und anderer politischer Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945

**Peter Autengruber
Sabine Lichtenberger**

**Geschichte der Sozialdemokratie
und anderer politischer Strömungen
der ArbeiterInnenbewegung bis 1945**

VOGB



ÖSTERREICH

Dieses Skriptum ist für die Verwendung im Rahmen der Bildungsarbeit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Gewerkschaften und der Kammern für Arbeiter und Angestellte bestimmt.

Zeichenerklärung



Hinweise



Beispiele



Zitate

Das Skriptum basiert teilweise auf ein Vorläuferskriptum von Dr. Erik Eberhard, dem für die Überlassung der Texte gedankt wird.

Stand: November 2019

Impressum:

Layout/Grafik: Manuela Maitnar, Walter Schauer

Layoutentwurf/Umschlaggestaltung: Kurt Schmidt

Coverfoto: © Sfondi arte, Giuseppe Pellizza da Volpedo „i Quarto Stato“ (Der vierte Stand)

Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

© 2016 by Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, Wien

Herstellung: Verlag des ÖGB GmbH, Wien

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Printed in Austria

| | |
|--|-----|
| Einleitung | 6 |
| Die Entstehung der Sozialdemokratie | 8 |
| Der utopische Sozialismus | 9 |
| Der wissenschaftliche Sozialismus | 13 |
| Der Anarchismus | 16 |
| Der (Anarcho-)Syndikalismus | 22 |
| Anfänge der österreichischen ArbeiterInnenbewegung | 24 |
| Die Geschichte vom „Lied der Arbeit ...“ | 28 |
| Der Kampf um das Koalitionsrecht | 29 |
| Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie | 32 |
| Geschichte des 1. Mai | 36 |
| Der Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht | 40 |
| Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg | 42 |
| Die erste Republik (1918–1933) | 48 |
| Sozialdemokratie in der Regierung | 49 |
| Von der Opposition zum Bürgerkrieg | 54 |
| Der Kommunismus | 72 |
| Austrofaschismus (1933–1938) | 78 |
| Nationalsozialismus (1938–1945) | 94 |
| Bildnachweis | 106 |
| Autor/in | 107 |
| Links | 108 |
| Literaturverzeichnis | 110 |

1 Einleitung

Der Begriff **Sozialdemokratie** stammt aus dem 19. Jahrhundert. Als SozialdemokratInnen verstanden sich jene Gegner der alten herrschenden Ordnung, die Demokratie nicht wie die bürgerlichen Revolutionäre auf die politisch-parlamentarische Ebene beschränkt wissen wollten. Als **SozialdemokratInnen** kämpften sie für eine **sozialistische** Gesellschaft, also für eine Gesellschaft, die in allen Bereichen – also auch auf der wirtschaftlichen, betrieblichen und sozialen Ebene – **demokratisch** organisiert sein sollte.



Friedrich Hecker

Das Wort S. wurde in Dtl. erstmals 1848 von F. HECKER benutzt. Viele Mitgl. der 1848 gegründeten »Allgemeinen Dt. Arbeiterverbrüderung« bezeichneten sich als »Sozial-Demokraten«. S. BORN, einer der Gründer dieser Vereinigung, schlug zur Lösung der sozialen Frage ein Programm prakt. Sozialreformen vor, das auf parlamentar. Wege verwirklicht werden sollte. K. MARX, der mit F. ENGELS das Programm des → Bundes der Kommunisten geprägt hatte, verlieh der Bez. S. einen proletarisch-revolutionären Sinn.

Friedrich Hecker (1811–1881), Rechtsanwalt, Revolutionär von 1848, war maßgeblich am Aufstand in Baden beteiligt.

(Aus: Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bänden, Band 9 und Band 20, Mannheim 1993, S. 583)





© Bildarchiv ÖGB


Der Kapitalismus ersetzt alle Manufakturen durch moderne Fabriken. Das Proletariat bleibt rechtlos.

SKRIPTEN ÜBERSICHT



| SOZIALRECHT | |  |
|---|---|---|
| SR-1 | Grundbegriffe des Sozialrechts | |
| SR-2 | Sozialpolitik im internationalen Vergleich | |
| SR-3 | Sozialversicherung – Beitragsrecht | |
| SR-4 | Pensionsversicherung I: Allgemeiner Teil | |
| SR-5 | Pensionsversicherung II: Leistungsrecht | |
| SR-6 | Pensionsversicherung III: Pensionshöhe | |
| SR-7 | Krankenversicherung I: Allgemeiner Teil | |
| SR-8 | Krankenversicherung II: Leistungsrecht | |
| SR-9 | Unfallversicherung | |
| SR-10 | Arbeitslosenversicherung I: Allgemeiner Teil | |
| SR-11 | Arbeitslosenversicherung II: Leistungsrecht | |
| SR-12 | Insolvenz-Entgeltssicherung | |
| SR-13 | Finanzierung des Sozialstaates | |
| SR-14 | Pflege und Betreuung | |
| Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert. | | |

| ARBEITSRECHT | |  |
|--------------|---|---|
| AR-1 | Kollektive Rechtsgestaltung | |
| AR-2A | Betriebliche Interessenvertretung | |
| AR-2B | Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates | |
| AR-2C | Rechtstellung des Betriebsrates | |
| AR-3 | Arbeitsvertrag | |
| AR-4 | Arbeitszeit | |
| AR-5 | Urlaubsrecht | |
| AR-6 | Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall | |
| AR-7 | Gleichbehandlung im Arbeitsrecht | |
| AR-8A | ArbeitnehmerInnenschutz I: Überbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz | |
| AR-8B | ArbeitnehmerInnenschutz II: Innerbetrieblicher ArbeitnehmerInnenschutz | |
| AR-9 | Beendigung des Arbeitsverhältnisses | |
| AR-10 | Arbeitskräfteüberlassung | |
| AR-11 | Betriebsvereinbarung | |
| AR-12 | Lohn(Gehalts)exekution | |
| AR-13 | Berufsausbildung | |
| AR-14 | Wichtiges aus dem Angestelltenrecht | |
| AR-15 | Betriebspensionsrecht I | |
| AR-16 | Betriebspensionsrecht II | |
| AR-18 | Abfertigung neu | |
| AR-19 | Betriebsrat – Personalvertretung Rechte und Pflichten | |
| AR-21 | Atypische Beschäftigung | |
| AR-22 | Die Behindertenvertrauenspersonen | |

| GEWERKSCHAFTSKUNDE | |  |
|--------------------|---|---|
| GK-1 | Was sind Gewerkschaften? Struktur und Aufbau der österreichischen Gewerkschaftsbewegung | GK-4 Statuten und Geschäftsordnung des ÖGB |
| GK-2 | Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1945 | GK-5 Vom 1. bis zum 19. Bundeskongress |
| GK-3 | Die Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis heute | GK-7 Die Kammern für Arbeiter und Angestellte |
| | | GK-8 Die sozialpolitischen Errungenschaften des ÖGB |

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Soziale Kämpfe waren immer eine treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung. Neben den Kämpfen um wirtschaftliche und politische Macht, die die herrschenden und mächtigen Gruppen und Klassen unter sich austrugen, gab es auch die Kämpfe jener, die gegen die Unterdrückung und für eine gerechtere Verteilung von Macht und Reichtum eintraten.

In der Geschichte existierten zu jeder Zeit **Befreiungsbewegungen** der Unterdrückten, die in den verschiedenen Epochen sehr unterschiedliche Formen annahmen. **Soziale Bewegungen** aus früheren Jahrhunderten, wie beispielsweise die **Bauernaufstände**, scheiterten daran, dass sie ihr Ziel in einer Gesellschaft vergangener Epochen sahen. Damit gerieten sie in Widerspruch zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft und blieben deshalb letztlich nur ein vorübergehendes Phänomen der Geschichte.

Während der Feudalismus vom Gegensatz zwischen Adel und Bauern, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung stellten, geprägt war, brachte der **Kapitalismus** mit der industriellen Revolution auch eine neue Klasse hervor: das moderne **Proletariat** (= die LohnarbeiterInnenschaft). Der Widerstand der ArbeiterInnenschaft gegen die katastrophalen Lebensumstände machte sich anfänglich oft in verzweifelten Aktionen gegen die modernen Maschinen Luft, die sie als Ursache des Elends ansahen („Maschinenstürmer“). Um erfolgreich zu sein, fehlte aber noch ein zukunftsweisendes politisches Programm und die Fähigkeit, sich dauerhaft für die eigenen Interessen zu organisieren.

Das **Elend des Proletariats** in den fortgeschrittenen Industrieländern (damals Nordwesteuropa, vor allem Großbritannien) führte einerseits dazu, dass **Sozialreformer, Früh- oder utopische Sozialisten** genannt, versuchten, Lösungsmodelle für die „**soziale Frage**“ zu entwickeln. Ihre Vorstellungen entbehrten meist einer grundlegenden Analyse der bestehenden Gesellschaft und gingen

Die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung ist zugleich eine Geschichte der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Probleme. International und in Österreich ist die Entstehung der ArbeiterInnenbewegung eine Folge der Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise.

von Idealbildern einer Gesellschaft aus. Andererseits kam es zur Bildung der ersten Arbeiterorganisationen: Selbsthilfevereine, Berufsgewerkschaften und Arbeiterbildungsvereine.

Der utopische Sozialismus

Üblich wurde der Begriff seit Engels Publikation „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (1880). Die Unterscheidung zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus findet sich erstmals im Kommunistischen Manifest (Marx/Engels 1848):



„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“

(Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei.

In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Wien-Berlin 1990, S. 493)

Der utopische Sozialismus verbreitete sich Anfang des 19. Jahrhunderts in Westeuropa. Seine **Vertreter kritisierten die soziale Ungleichheit** in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft und entwarfen Pläne zur Schaffung einer „Gesellschaft der Gleichen“, die auf kollektivem Eigentum beruhen sollte.

Der Begriff Frühsozialismus (oder utopischer Sozialismus) umfasst alle frühen sozialistischen Ideen und Vorstellungen, die vor dem Wirken von Karl Marx und Friedrich Engels entstanden. Der Ausdruck wurde von Marx und Engels geprägt, die sich damit von den Frühformen sozialistischer Gedanken abgrenzen wollten. Zeitlich gesehen umfasst der Frühsozialismus alle Theorien und Ideen, die vor der Revolution 1848/49 entstanden.

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Die utopischen Sozialisten befassten sich mit der menschlichen Natur. Alle Menschen seien gleich, mit identischen Rechten und Pflichten. Aber die Entwicklung der Menschheit mit ihren Kriegen und der Ausbeutung sei entgegengesetzt verlaufen. Ihre Mahnungen richteten sich an die Besitzenden. Sie erwarteten die soziale Umgestaltung gerade von der Klasse, die am Weiterbestehen der kapitalistischen Gesellschaft am meisten profitierte und daher Gegner der sozialen Revolution war. Die Frühsozialisten waren nicht Vertreter des „Klassenkampfes“, sondern **Verfechter einer „Verständigungspolitik“**, indem sie die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ignorierten und alle Menschen aufriefen, der „Stimme des Herzens“ zu folgen und durch gemeinsames Handeln die neue Gesellschaft zu verwirklichen.

Mit ihrem Appell an die Moral der Menschen standen sie im **Gegensatz zum Marxismus**, der versuchte, aus den Gesetzmäßigkeiten der realen Gesellschaft Schlussfolgerungen für die weitere Entwicklung abzuleiten.

→ Trotzdem ist der utopische Sozialismus jene Strömung, die Marx und Engels den Weg bereitete.

Gemeinsam ist den Frühsozialisten, dass die ArbeiterInnen nicht als die gesellschaftsverändernde Kraft vorkommen, sondern als eine zu bemitleidende Schicht verelender Menschen. In der ArbeiterInnenklasse sahen sie nicht das Mittel, die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden, sondern sie konstruierten andere Kräfte zur Gesellschaftsveränderung: die Ideale der Vernunft, des Rechts und der Moral und deren vermeintlich gleiche Wirkung auf alle Menschen.

Der früheste Vertreter war **François Noël Babeuf** (1760–1797). Während der französischen Revolution (1789–1799) hatte er die „Gesellschaft der Gleichen“ gegründet und damit der Bewegung der Frühsozialisten eine Plattform geboten.

Die utopischen Sozialisten waren der Ansicht, dass die Übel der bestehenden Gesellschaftsordnung mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln in Zusammenhang stünden. Eine gerechte Güterverteilung könne nur erreicht werden, indem man das System der Produktion und die Eigentumsverhältnisse ändere.

Claude-Henri de Rouvnoy Comte de Saint-Simon (1760–1825) unterscheidet zwischen MüßiggängerInnen und den produktiven Menschen, wobei ArbeiterInnen und Unternehmer (wenn sie nützliche Arbeit verrichten) gemeinsam die Klasse der produktiven Menschen bilden. Der Anteil des/der Einzelnen am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand sei nach der eingebrachten Leistung zu bemessen – eine Spitze gegen den Adel. Das Christentum hätte daher die Aufgabe, die unteren Bevölkerungsschichten bei der Güterverteilung gerecht zu berücksichtigen. Reine Nächstenliebe und das Mitleid mit der „leidenden Klasse“ sollten ausreichende Kräfte sein, um die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden.

Der Gedanke Saint-Simons, der Staat müsse von der politischen Herrschaft über Menschen in eine gemeinsame Verwaltung von Dingen umgewandelt werden, fand Eingang in die **Staatstheorie von Marx und Engels**.

Erst bei **François Marie Charles Fourier** (1772–1837, „Theorie der vier Bewegungen und der allgemeinen Bestimmungen“, 1808) und **Robert Owen** (1771–1858) beginnt sich der Begriff des Proletariats deutlicher abzuzeichnen.

Von den Frühsozialisten stand **Owen** der modernen ArbeiterInnenbewegung wohl am nächsten. Owen ist eine Ausnahme unter den Frühsozialisten, weil er sich auch politisch betätigte. Er beeinflusste die englische ArbeiterInnenschutzgesetzgebung und die Gewerkschaften griffen seine genossenschaftlichen Ideen auf. Owen beschäftigte sich frühzeitig mit den sozialen Bedingungen in der Industriearbeit und versuchte nachzuweisen, dass die Unterdrückung der ArbeiterInnen keine Voraussetzung für eine effektive Produktion sei. In New Lanark (Schottland) führte er eine Baumwollspinnerei als Musterbetrieb (verkürzte Arbeitszeiten, Kranken- und Altersversicherung, Arbeiterwohnhäuser, keine



Robert Owen (links)
und Charles Fourier

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Kinderarbeit, Schulbildung für Kinder). Nach dem Verkauf der Fabrik ging er in die USA und gründete die Kolonie „New Harmony“. Als das Experiment scheiterte, setzte er in England seine Arbeit, die Bekämpfung der Armut, fort. Den politischen Kampf lehnte Owen jedoch ab.

Von **Babeuf**, **Fourier** und **Saint-Simon** beeinflusst war **Louis-Auguste Blanqui** (1805–1881). Er wirkte am Sturz von Karl X. in der Julirevolution 1830 mit und begründete bald darauf die geheime „Gesellschaft der Jahreszeiten“. Mit anderen Mitgliedern dieser Gesellschaft organisierte er 1837 in Paris einen bewaffneten Aufstand gegen den Bürgerkönig Louis Philippe, der niedergeschlagen wurde. Nach neun Jahren Haft wurde er 1848 begnadigt und trat als Wortführer der Linken im Pariser Juniaufstand in Erscheinung. 1870 beteiligte er sich an der Organisation der Aufstände, die zur Pariser Kommune (1871) führten und stand für kurze Zeit an der Spitze der Übergangsregierung.

Blanqui hatte großen Einfluss auf spätere kommunistische und sozialistische Bewegungen. Seine Anhänger (**„Blanquisten“**) schlossen sich der Sozialistischen Partei Frankreichs an.

In Deutschland war **Moses Hess** (1812–1875), ein deutsch-jüdischer Philosoph, der als Vorläufer der zionistischen Bewegung gilt, von den Frühsozialisten beeinflusst. Seine „Heilige Geschichte der Menschheit. Von einem Jünger Spinozas“ (1837) enthielt ein dezidiert sozialistisches Forderungsprogramm.

Der deutsche Journalist und Philosoph **Karl Theodor Ferdinand Grün** (1817–1887) war vor allem von dem Ökonomen und Soziologen **Pierre-Joseph Proudhon** (1809–1865) geprägt. Auf Proudhons im Oktober 1846 erschienene Schrift „Philosophie des Elends“ antwortete **Karl Marx** 1847 mit dem „Elend der Philosophie“, worin er die in Frankreich stark verbreiteten Schriften Proudhons scharf kritisierte und die Gelegenheit wahrnahm, seine eigene materialistische Geschichtsauffassung sowie seine politische Ökonomie darzulegen (vgl. auch S. 13).

Als Stellvertreter des Frühsozialismus sei noch der Ökonom **Johann Karl Rodbertus** (1805–1875) erwähnt, der als Begründer des Staatssozialismus gilt. Er stellte zwar den Kapitalismus in Frage, bot aber als Alternative den Interventionismus an: Der Staat solle aktiv mit politischen Mitteln und regulatorischen Maßnahmen in die Privatwirtschaft eingreifen. Karl Marx, Friedrich Engels, aber

auch **Rosa Luxemburg** (1871–1919) und **August Bebel** (1840–1913) setzten sich mit seinen Schriften kritisch auseinander.

Die Ablöse frühsozialistischer Ideen ging Hand in Hand mit dem Wirken von Marx und Engels sowie des erstarkenden **Anarchismus**. Letzterer war vor allem in Süd- und Osteuropa bedeutend (vgl. Kap. 2.3). Durch das Erstarken der organisierten ArbeiterInnenbewegung und den Revolutionen von 1830 und 1848 verloren die Frühsozialisten schnell an Bedeutung und die marxistisch geprägte ArbeiterInnenbewegung verbreitete sich zunehmend.

Der wissenschaftliche Sozialismus

Für die Entstehung und Entwicklung der modernen ArbeiterInnenbewegung wurde der wissenschaftliche Sozialismus ausschlaggebend, der von **Karl Marx** (1818–1883) und **Friedrich Engels** (1820–1895) begründet wurde.

Mit der Entstehung des industriellen Kapitalismus entstanden auch die moderne ArbeiterInnenklasse und die ArbeiterInnenbewegung. Nach den verschiedenen Frühformen (vgl. insbesondere Ferdinand Lassalle S. 27) setzte sich schließlich das marxistische Konzept durch: die Organisierung der ArbeiterInnenklasse zum Kampf für ihre Interessen in einer sozialistischen Gesellschaft.

Marx und Engels kamen zu der Schlussfolgerung, dass nur der organisierte Kampf der ArbeiterInnen zur Schaffung einer neuen, gerechteren – einer sozialistischen–Gesellschaft führen kann und dass die Befreiung der ArbeiterInnen nur durch diese selbst möglich sei.



Karl Marx (links) und Friedrich Engels

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Es gelang, die Verbindung der sozialistischen Theorie mit der entstehenden ArbeiterInnenbewegung herzustellen. Die meisten der sich nun bildenden ArbeiterInnenparteien waren stark von den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus beeinflusst.

1864 wurde unter der Führung von Marx und Engels in London die **Internationale Arbeiter-Association**, die später als 1. Internationale in die Geschichte einging, gegründet. Sie war der erste **internationale Zusammenschluss von ArbeiterInnenorganisationen**, die **Zusammenfassung der sozialistischen Bewegung** in den damaligen Industriestaaten Europas. Sie zerbrach 1876 am Gegensatz zwischen den Anhängern von Marx und Engels und jenen des Anarchisten Michail Bakunin (vgl. Seite 18).

1889 wurde von den marxistisch orientierten Sozialisten in Paris die **2. Internationale** ins Leben gerufen. Sie wurde von der **deutschen Sozialdemokratie** dominiert, die sich, angeführt von **August Bebel** und **Wilhelm Liebknecht**, bereits zu einer Massenpartei entwickelt hatte.

Gleichzeitig entstanden Auseinandersetzungen zwischen den VerteidigerInnen der **marxistischen Tradition** um **Karl Kautsky** (1854–1938), **Rosa Luxemburg** (1871–1919) und **Wladimir I. Lenin** (1870–1924) auf der einen Seite und den so genannten „Revisionisten“ um **Eduard Bernstein** (1850–1932) auf der anderen Seite, die für eine **Reformpolitik** und gegen eine **revolutionäre Ausrichtung** eintraten. In ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ (1899) wandte sich Rosa Luxemburg vehement gegen Bernsteins revisionistische Position:



„Diese ganze Theorie läuft praktisch auf nichts anderes als auf den Rat hinaus, die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zwecke zu machen. Bernstein selbst hat am treffendsten und am schärfsten seine Ansichten formuliert, indem er schrieb: ‚Das Endziel, was immer es sei, ist mir Nichts, die Bewegung Alles‘.“

(Rosa Luxemburg: Politische Schriften I. Hg. Ossip K. Flechtheim. Unveränderte Neuauflage. Frankfurt am Main 1975, S. 48)



Eduard Bernstein (1850–1932)

Die deutsche Sozialdemokratie handelte immer mehr als reformistische Partei. Sie setzte sich für Reformen ein, die – ohne das System zu sprengen – auch durchführbar waren. Insofern war Bernsteins „Revisionismus“ nur die logische Folge einer Entwicklung. 1896 veröffentlichte er eine Reihe von Artikeln, in denen er den orthodoxen Marxismus angriff. Marx habe mit seiner Voraussage einer Krise des Kapitalismus und einer Verelendung des Proletariats nicht Recht gehabt. Das Gegenteil sei der Fall, und außerdem könne der Kapitalismus durch das Parlament auf friedliche Weise reformiert werden.

„Bernsteins Ideen wurden von führenden Vertretern der Zweiten Internationale mit Kritik überschüttet (...) Letztlich fand sein Revisionismus in der sozialdemokratischen Bewegung jedoch viel Zustimmung – ob nun bei dem Franzosen Jean Jaurés, dem Schweden Hjalmar Branting oder dem Italiener Francesco Merlino (...) Auch bei gewöhnlichen deutschen Arbeitern scheinen revisionistische Anschauungen beliebt gewesen zu sein, insbesondere in den Gewerkschaften.“

(David Priestland: *Weltgeschichte des Kommunismus*, München S. 89)

Die Zweite Internationale zerbrach 1914, am Beginn des Ersten Weltkrieges, an der Unterstützung der meisten sozialdemokratischen Parteien für den Kriegskurs „ihrer“ jeweiligen Regierungen. Die Folge war eine Spaltung der internationalen ArbeiterInnenbewegung.



Mitgliedskarte der Internationalen Arbeiterassoziation

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Der Anarchismus



„Das Ziel des Anarchismus ist die herrschaftsfreie Gesellschaft, eben die Anarchie, in der an die Stelle der Herrschaft von Menschen über Menschen die Verwaltung von Sachen tritt. Diese künftige Gesellschaft ist nicht ‚chaotisch‘, sondern nach dem Prinzip des Föderalismus organisiert. Die Kommune ist die kleinste Einheit des Wohnens, das Syndikat die Basis der Produktion, Distribution und Dienstleistung.“

(Kleines Lexikon der Politik, ed. Dieter Nohlen/Florian Grotz, 5. Auflage München 2011, S. 9)



„Anarchisten streben eine freie Gesellschaft der Gleichberechtigung an, in der es keine Herrschaft von Menschen über Menschen mehr gibt. Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft sollen befähigt und ermutigt werden, ihre privaten und gesellschaftlichen Bedürfnisse ohne Hierarchie und Bevormundung mit einem Minimum an Entfremdung selbst in die Hand zu nehmen. So soll eine andere Ordnung entstehen, in der Prinzipien wie die ‚freie Vereinbarung‘, ‚gegenseitige Hilfe‘ und ‚Solidarität‘ an die Stelle heutiger Realitäten wie Gesetze, Konkurrenz und Egoismus treten könnten.“

(Horst Stowasser: Anarchie. Idee – Geschichte – Perspektiven, Hamburg 2006, S. 16)

Der Begriff Anarchismus wird bereits im alten Griechenland verwendet. **Homer** und **Herodot** beispielsweise nennen Anarchia eine Gruppe von Menschen oder Soldaten „ohne Anführer“. Bei **Xenophon** (ca. 426 – 355 v. Chr.) wird der Begriff erstmals für Herrscherlosigkeit gebraucht. Die Anarchia ist ein Zeitraum ohne den obersten Staatsbeamten, den Anarchon.

Die Blütezeit des Anarchismus in Europa und in den USA fällt in die Zeit zwischen 1880 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Es kann dabei zwischen dem **individualistischen** und dem **politischen** Anarchismus unterschieden werden. Eine andere Unterscheidung wäre jene zwischen **gewaltbejahendem („Propaganda der Tat“)** und **gewaltfreiem Anarchismus**.

Beiden gemeinsam ist, dass sie – im Gegensatz zu anderen Strömungen der Linken – so gut wie **keine politische und organisatorische Kontinuität** aufzuweisen haben. Das hängt einerseits mit der anarchistischen Ablehnung von Organisation und der Befürwortung von politischer Spontaneität zusammen, aber auch mit der sozialen Basis des Anarchismus: Er stützte sich oft auf ländliche oder kleingewerbliche Schichten (oft in relativ rückständigen Ländern), die von der kapitalistischen Modernisierung (Mechanisierung der Landwirtschaft, Industrialisierung) bedroht waren, die in ihrer Verzweiflung zu radikalen Ausbrüchen neigten, aber letztlich auf verlorenem Posten standen.

Als wichtigste Bezugsperson für den Anarchismus gilt **Pierre-Joseph Proudhon** (1809–1865). Er wurde vor allem durch sein Buch „Was ist Eigentum?“ bekannt, in dem er die bestehende Eigentumsordnung angriff („**Eigentum ist Diebstahl!**“) und eine Verteilung der großen Produktionseinheiten zugunsten gewerblicher KleinproduzentInnen forderte.

Proudhon konzentrierte sich auf Genossenschaften und auf den **Aufbau einer zinslosen „Volksbank“**, der allerdings scheiterte. Er richtete sich nicht nur gegen das Großkapital, sondern auch **gegen die entstehende klassenkämpferische ArbeiterInnenbewegung**, gegen die gewerkschaftliche Organisation und gegen die Marxisten. Letztere warfen Proudhon vor, sich nicht am modernen Proletariat auszurichten, sondern am untergehenden handwerklichen Kleinbürgertum und an vorkapitalistischen Produktionsformen. Dies hängt damit zusammen, dass Proudhon, obwohl er in der Revolution von 1848 gründliche Erfahrungen mit der ArbeiterInnenschaft gesammelt hatte, von seinem Beruf her – er war Buchdrucker – in der Denkweise der Handwerkszünfte verhaftet blieb (vgl. auch S. 12). Proudhons Antisemitismus sei an dieser Stelle ebenfalls festgehalten.



Michail Bakunin, 1814–1876 (links)
und Pierre-Joseph Proudhon (rechts)

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Der gewaltbereite Teil der Anarchisten war damals und heute wohl am bekanntesten. Zahlreiche Attentate auf Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie etwa der österr. Kaiserin Elisabeth (1837–1898) prägten das Bild des Anarchismus nachhaltig. **Gewaltanwendung wurde mit Anarchismus gleichgesetzt.** Die „**Propaganda der Tat**“ (auch „Propaganda durch die Tat“), ein Begriff der von italienischen und französischen Anarchisten geprägt wurde, diskreditierte diese Strömung weltweit: Die Ermordung des französischen Präsidenten **Sadi Carnot** (1894), des italienischen Königs **Umberto I.** (1900), das Schussattentat auf US-Präsident **William McKinley** (1901) oder die Anschläge des umstrittenen Anarchisten **Ravachol**, der für zahlreiche Bombenanschläge in Paris 1892 verantwortlich war, und letztlich die Ermordung von **Kaiserin Elisabeth** in Genf (1898). Obwohl die Terroristen innerhalb der anarchistischen Bewegung isolierte Randfiguren waren, fanden sie naturgemäß stärkeren Eingang in die Schlagzeilen der Presse.

Durch **gezielte Anschläge auf verhasste Autoritäten** des Staates wollte man einerseits die RepräsentantInnen der herrschenden Klasse beseitigen und andererseits dem Volk Mut machen, sich zu erheben. Diese Strategie bewirkte freilich das **Gegenteil des Beabsichtigten**. Die durch anarchistische Anschläge vom „System“ gerechtfertigte Repression gegen die ganze ArbeiterInnenbewegung drängte diese in die Defensive. Vor allem die amerikanische ArbeiterInnenbewegung erlitt schweren Schaden.

Stellvertretend für viele Anarchisten steht für diese Gruppe **Michail Bakunin** (1814–1876), der 1864 an der Gründung der I. Internationale beteiligt war. Nach deren Zerfall in den 1870er Jahren baute er anarchistische Gruppen in ganz Europa auf. Bakunins Einfluss beschränkte sich freilich auf die industriell weniger entwickelten südeuropäischen Länder.

Die wichtigste Persönlichkeit des **gewaltfreien Anarchismus** ist zweifelsohne der Geograph und Schriftsteller **Pjotr Alexejewitsch Kropotkin** (1842–1921). Er gilt als Begründer des Anarchokommunismus. Kropotkin strebte eine völlig staatsfreie, durch vollständige Gütergemeinschaft bestimmte Gesellschaftsordnung an und trat für die **Gründung von Produktions- und Verbrauchsgenossenschaften** ein. Seine Bücher „Die Eroberung des Brotes“ (auch bekannt unter dem Titel „Wohlstand für alle“, 1892) und „Gegenseitige Hilfe in der Tier-



Nach dem bedeutenden Theoretiker des Anarchokommunismus, Kropotkin, sind eine russische Stadt und ein Vulkan benannt.

und Menschenwelt“ (1902), in denen er die sofortige Abschaffung des Lohnsystems und den unmittelbaren Übergang zur freien Verteilung forderte, hatten großen Einfluss.

Kropotkin kritisierte Lenin (Brief an Lenin, 1920), der den Anarchisten in seiner Schrift „Anarchismus und Sozialismus“ vorwarf, dass sie die Ursachen der Ausbeutung und in der Folge die Bedeutung der Organisierung und des Klassenkampfes der ArbeiterInnenklasse nicht verstünden. Der Anarchismus, so Lenin, sei eine Ideologie der Verzweiflung von individualistischen Kleinbürgerinnen und Kleinbürgern. Kropotkins Beerdigung im Jahr 1921 war die letzte Massenveranstaltung anarchistischer Kräfte in der Sowjetunion.

Erschüttert durch die Schrecken des Krimkriegs wurde der Dichter **Leo Tolstoi** (1828–1910) lebenslanger Gegner von Autoritäten. Obwohl er sich nicht als Anarchisten bezeichnete (sehr wohl jedoch seine AnhängerInnen), vertrat er **christlich-anarchistisches Gedankengut** (Ablehnung von Kirche, Staat, Geld, Grundbesitz, Industrialisierung, Rückkehr zu einem einfachen ländlichen Leben).

Eine letzte Bedeutung erlangten die Anarchisten in Russland durch ihre Rolle im **Aufstand von Kronstadt 1921** (anarchistisch beeinflusste Matrosen demonstrierten für soziale und politische Verbesserungen) und in der damals selbstständigen Ukraine. Während des russischen Bürgerkrieges hatte der Anarchismus unter den **Bauern der Ukraine** erheblichen Einfluss (Machnobewegung nach **Nestor Machno** 1889–1935). Machno hatte den Großgrundbesitz zerschlagen und das Land nach anarchistischem Muster an die Bauernschaft verteilt. Die Bewegung scheiterte, weil sie im russischen Bürgerkrieg zwischen die Fronten geriet und letztlich von der Roten Armee aufgerieben wurde.



Leo Tolstoi (1828–1910)
Seine Hauptwerke „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“ sind Klassiker des realistischen Romans.

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Der deutsche Schriftsteller und Lehrer **Max Stirner** (eigentlich Johann Caspar Schmidt 1806–1856) stand zwischen diesen Gruppen. Er war ein radikaler Individualist und wurde mit seinem Leitgedanken „Mir geht nichts über mich!“ zum extremsten Vertreter des **Individualanarchismus**. Er propagierte in seinem Buch „Der Einzige und sein Eigentum“ eine **Ich-bezogene Moral** („Wer außer mir und die Menschen, auf deren Meinung ich Wert lege, hat das Recht, über mich zu bestimmen?“).

Die weitere Entwicklung des Anarchismus ist nicht Gegenstand des Skriptums, zumal nach dem Ersten Weltkrieg ein Bezugspunkt zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften hauptsächlich im (Anarcho-)Syndikalismus bestand. An dieser Stelle soll jedoch auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Denkrichtungen hingewiesen werden.

Sozialdemokratie und Anarchismus gemeinsam war der Befund des Elends der Arbeiterschaft. 1886 beschrieb ein US-Anarchist die Situation der Arbeiterschaft in Chikago:



„Tausende von Arbeitern leben in Räumen, die keinen ausreichenden Schutz vor der Witterung bieten, die ohne genügende Lüftung sind, in die niemals ein Sonnenstrahl eindringt. Es gibt Höhlen, wo zwei, drei oder vier Familien in einem Raume hausen. (...) Und wie leben sie? Aus Mülleimern sammeln sie halbverfaultes Gemüse, in den Metzgerläden kaufen sie für einige Cents Fleischabfall, und diese kostbaren Bissen tragen sie nach Hause, um aus ihnen ihre Mahlzeiten zu bereiten. Ist das nicht schrecklich in einem sogenannten zivilisierten Land, wo es Nahrungsmittel und Reichtum im Überfluß gibt?“

(Roderick Kedward: Die Anarchisten. Utopie und Wirklichkeit, Lausanne 1970, S. 6)

Der wesentliche Unterschied zwischen Anarchismus und Marxismus besteht darin, dass der Anarchismus unmittelbar nach einer revolutionären Umwälzung den Staat einfach abschaffen will. Der Marxismus hält das für eine romantische Vorstellung und vertritt, dass der Staat erst mit dem zunehmenden Rückgang der Warenproduktion und der Klassen langsam abstirbt, dass bis dahin ein pro-

letarischer Staat notwendig sei, um die Herrschaft der Arbeiterklasse gegen die Konterrevolution der Bourgeoisie zu verteidigen.

In der **österreichischen ArbeiterInnenenschaft** spielte der Anarchismus nur kurzfristig eine Rolle, und zwar Anfang der 1880er-Jahre, als sich die ArbeiterInnenbewegung insgesamt in der Defensive und in einer Krise befand und in der **Radikalen Arbeiterpartei Österreichs** ein anarchistischer Flügel bestand. Anfang der 1890er-Jahre hatten die Anarchisten in Österreich noch einige tausend AnhängerInnen, vor allem unter Beschäftigten in von der Industrialisierung bedrohten Gewerbezweigen in Wien, der Steiermark und in Böhmen. Angesichts des raschen Aufstiegs der damals marxistischen, auf die IndustriearbeiterInnenenschaft ausgerichteten Sozialdemokratie gerieten die österreichischen Anarchisten immer mehr in Isolation.

Stellvertretend für österreichische Anarchisten sei der aus Nordböhmen stammende **Josef Peukert** (1855–1910) genannt. Seine „Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung“ (1910; Auflage 1913, Nachdruck 2002) bieten einen Einblick in die Frühzeit der radikalen ArbeiterInnenbewegung in der Habsburgermonarchie. Peukert agitierte einige Zeit im nördlichen und westlichen Teil Österreich-Ungarns, ehe er ins Exil nach London und später in die USA ging.

Dort, wo der Anarchismus auch nach dem Ersten Weltkrieg noch große Bedeutung hatte, in den romanischen Ländern und auch außerhalb Europas, ist er in der Regel mit dem (Anarcho-)Syndikalismus verbunden.



Josef Peukert

Im Londoner Exil freundete sich Peukert mit John (Johann) Most (1846–1906) an, der vom Sozialdemokraten zum radikalen Anarchisten gewandelt war.

Die Entstehung 2 der Sozialdemokratie

Der (Anarcho-)Syndikalismus

Unter **Syndikalismus** versteht man eine um 1890 entstandene Richtung der ArbeiterInnenbewegung, die im gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Lohnabhängigen das Mittel zur gesellschaftlichen Umwälzung sieht (frz. syndicat = Gewerkschaft). Er entstand als Reaktion auf den Reformkurs in den sozialdemokratischen Parteien und auf die Abwendung der anarchistischen Bewegung von der ArbeiterInnenbewegung.

Der Syndikalismus lehnt den politischen Kampf ab und konzentriert sich auf den Kampf im ökonomischen Bereich, durch den der Einfluss des Staates gebrochen und die Selbstbestimmung der Arbeitenden in der Produktion erreicht werden soll. Er tritt für die Übernahme der Betriebe durch die Gewerkschaften und die Einsetzung von durch die Belegschaft demokratisch bestimmten Leitungsorganen ein.

Die **Gewerkschaften**, die als **die zentralen organisatorischen Mittel** betrachtet werden, sollen nach den Vorstellungen der SyndikalistInnen nicht nur die wirtschaftlichen Tagesinteressen der ArbeiterInnenschaft vertreten, sondern diese auch auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereiten und Träger der Syndikalisierung und der gesellschaftlichen Veränderung werden.

Bei den Kampfmitteln setzen die SyndikalistInnen in erster Linie auf gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, besonders auf **Streiks**, um Tagesforderungen zu erreichen und das Klassenbewusstsein lebendig zu halten. Mit dem revolutionären Generalstreik soll schließlich der Sturz des Kapitalismus erkämpft werden. Die daraus entstandene neue Strömung der ArbeiterInnenbewegung setzte einerseits die **antistaatliche Tradition des Anarchismus** fort, andererseits übernahm der Syndikalismus **vom Marxismus die Klassenkampf- und Gewerkschaftsorientierung**.

Anders als für den Marxismus hängt für die SyndikalistInnen die Revolution aber ausschließlich von Bewusstsein und Fähigkeit der ArbeiterInnen und dem Vorhandensein der notwendigen gewerkschaftlichen Organisation ab, die das Fundament der neuen Gesellschaft werden soll. Die ökonomischen und politischen Zustände der Gesellschaft werden allerdings weitgehend außer Acht gelassen. Die **erste syndikalistische Bewegung** entstand **in Frankreich**. Seine organi-

satorisch und politisch ausgeprägteste Form fand er in Spanien, wo es auch eine entsprechende anarchistische Tradition gab. 1910 wurde die **CNT** (Confederación Nacional del Trabajo) gegründet, die sich am Ziel eines freiheitlichen Kommunismus orientierte, den sie mit syndikalistischen Mitteln durchsetzen wollte.

1936/37 konnten die SyndikalistInnen zunächst in Katalonien, Aragonien und Südspanien die **Übernahme der Betriebe durch die Gewerkschaften** und die **Errichtung von bäuerlichen Produktionsgenossenschaften** durchsetzen. Nach der Niederlage im **Spanischen Bürgerkrieg** (1936–1939) wurde die CNT ins Exil getrieben und konnte ihren früheren Einfluss nie wieder zurückgewinnen.

In **Italien** hatte die anarcho-syndikalistische Bewegung ihren Höhepunkt 1919/20 mit etwa 500.000 Gewerkschaftsmitgliedern (Schwerpunkte waren Turin und Mailand). Dasselbe gilt für **Deutschland**, wo die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft **FAUD** („Freie Arbeiter Union Deutschlands“) nach dem Ersten Weltkrieg rund 200.000 Mitglieder zählte. Ihr Schwerpunkt war der Raum Dortmund, **Rudolf Rocker** ein führender Theoretiker.

In **Großbritannien** und den **USA** bildete sich eine spezifische angelsächsische Form des Syndikalismus, der Industrie-Unionismus, heraus. Er formierte sich von Anfang an auf der Grundlage von zentral geführten Industriegewerkschaften.



Rudolf Rocker (1873–1958),
deutscher Anarchist und Anarcho-Syndikalist.
Emma Goldman (1869–1940),
die bedeutende US-Anarchistin und Friedensaktivistin.

Anfänge der österreichischen ArbeiterInnenbewegung

Unter Kaiser Ferdinand und Staatskanzler Metternich wurde in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein absolutistisches System aufrechterhalten, das jede demokratische Regung unterdrückte. Es gelang dem Regime der Habsburger aber nicht, die moderne, aus Westeuropa kommende Entwicklung der **Industrialisierung** zurückzuhalten. Auch in Österreich vollzog sich – wenn auch mit Verspätung – der Übergang von einer rückständigen agrarisch-handwerklichen Wirtschaftsweise zur kapitalistisch-industriellen Produktionsweise. Damit erhöhte sich die Zahl der IndustriearbeiterInnen, die sich wie in allen kapitalistischen Ländern in den Städten ballten. Allein in der „Residenzstadt“ Wien wuchs die EinwohnerInnenzahl von 431.147 (1851) auf 827.567 (1890) und bis zum Jahr 1900 auf 1.891.0000 (wobei auch die Stadterweiterungen zu berücksichtigen sind).

Für die besitz- und rechtlose Mehrheit der Bevölkerung war die so genannte „gute alte Zeit“ alles andere als gut. Die fehlenden sozialen Gesetze ließen eine **schrankenlose Ausbeutung der ArbeiterInnen** zu: Löhne weit unter dem Existenzminimum, ungesunde Behausungen, 14- bis 16-stündige Arbeitszeiten und Kinderarbeit, unzulängliche medizinische Betreuung und die fehlende Vorsorge bei Krankheit und Unfall drückten die Lebenserwartung oft auf unter 30 Jahre. Diese Faktoren führten zu einem ständig wachsenden Gegensatz zwischen der Klasse der Besitzenden und den besitzlosen ArbeiterInnen. Gegen das Elend in den Fabriken und Behausungen protestierten die ArbeiterInnen anfänglich in **Einzelaktionen**. **Solidarität** entwickelte sich langsam in selbstorganisierten (zunftähnlichen) Hilfs- und Unterstützungsvereinen.



Praterschlacht
in Wien 1848:
Das Militär eröffnet
das Feuer auf die
ArbeiterInnen.



Die Sozialdemokratie gedachte in der Ersten Republik der Opfer der Revolution. In Wien wurden rund um den 1848er-Platz Straßen, die an ArbeiterInnen erinnern, benannt.

Die ArbeiterInnen waren bei der Revolution im März 1848 am Sturz des verhassten Metternich entscheidend beteiligt. In allen größeren Städten der Monarchie waren es vor allem ArbeiterInnen, die auf die Barrikaden gingen und gemeinsam mit Studenten und liberalen Bürgern für eine Beteiligung an Gesetzgebung und Verwaltung und für die allgemeine Versammlungs- und Pressefreiheit kämpften. Allerdings zerbrach das Bündnis mit dem Bürgertum, weil dieses fürchtete, dass die ArbeiterInnen auch **soziale Veränderungen** durchsetzen könnten.

Die neue Verfassung schloss die Mehrheit der Bevölkerung weiterhin vom **Wahlrecht** aus. Wieder kam es zu Auseinandersetzungen. Der Kaiser musste im Mai nach Innsbruck fliehen. In Wien bildete sich eine Art Gegenregierung aus ArbeiterInnen, Studierenden und KleinbürgerInnen.

Im Zuge der Revolution ist auch die ArbeiterInnenbewegung nicht mehr zu bremsen: Im Juni 1848 gründet **Friedrich Sander** den **Ersten Wiener Arbeiterverein**, der sich nicht die Durchsetzung wirtschaftlicher oder politischer Forderungen zum Ziel setzt, sondern die politische Bildung der ArbeiterInnenenschaft. Weitere Forderungen: gleiche Rechte für die ArbeiterInnen, Bildungsanstalten für die ArbeiterInnen, Kranken- und Invalidenkassen, Festsetzung und Überprüfung der Arbeitszeit, freie Wahl des Wohnortes und Heirats-erlaubnis (!) für alle. Karl Marx, der im August 1848 einige Tage zu Vorträgen nach Wien gekommen war, fand damals noch keinen Widerhall.

Doch diese ersten Ansätze einer ArbeiterInnenbewegung wurden noch 1848 zerstört: Bereits im August tötete die Bürgerwehr in Wien bei einer Demonstration gegen Lohnkürzungen 18 ArbeiterInnen.

Frauen spielten im Revolutionsjahr eine große Rolle und kämpften bewaffnet mit. Sowohl bürgerliche Frauen als auch Arbeiterinnen forderten im Revolutionsjahr persönliche und politische Selbstständigkeit, wurden aber durch das Versammlungs- und Vereinsrecht daran gehindert. Am 21. August 1848 fand die erste Frauendemonstration in Österreich statt. Sie richtete sich gegen ungerechte geschlechtsspezifische Lohnkürzungen.

Anfänge der österreichischen ArbeiterInnenbewegung

Schließlich zerschlugen die kaiserlichen Truppen im Oktober den revolutionären Widerstand in Wien. Zwei Drittel der 360 Toten dieser Kämpfe waren FabrikarbeiterInnen. Der Arbeiterverein und 172 Zeitungen wurden verboten und die Anführer der Revolution hingerichtet.

Der 18-jährige Franz Josef wurde Kaiser. Seine neoabsolutistische Herrschaft wurde in den 1860er-Jahren durch außenpolitische Niederlagen gegen Preußen und Italien erschüttert. 1867 war die Monarchie zu Reformen im Inneren gezwungen. Den Forderungen von tausenden ArbeiterInnen nach **Vereins- und Versammlungsfreiheit** wurde mit dem Vereinsgesetz von 1867 teilweise entgegengekommen.

Allerdings besagte § 30 des Gesetzes, dass „... Ausländer, Frauenpersonen und Minderjährige“ nicht als Mitglieder politischer Vereine geführt werden durften. Die Frauen mussten aufgrund dieses Paragraphen außerhalb der Organisation bleiben.

Trotzdem gründeten sie 1871 in Wien den ersten Arbeiterinnen-Bildungsverein. 1892 wurde die Arbeiterinnen-Zeitung gegründet. Mitbegründerin und verantwortliche Redakteurin wurde die Fabrikarbeiterin und spätere Abgeordnete zum Nationalrat **Adelheid Popp** (1869–1939).

Am **15. Dezember 1867** konnte der **Wiener Arbeiter-Bildungsverein** ins Leben gerufen werden, der die Keimzelle der österreichischen ArbeiterInnenbewegung bildete und auch in der Auslandspresse große Beachtung fand:



Der Vorstand des Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereins 1867. Oben als Träger der linken Fahne Josef Scheu (1841–1904), Komponist vom „Lied der Arbeit“.



Adelheid Popp (1869–1939)
 Nach ihr sind die Adelheid-Popp-Gasse in Wien 22
 und der Adelheid-Popp-Park in Wien 17 benannt.



„Mit dem nun endlich auch dort nicht mehr länger vorzuenthaltenden Vereins- und Versammlungsrecht hat der mächtige, seit 1848 nur durch rechtswidrige Gewalt daniedergehaltene Geist der Arbeiterbewegung seinen Einzug gehalten in Österreich, und in der Hauptstadt des Kaiserstaates hat er seinen ersten bedeutungsvollen Ausdruck gefunden. Die Wiener Arbeiterbevölkerung ist vorangegangen mit einer Manifestation des Klassenbewusstseins, mit einer Manifestation für die großen, zukunftsreichen Prinzipien der Sozialdemokratie, ...“

(Zitiert nach Ludwig Brügel: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Erster Band, Wien 1922, S. 93)

Bei der Gründungsversammlung erklärte der aus Deutschland gekommene **Hermann Hartung** (1843–1929) den 3.000 TeilnehmerInnen die Ideen **Ferdinand Lassalles** (1825–1864).

Dessen Programm der **Staatshilfe** hatte sich gegen das der **Selbsthilfe** innerhalb der Sozialdemokraten bereits weitgehend durchgesetzt: Nicht die bloße Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften werde zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse führen, sondern der von einer ArbeiterInnenpartei angeführte **Kampf für das allgemeine, geheime und gleiche Wahlrecht** und die dadurch ermöglichte **Sozialpolitik des Staates**.

Im Unterschied zur marxistischen Strömung der ArbeiterInnenbewegung ging Lassalle dabei nicht von einem bürgerlichen Klassencharakter des Staates aus.



An Ferdinand Lassalle erinnern der Lassallehof und die Lassallestraße im zweiten Wiener Gemeindebezirk.

Anfänge der österreichischen ArbeiterInnenbewegung

Die Geschichte vom „Lied der Arbeit“

Am 6. Februar 1868 wurde im Arbeiterbildungsverein in Gumpendorf eine „Liedertafel“ gegründet. Einige Wochen später fand man im Briefkasten ein zehn-strophiges Gedicht vor, das den Titel „Lied der Arbeit“ trug. Der Autor blieb zunächst unbekannt. Später meldete sich der 21-jährige Graveurgehilfe **Josef Zapf**. Vertont wurde das Lied von **Josef Scheu**. Das Lied der Arbeit wurde am 29. August 1868 zum ersten Mal in Zobels Odeongarten im 15. Wiener Gemeindebezirk gesungen.



© VGA

Lied der Arbeit

DAS LIED DER ARBEIT*

Stimmt an das Lied der hohen Braut,
Die schon dem Menschen angetraut,
Eh' er selbst Mensch war noch.
Was sein ist auf dem Erdenrund,
Entsprang aus diesem treuen Bund.
Die Arbeit hoch!
Die Arbeit hoch!

...

Und wie einst Galilei rief,
Als rings die Welt im Irrtum schlief:
Und sie bewegt sich doch!
So ruft: Die Arbeit sie erhält,
Die Arbeit, sie bewegt die Welt!
Die Arbeit hoch!
Die Arbeit hoch!

* Von den zehn Strophen der Originalfassung werden heute nur mehr die erste und die letzte gesungen.



Josef Scheu (1841–1904) links,
Josef Zapf (1847–1902) rechts,
die „Väter“ des „Lieds der Arbeit“

Parallel zum Wirtschaftsaufschwung der so genannten Gründerjahre erfuhr die ArbeiterInnenbewegung in den späten 1860er-Jahren einen Aufschwung: Allein im österreichischen Teil der Monarchie entstanden in 22 Städten ArbeiterInnenbildungsvereine. 1868 legte **Hermann Hartung** (1843–1929) erstmals ein Programm vor, das sozialdemokratisch genannt wurde. Unter dem Vorsitz des Journalisten **Hippolyt Tauschinski** (1839–1905) wurde ein Komitee zur Organisation einer Sozialdemokratischen Partei eingesetzt. Karl Marx stellte schon 1869 die positive Entwicklung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung fest, wies aber gleichzeitig auf die Versuche des Regimes und des Bürgertums hin, die demokratischen Rechte der ArbeiterInnenbewegung zu beschränken.

Der Kampf um das Koalitionsrecht

Seitens der ArbeiterInnen gab es immer wieder Versuche, ihre elenden Lebensbedingungen zu verbessern und für ihre Interessen aufzutreten und zu kämpfen. Von 1732 bis 1870 war in Österreich – trotz Vereinsrecht – die gewerkschaftliche Organisation von Gesellen verboten. Lange drohte dafür die Todesstrafe, selbst nach 1867 noch Kerker. Das galt auch für Streik. Trotz zahlreicher Petitionen konnte die Koalitionsfreiheit nicht erreicht werden. Der Durchbruch kam mit einer großen **Demonstration der Wiener ArbeiterInnen am 13. Dezember 1869**. Das Koalitionsverbot wurde mit 7. April 1870 aufgehoben. Gewerkschaftsgründung und Streik waren nun nicht mehr strafbar.

Trotzdem wurden 1870 die Wortführer der jungen ArbeiterInnenbewegung (Oberwinder, Scheu, Most u. a.) als Hochverräter vor Gericht gestellt. In der Folge

Seit 1870 gibt es in Österreich – mit Ausnahme der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Jahre unter Diktatur und Faschismus 1934 bis 1945 – keine Strafdrohung gegen Gewerkschaftsmitgliedschaft und gewerkschaftliche Interessenvertretung. In der Zweiten Republik ist das Recht auf Gewerkschaftsfreiheit durch die Europäische Menschenrechtskonvention ein von der Verfassung garantiertes Grundrecht geworden.

Anfänge der österreichischen ArbeiterInnenbewegung

wurden nahezu alle Gewerkschaften und ArbeiterInnenbildungsvereine vom Regime zeitweise aufgelöst.

Innerhalb der ArbeiterInnenbewegung entwickelte sich eine Auseinandersetzung um die politische Perspektive: Die Strömung um **Heinrich Oberwinder** (1845–1914), vor allem in Wien und in den Gewerkschaften verankert, vertrat die Ansicht, die ArbeiterInnenbewegung müsse sich als Teil der bürgerlich-demokratischen Bewegung verstehen.

Die Strömung um **Andreas Scheu** (1844–1927), vor allem in den Arbeiterbildungsvereinen sowie in Wiener Neustadt und der Steiermark verankert, dagegen betonte die Notwendigkeit einer eigenständigen Politik der ArbeiterInnenbewegung und trat für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein.

Scheu setzte sich politisch durch. Seine in Wiener Neustadt herausgegebene „Gleichheit“ wurde **1874** zum Organ der in **Neudörfel** (heute Burgenland, damals zur ungarischen Reichshälfte gehörig) gegründeten **Sozialdemokratischen Partei** in Österreich, deren Führung in Graz eingerichtet wurde. Das Parteiprogramm, das beschlossen wurde, war stark an das **Eisenacher Programm** der deutschen Sozialdemokratie von 1869 angelehnt.

Diese Partei konnte sich jedoch nicht richtig entwickeln, weil die ArbeiterInnenbewegung einerseits infolge der Richtungskämpfe und andererseits durch die **Wirtschaftskrise** ab **1873** stark geschwächt wurde.

Als Folge der wachsenden Verelendung der ArbeiterInnen, der brutalen Unterdrückung ihrer Proteste und der daraus entstandenen Verzweiflung gewann der **Anarchismus** innerhalb der österreichischen ArbeiterInnenbewegung wieder an Bedeutung. Es kam zu einigen Attentaten, die das Regime als Vorwand benutzte, um noch härter gegen die gesamte ArbeiterInnenbewegung vorzugehen. Die



Andreas Scheu (links) und Heinrich Oberwinder (rechts).

Das Ziel, mit dem Hochverratsprozess die aufstrebende ArbeiterInnenbewegung zu unterdrücken, konnte nicht erreicht werden. Die Verurteilten wurden bald wieder frei gelassen.



Das Leithagasthaus in Neudörfel
Hier fand 1874 der Gründungskongress der
österreichischen Sozialdemokratie statt.

Habsburger und die mit ihnen verbundene Bürokratie, die Exekutive und die Justiz, das Militär und vor allem sein Offizierkorps sowie die Kirche klammerten sich an der alten Ordnung fest.

Die Tätigkeit der ArbeiterInnenbewegung wurde in verschiedenster Weise behindert: Beschränkung der Versammlungstätigkeit, Behinderung der gewerkschaftlichen Organisierung, Einsatz von Exekutive oder Militär bei Arbeitskämpfen, kaum ArbeiterInnenschutz, Zensur und Klassenwahlrecht. Ende der 1870er-Jahre war die erste Blütezeit der österreichischen ArbeiterInnenbewegung vorbei.

Ab 1886 gab es wieder Gespräche zur Neuformierung der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, an denen **Victor Adler** (1852–1918) wesentlichen Anteil hatte.

Am **30. und 31. Dezember 1888** und am **1. Jänner 1889** tagten am **Einigungsparteitag** in Hainfeld in Niederösterreich VertreterInnen der ArbeiterInnenbewegung der ganzen Monarchie. Sie beschließen das von Victor Adler und **Karl Kautsky** (1854–1938) ausgearbeitete **Hainfelder Programm**, das sich gegen den kapitalistischen Besitz an Produktionsmitteln und die Habsburgermonarchie „... *als Klassenstaat, der ausschließlich die Interessen der Kapitalisten vertritt*“ richtet. Die nationale Spaltung der ArbeiterInnenbewegung wird verworfen.



Victor (Viktor) Adler und
Anna Altmann (1851–1937), die einzige
weibliche Delegierte auf dem Hainfelder Parteitag.

4 Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

Der erfolgreiche **Einigungsparteitag Hainfeld** legte die Grundlage für die weitere Entwicklung der Sozialdemokratie in Österreich und gab der gesamten ArbeiterInnenbewegung neues Selbstbewusstsein.

Das Regime antwortete mit Unterdrückungsmaßnahmen. So wurde die „Gleichheit“ im Juni 1889 wegen der Unterstützung des **Streiks der Pferdetramwaykutscher** 1889 in Wien verboten (am 12. Juli 1889 erschien zum ersten Mal die „Arbeiter-Zeitung“) und Victor Adler aus demselben Grund als „Anarchist“ zu vier Monaten Kerker verurteilt.

Die staatliche Repression konnte aber den Aufstieg der ArbeiterInnenbewegung nicht stoppen. Bereits 1890 war die Mitgliederzahl der Organisationen von 15.000 auf 50.000 angewachsen.

Victor Adler rief auf dem Einigungsparteitag aber auch dazu auf, „allerorts“, besonders aber in den Industriezentren, „Gewerksvereine“ mit möglichster „... Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter“ zu gründen. Dieser Beschluss, in dem zum ersten Mal zum Ausdruck gebracht wurde, dass Gelernte und Ungelernte, Männer und Frauen, sich in Gewerkschaften organisieren sollten, ist für die weitere Entwicklung zur modernen Gewerkschaftsbewegung von weittragender Bedeutung geworden.

In der Folge organisierten sich die **Gewerkschaften** monarchieweit in **Fachverbänden**. Und 1893 wurde schließlich in Wien der erste einheitliche Gewerkschaftskongress aller sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften der gesamten Monarchie abgehalten.

Einen weiteren Impuls erhielt die junge Partei in Österreich durch die **Gründung der 2. Internationale 1889**. Dabei wurde beschlossen, den 1. Mai 1890 weltweit als Kampftag der ArbeiterInnenbewegung und im Speziellen für den Achtsturentag zu begehen.

In Wien fand in der Folge die größte bislang erlebte Massendemonstration statt. Über 150.000 ArbeiterInnen zogen in den Prater und forderten die **Einführung des Achtsturentags und des allgemeinen Wahlrechts**.

SKRIPTEN ÜBERSICHT

| WIRTSCHAFT | |
|--------------|---|
| WI-1 | Einführung in die Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftswissenschaften |
| WI-2 | Konjunktur |
| WI-3 | Wachstum |
| WI-4 | Einführung in die Betriebswirtschaftslehre |
| WI-5 | Beschäftigung und Arbeitsmarkt |
| WI-6 | Lohnpolitik und Einkommensverteilung |
| WI-7 | Der öffentliche Sektor (Teil 1) – in Vorbereitung |
| WI-8 | Der öffentliche Sektor (Teil 2) – in Vorbereitung |
| WI-9 | Investition |
| WI-10 | Internationaler Handel und Handelspolitik |
| WI-12 | Steuerpolitik |
| WI-13 | Bilanzanalyse |
| WI-14 | Der Jahresabschluss |
| WI-16 | Standort-, Technologie- und Industriepolitik |

Die einzelnen Skripten werden laufend aktualisiert.

| POLITIK UND ZEITGESCHICHTE | |
|----------------------------|---|
| PZG-1A | Sozialdemokratie und andere politische Strömungen der ArbeiterInnenbewegung bis 1945 |
| PZG-1B | Sozialdemokratie seit 1945 |
| PZG-2 | Christliche Soziallehre |
| PZG-4 | Liberalismus/Neoliberalismus |
| PZG-6 | Rechtsextremismus |
| PZG-7 | Faschismus |
| PZG-8 | Staat und Verfassung |
| PZG-9 | Finanzmärkte |
| PZG-10 | Politik, Ökonomie, Recht und Gewerkschaften |
| PZG-11 | Gesellschaft, Staat und Verfassung im neuzeitlichen Europa, insbesondere am Beispiel Englands |
| PZG-12 | Wege in den großen Krieg |
| PZG-14 | Die Geschichte der Mitbestimmung in Österreich |
| PZG-15 | Christliche ArbeiterInnenbewegung (in Vorbereitung) |

| SOZIALE KOMPETENZ | | | |
|-------------------|------------------------------|-------------|-----------------------|
| SK-1 | Grundlagen der Kommunikation | SK-6 | Beraten |
| SK-2 | Frei reden | SK-7 | Teamarbeit |
| SK-3 | NLP | SK-8 | Führen im Betriebsrat |
| SK-4 | Konfliktmanagement | SK-9 | Verhandeln |
| SK-5 | Moderation | | |

Die VÖGB-Skripten online lesen oder als Gewerkschaftsmitglied gratis bestellen:
www.voegb.at/skripten

4 Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

7.–21. April 1889: Streik der Wiener Tramwaybediensteten

Der Streik der **Wiener Tramwaybediensteten** zeichnete sich durch die Brutalität, mit der die Behörden auf die streikenden ArbeiterInnen losgingen, aus. Am **21. April 1889** kam es zu regelrechten **Straßenschlachten**. Nach einem neuerlichem Streik und Solidaritätsaktionen der Wiener ArbeiterInnenschaft, insbesondere in den Arbeiterbezirken Favoriten und Hernalis, kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den DemonstrantInnen und der Polizei. Berittene Polizisten versuchten, die DemonstrantInnen zu zerstreuen. Schließlich wurde Militär herbeigerufen, und es erfolgten regelrechte Kavallerieattaken gegen die wehrlosen demonstrierenden ArbeiterInnen. In aller Eile angeworbene Streikbrecher lenkten inzwischen, ohne jegliche Ausbildung oder Erfahrung, geschützt von Polizei und Militär, die Tramwaywaggons.

Die Behörden waren gezwungen einzugreifen. Die Tramwaygesellschaft wurde behördlich aufgefordert, die entstandenen Differenzen zu beseitigen und alle jene Bestimmungen aus der Dienstordnung zu entfernen, welche die Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Betriebes gefährdeten. Damit hatte der Streik einen beachtlichen Erfolg bewirkt.

Victor Adler, der Einiger der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, nahm sich der „weißen Sklaven der Wiener Tramwaygesellschaft“ an. In der von ihm 1886 gegründeten **Gleichheit** widmete er dem **Tramwaystreik** breiten Raum, in dem er schonungslos die Zustände in dem Wiener Privatbetrieb schilderte, die Forderungen publizierte und über die Ausschreitungen berichtete. Weiters schilderte er die brutalen Übergriffe der Polizei und die Reaktion der Betroffenen. Es gelang ihm, die Sympathie der Bevölkerung zu mobilisieren. Nach Wochen der Berichterstattung des täglichen Verkehrschaos, der Parteinahme durch die Bevölkerung und der Sorge um die öffentliche Sicherheit kam es zu ultimativen Forderungen des zuständigen Ministeriums an die Betreiber der Tramway. Nebenbei erwähnt: Die Gleichheit wurde im Juni 1889 verboten, doch Verbote helfen nicht: **am 12. Juli 1889** erschien zum ersten Mal die **Arbeiter-Zeitung**.

4 Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

Geschichte des 1. Mai

Die Wurzeln des 1. Mai liegen in der Zeit der Industrialisierung Mitte des 19. Jahrhunderts, als sich die ArbeiterInnenschaft zu organisieren begann. Das vorrangige Ziel war Zeit die **Verkürzung der Arbeitszeit**, die häufig 16 Stunden betrug. „8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Muse, 8 Stunden Schlaf“, das war eine zentrale Forderung der ArbeiterInnenschaft.

Die **erste Demonstration** für den **Achtstundentag** fand im **April 1856** in Australien statt. Bis in die 1860er Jahre galten auch in den meisten US-Betrieben Arbeitszeiten von 11 bis 13 Stunden, erst dann konnten sie den **Zehn-Stunden-Tag** durchsetzen. Ab 1884 wurde die Forderung nach der allgemeinen und verbindlichen Durchsetzung einer täglich achtstündigen Arbeitszeit aufgegriffen. Es wurde beschlossen, dafür am 1. Mai 1886 einen mehrtägigen Generalstreik zu führen. Der 1. Mai galt in den USA traditionell als „**moving day**“, als Stichtag für den Abschluss oder die Aufhebung von Verträgen, häufig verbunden mit Arbeitsplatz- und Wohnungswechsel. Der Achtstundentag sollte in die neuen Verträge aufgenommen werden. Dafür traten am 1. Mai 1886 rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben der USA in den Streik. Die Kundgebung am **Chicagoer Haymarket 1886** endete mit mehreren Todesopfern.

Am **20. Juli 1889** beschlossen die Delegierten der **2. Sozialistischen Internationale** in Paris, im folgenden Jahr weltweit Veranstaltungen durchzuführen, in denen eine Arbeitszeitverkürzung gefordert werden sollte. Noch stand der 1. Mai nicht als Fixtermin fest, der 1. Mai als Datum kam wieder aus den USA. Dort hatte schon 1888 der Kongress des Gewerkschaftsverbandes „American Federation of Labour“ in St. Louis, den 1. Mai 1890 als den Tag festgelegt, an dem die amerikanischen ArbeiterInnen keinen Arbeitstag mehr dulden sollten, der länger als acht Stunden dauert.

Die Kundgebungen am **1. Mai 1890** waren stark von den gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern abhängig. Europaweit gingen aber Millionen Menschen auf die Straße. Besonders beeindruckend waren die Maikundgebungen in Österreich. In anderen Ländern, wie etwa in Deutschland, wich man der Konfrontation mit der Obrigkeit aus, indem man die Kundgebungen auf den folgenden Sonntag verlegte.

Im darauf folgenden Jahr beschlossen die ArbeiterInnenorganisationen vieler Länder, den 1. Mai zum dauernden Feiertag der Arbeit zu machen. In Österreich legten die meisten Kollektivverträge, die ab etwa 1900 zunehmend abgeschlossen wurden, den 1. Mai als freien Tag fest, so dass die Teilnahme an der Maikundgebung kein Entlassungsgrund mehr war.

Zu Beginn der Ersten Republik wurde der **1. Mai Staatsfeiertag**. Als die Demokratie in Österreich auch formell abgeschafft wurde, wählte man diesen Tag zur Proklamation der austrofaschistischen Verfassung. Bis 1938 galt er als „Feier- und Verfassungstag“ des Regimes. Das NS-Regime machte den 1. Mai zum „Tag der deutschen Arbeit“. In der Zweiten Republik ist der 1. Mai wieder Staatsfeiertag.

Der erste Mai in Wien.

Die Arbeiter marschieren über die Hauptbrücke
in den Prater.



Der 1. Mai in Wien 1890

Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

4

Der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig (1881–1942) über seine Erinnerungen an den 1. Mai 1890 in Wien:



„Ich erinnere mich noch aus meiner frühesten Kindheit an den Tag, der die entscheidende Wendung im Aufstieg der sozialistischen Partei in Österreich brachte; die Arbeiter hatten, um zum erstenmal ihre Macht und Masse optisch zu zeigen, die Parole ausgegeben, den Ersten Mai als Feiertag des arbeitenden Volkes zu erklären, und beschlossen, in geschlossenem Zuge in den Prater zu ziehen, und zwar in die Hauptallee, wo sonst ab diesem Tage nur die Wagen und Equipagen der Aristokratie und der reichern Bürgerschaft in der schönen, breiten Kastanienallee ihren Korso hielten. Entsetzen lähmte bei dieser Ankündigung die gute liberale Bürgerschaft. Sozialisten, das Wort hatte damals in Deutschland und Österreich etwas vom blutigen terroristischen Beigeschmack wie vordem das Wort Jacobiner und später das Wort Bolschewisten; man konnte es im ersten Augenblick gar nicht für möglich halten, dass diese rote Rotte aus der Vorstadt ihren Marsch durchführen werde, ohne Häuser anzuzünden, Läden zu plündern und alle denkbaren Gewalttaten zu begehen, eine Art Panik griff um sich. Die Polizei der ganzen Stadt und Umgebung wurde in der Praterstraße postiert, das Militär schussbereit in Reserve gestellt. Keine Equipage, kein Fiaker wagte sich in die Nähe des Praters, die Kaufleute ließen die eisernen Rollläden vor den Geschäften herunter, und ich erinnere mich, dass die Eltern uns Kindern streng verboten, an diesem Schreckenstage, der Wien in Flammen sehen konnte, die Straße zu betreten. Aber nichts geschah. Die Arbeiter marschierten mit ihren Frauen und Kindern in geschlossenen Viererreihen und mit vorbildlicher Disziplin in den Prater, jeder eine rote Nelke, das Parteizeichen, im Knopfloch.“

(Stefan Zweig: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 1970, S. 79 f.)



Ferdinand Hanusch (1866–1923)

Der erste Sekretär der Union der Textilarbeiter und erste „Sozialminister“ der Ersten Republik Österreich, Ferdinand Hanusch, über seine Erinnerungen an die erste Maifeier in Wigstadt (Schlesien):



„Sie kommen! – Sie kommen!“ scholl es auf einmal über den Ringplatz, ohne dass jemand hätte sagen können, von wem dieser Warnungsruf eigentlich ausgestoßen wurde. Es wusste auch niemand, wer oder was käme, und doch malte sich auf allen Gesichtern bleicher Schrecken. Jeder rannte, wie von Gespenstern verfolgt, zurück in seinen Laden. – Rollbalken wurden krachend heruntergelassen. Türen geräuschvoll zugeschlagen. Schlüssel kreischten in den Schlössern – in wenigen Sekunden herrschte lautlose, unheimliche Stille.

Dieser nach Hunderten zählende Menschenstrom machte ein solches Aufsehen, dass selbst bei dem geängstigten Bürgertum die Neugierde die Angst überwand. Fenster wurden aufgerissen, an die sich entsetzte Gesichter drängten, die mit weit aufgerissenen Augen den sonderbaren Zug betrachteten. Rufe der Überraschung schwirrten durch die Luft, als herrschte allgemeines Entsetzen. ...

Dieser Zug war danach angetan, auch weniger ängstliche Menschen zu erschüttern. Alles, was im Gebirge webte und hungerte, war vertreten. Junge, körperlich stark zurückgebliebene Burschen mit eingedrückten schmalen Brüsten, gekrümmten Rücken, dicken Hälsen und mageren, bleichen Gesichtern schritten schlotternden Ganges in den vorderen Reihen. Das Gehen wurde ihnen auf dem ungewohnten, holperigen Pflaster in den ausgetretenen Schuhen schwer.“

(Friedrich Kürbisch [Hg.]: Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt, wann steht er auf? Sozialreportagen 1880 bis 1918. Berlin-Bonn 1982, S. 539)

Die spätere verantwortliche Redakteurin der 1892 gegründeten „Arbeiterinnen-Zeitung“ und spätere Abgeordnete zum Nationalrat von 1920-1934, Adelheid Popp, über „ihren“ 1. Mai:



„Am 1. Mai, als ich mit meinem Sonntagskleid zur Fabrik ging, sah ich schon Tausende von Menschen mit dem Maizeichen geschmückt in die Versammlungen eilen. Auch mein Bruder und sein Freund gehörten zu den Glücklichen, die feiern durften. Ich weiß nicht, welchen Schmerz ich mit jenem vergleichen könnte, der den ganzen 1. Mai nicht von mir wich. Wie wartete ich immer, dass die Sozialdemokraten kommen und uns im Sturme aus der Fabrik holen würden! Ich freute mich darauf, die anderen fürchteten sich. Die Holzläden vor den Fenstern durften den ganzen Tag nicht geöffnet werden, damit man nicht mit Steinen die Fenster einschlagen könnte. Bei der nächsten Lohnauszahlung bekam jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ein gedrucktes Formular, auf dem zu lesen war: ‚In Anerkennung für die Pflichttreue meines Personals am 1. Mai erhält jeder Arbeiter zwei Gulden, jeder Arbeiterin einen Gulden Belohnung!‘“

(Adelheid Popp: Jugend einer Arbeiterin, Berlin-Bonn 1983, S. 83)

Der Kampf um das allgemeine, gleiche Wahlrecht

Der **Reichstag** wurde damals von den besitzenden Klassen bestimmt, deren Stimmen – in so genannten **Kurien** nach Reichtum gestaffelt – unterschiedlich viel Gewicht hatten. Die ArbeiterInnen und die ländlichen Unterschichten waren vom Wahlrecht gänzlich ausgeschlossen, Frauen sowieso. Bei den Wahlen von 1891 konnten die Sozialdemokraten aufgrund dieses „Kurien-Wahlrechts“ kein Mandat erringen. Ihnen ging es aber im Wahlkampf vor allem darum, ihre Ziele zu propagieren und politischen Druck auszuüben. Das Regime sah sich auch zunehmend gezwungen, gewisse Zugeständnisse zu machen. Die Partei wies sie als unzureichende „Reförmchen“ zurück und drohte mit einem Generalstreik nach belgischem Vorbild.

Für die **Reichstagswahlen 1897** wurde schließlich eine **fünfte Kurie** eingeführt, deren 72 Abgeordnete von der besitzlosen Mehrheit der Bevölkerung (allerdings nur Männer über 24 Jahre) gewählt werden konnten, und die den 352 Abgeordneten des Privilegienparlaments gegenüberstanden.

Das neue Wahlrecht kam aber nicht nur der Sozialdemokratie zugute. Der christlich-soziale **Karl Lueger** (1844–1910) konnte mit seinem antisemitisch-„antikapitalistischen“ Populismus das Wiener Kleinbürgertum und Teile der katholisch ausgerichteten ArbeiterInnen gewinnen und Wiener Bürgermeister werden. Mit der Zeit wurde Lueger aber immer klarer zum Verteidiger des Habsburgerregimes und verlor zugunsten der Sozialdemokratie an Einfluss bei den „unteren“ Schichten.

Angespornt durch die **russische Revolution von 1905**, die dem Zaren das allgemeine Wahlrecht abgetrotzt hatte, demonstrierten am **28. November 1905** **250.000 Menschen** vor dem Reichsrat in Wien.

Durch den zunehmenden Druck waren die Herrschenden schließlich gezwungen, für die Wahlen **1907 das allgemeine, gleiche Wahlrecht** (für Männer ab 24) zuzugestehen. Die Sozialdemokraten wurden mit 89 von 516 Sitzen zur stärksten Partei im Abgeordnetenhaus, ihre Fraktion war allerdings in einen deutschen, einen tschechischen, einen polnischen und einen ruthenischen Klub geteilt.

Das – neben dem allgemeinen Wahlrecht – zweite wesentliche Ziel in den letzten 25 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg, die **Einführung des Achtsturentages**, konnte allerdings erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erreicht werden.



Wahlrechtsdemonstration
in Wien 1905

4 Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

Ende des 19. Jahrhunderts wuchs bei den Völkern der Monarchie die Auflehnung gegen den von Deutschen und Ungarn beherrschten Habsburgerstaat. Die Sozialdemokratie trat mit ihrem **1899 in Brünn** beschlossenen **Nationalitätenprogramm** gegen die nationale Unterdrückung ein. Sie (besonders Karl Renner) orientierte sich aber nicht an der Auflösung des habsburgischen „Völkerkerkers“, sondern an seiner Umwandlung in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. Allerdings war auch die ArbeiterInnenbewegung gegen den Nationalismus nicht immun. Als Folge nationalistischer Tendenzen und Konflikte, vor allem zwischen deutschen und tschechischen SozialdemokratInnen, kam es 1907 zur Spaltung der Gewerkschaft in nationale Verbände und 1911 zur formellen **Spaltung der Gesamtpartei** in einzelne nationale Gruppierungen.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit der Nationalitätenfrage hatte sich innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie eine eigene „Schule“, der so genannte **Austromarxismus**, entwickelt, der verbale Radikalität mit kompromissbereiter Tagespolitik verband. Zu den prominentesten Vertretern zählten **Rudolf Hilferding** (1877–1941), **Otto Bauer** (1881–1938), **Karl Renner** (1870–1950) und **Max Adler** (1873–1937). Dadurch gelang es der österreichischen Sozialdemokratie, eine Zuspitzung zwischen einem **revolutionären, marxistischen Flügel** und einem **reformistischen Flügel** („k.k. Sozialdemokratie“) – wie etwa in der deutschen und russischen Sozialdemokratie – zu verhindern.

Die Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg

Die österreichische Sozialdemokratie hatte bei den **Reichsratswahlen 1911** in Wien die absolute Mehrheit errungen, sie schien eine aufstrebende und politisch gefestigte Partei zu sein. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges versagte sie aber – so wie fast alle anderen ArbeiterInnenparteien in Europa auch – und gab einen zentralen Programmpunkt auf: die **absolute Gegnerschaft zu Nationalismus und Krieg!** Noch Ende 1912 hatte die 2. Internationale unter Mitarbeit der österreichischen Sozialdemokratie ein **Manifest gegen den drohenden Krieg** herausgegeben. Die Antikriegshaltung der 2. Internationale führte in Österreich zu einer Hetzkampagne von monarchistischen und bürgerlich-nationalistischen Kräften gegen die Sozialdemokratie. Sie gipfelte in der Ermordung des populären Ottakrin-



Franz Schuhmeier (1864–1913)

ger ArbeiterInnenführers **Franz Schuhmeier** am 11. Februar 1913 durch Paul Kunschak, den Bruder des späteren Parteiführers der Christlichsozialen, Leopold Kunschak. Die Auseinandersetzung der imperialistischen Großmächte (Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich, Großbritannien, USA, Japan und Russland) um Macht, Profite und Reichtum, um Kolonien, Rohstoffquellen, Absatzmärkte und die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, spitzte sich rasant zu.

Die **Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand am 28. Juni 1914** in dem von Österreich-Ungarn annektierten Sarajewo bot für das österreichische Regime und die anderen imperialistischen Mächte den herbeigesehnten Anlass, mit dem „großen Gemetzel“ zu beginnen und die ArbeiterInnen der verschiedenen Länder – nationalistisch aufgehetzt – für die Interessen der Herrschenden gegeneinander in den Krieg zu schicken. Eine Welle der Kriegsbegeisterung und des Nationalismus überzog die verschiedenen Staaten. Von all den großen ArbeiterInnenparteien, die noch zwei Jahre zuvor Militarismus, Nationalismus und Krieg verurteilt und die internationale Solidarität der ArbeiterInnenbewegung beschworen hatten, blieben nur die **russischen Bolschewiki** (der radikale Flügel der russischen Sozialdemokratie), die **serbische** und die **bulgarische Sozialdemokratie** standhaft.

Die meisten sozialdemokratischen Parteien Europas schlossen die so genannte **Burgfriedenspolitik** zwischen Herrschern und Beherrschten und unterstützten den Kriegskurs der jeweiligen Regierung. In der Arbeiter-Zeitung wurden der Kriegsausbruch und die Bewilligung der Kriegskredite gerechtfertigt. **Friedrich Adler**, der Sohn Victor Adlers, stand mit seiner Ablehnung der Kriegsbegeisterung ziemlich allein da. International sammelten sich die Dissidenten, die dem internationalistischen Programm der Sozialdemokratie treu geblieben waren. In dem Schweizer Ort **Zimmerwald** verabschiedeten SozialdemokratInnen aus elf Ländern **eine Erklärung gegen den Krieg und für die internationale Solidarität des Proletariats**. Aus dem revolutionären Teil dieser KriegsgegnerInnen um den Führer der russischen Bolschewiki, **Lenin**, entsteht später die **3. Internationale**, die **Kommunistische Internationale**.

Unter dem Eindruck des Leidens und Sterbens an der Front und durch die Militarisierung der Betriebe, dem generellen **Streikverbot**, der **Außerkraftsetzung aller erkämpften sozialen Rechte** und den **extremen Reallohnverlusten** im

4 Von Hainfeld bis zum Zusammenbruch der Monarchie

Hinterland erstarkten die KriegsgegnerInnen auch in Österreich. Ab 1915/16 entwickelte sich eine **Parteilinke**, dazu gehörten unter anderen **Friedrich Adler** (1879–1960), **Robert Danneberg** (1882–1942), **Leopold Winarsky** (1873–1915), **Gabriele Proft** (1879–1971), **Max Adler** (1873–1937), und später auch der aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrte **Otto Bauer** (1881–1938), die den Krieg ablehnte und den Opportunismus der Parteiführung kritisierte. Sie ging aber nicht so weit wie die deutschen KriegsgegnerInnen, die aus der SPD austraten und eine eigene Partei gründeten.

Am 21. Oktober 1916 erschießt **Friedrich Adler** den Ministerpräsidenten Graf Stürgkh als „Symbol des namenlosen Unglücks und des millionenfachen Todes“. Seine Verteidigungsrede vor Gericht verwandelt er in eine Anklage gegen die Kriegshetzer und wird so endgültig zum Helden der ArbeiterInnenschaft. Das Gericht muss der Stimmung Rechnung tragen und verurteilt Adler „nur“ zu 18 Jahren Kerker, aus dem er 1918 entlassen wird.

Gegen Ende des Krieges, unter dem Eindruck der geänderten Stimmung im Land, begann die Sozialdemokratie die unbarmherzige Kriegsführung und Kriegsjustiz zu kritisieren. Beeinflusst von der revolutionären Entwicklung in Russland stand der **Parteitag im Oktober 1917** im Zeichen einer von **Otto Bauer** verfassten **Erklärung der Linken**, die die Parteiführung für ihre Politik kritisierte, aber nicht den Bruch mit ihr anstrebte. Gleichzeitig gab es im bereits zerbrechenden Habsburgerstaat gewaltige Streikbewegungen gegen Krieg und Not.

Nach einem **ersten großen Ausstand 1917** treten im Jänner 1918 – ausgehend von Wiener Neustadt – etwa eine Million ArbeiterInnen in fast allen Teilen der Monarchie in den Streik, der neben wirtschaftlichen bald auch politische Forderungen zur Beendigung des Krieges und gegen das Regime erhebt. Im Februar



Robert Danneberg



Gabriele Proft



Friedrich Adler



Leopold Winarsky

KriegsgegnerInnen
1915/1916



Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht. Seine Schlussworte waren: „Nicht alle sind tot, die begraben sind. Denn sie töteten den Geist nicht, ihr Brüder.“

1918 meutern die **Soldaten der Kriegsmarine** in **Cattaro**. Es bilden sich **Arbeiter- und Soldatenräte**, Armee und Monarchie zerbrechen entlang nationaler Linien. Am 28. Oktober 1918 lösen sich Tschechen und Slowaken aus der Monarchie, bald darauf Kroaten und Rumänen. In Wien tritt die provisorische Nationalversammlung für Deutschösterreich zusammen. Aus Angst vor der völligen Umwälzung der Gesellschaft überlassen die anderen Parteien der Sozialdemokratie den Vorsitz im neuen Nationalrat, den **Karl Seitz** einnimmt.

Am **11. November** unterzeichnet Kaiser Karl I. (1887–1922), der Nachfolger des 1916 verstorbenen Franz Josef, eine Verzichtserklärung.

Der letzte Krieg der Habsburger hat in Österreich 1,3 Millionen Tote und Vermisste und zwei Millionen Verwundete gefordert. Am **12. November 1918** wird die **Republik Deutsch-Österreich** ausgerufen. Einen Tag vorher starb Victor Adler, der „Vater“ der österreichischen Sozialdemokratie.

Verzichtserklärung Kaiser Karls I vom 11. November 1918, die allerdings strikt das Wort „Abdankung“ vermied!



„Seit Meiner Thronbesteigung war Ich unablässig bemüht, Meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch Ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, dass verfassungsmäßige Leben wieder herzustellen, und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle Meine Völker erfüllt, will Ich ihrer freien Entfaltung Meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen. Im voraus erkenne Ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Gleichzeitig enthebe ich Meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel Meiner heißesten Wünsche.

Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen.“

(Zit. nach: Walter Kleindel: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur. 1. Auflage. Wien 1995, S. 317)



„Es war ein zügelloses Wüten der entfesselten grausamen Mächte des imperialistischen Kapitalismus, die ihre Armeen mit den furchtbarsten Waffen ausgerüstet, die Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, Glauben und Heiligtümer in ihren Dienst zwangen und den Donner der Kanonen als Worte und Gebote Gottes ausgaben. Ein Chaos der Begriffe und Seelen, alles aufwühlend und zerstörend, öffnete seine Abgründe, Millionen von Menschen erbarmungslos hinabschleudernd“

(Ludwig Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, 5. Band, S. 145)

Josef Luitpold Stern

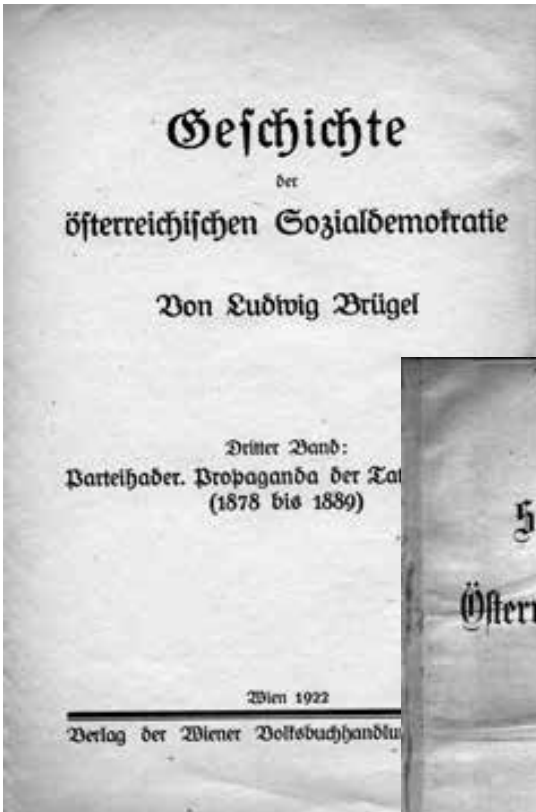
Trotziger Abschied

Wenn das Eisen mich mäht,
wenn mein Atem vergeht,
sollt stumm unterm Rasen
mich breiten.

Laßt das Wortgespiel.
's war kein Held, der da fiel,
's war ein Opfer verlorener Zeiten.
's war einer, der nie
nach Völkerblut schrie,
's war ein Bürger erst kommender Zeiten.

Wenn das Eisen mich mäht,
wenn mein Atem vergeht,
sollt stumm unterm Rasen
mich breiten.

(Josef Luitpold Stern, Gesammelte Werke in fünf Bänden. Band 2: Die große Warnung. Von der Jagd auf die Menschlichkeit, Wien o. J., S. 42)



Faksimile von Ludwig Brügel,
Geschichte der österreichischen
Sozialdemokratie, Band 3, 1922.



Faksimile von Ludwig Brügel, Soziale
Gesetzgebung, Wien und Leipzig 1919.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

Der Übergang von der Monarchie zur Republik vollzog sich fließend. Nach dem Abschluss des Waffenstillstands und dem Verzicht des letzten Habsburgers auf die weitere Führung der Staatsgeschäfte wurde am **12. November 1918** die demokratische Republik **Deutsch-Österreich** ausgerufen.

Sie verstand sich als Bestandteil der drei Tage zuvor ausgerufenen **Weimarer Republik**. Die Sozialdemokratie erhoffte sich von dem Zusammengehen mit dem ökonomisch stärkeren Deutschland und der starken deutschen ArbeiterInnenbewegung größere Vorteile für die österreichische ArbeiterInnenenschaft als in einem Kleinstaat Österreich. Doch der „gewünschte“ Anschluss an Deutschland wurde der neuen Republik von den Siegermächten im **Friedensvertrag von St. Germain** (10. September 1919) verboten. Aus dem Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei wurde der Anschlussparagraph erst nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich am Parteitag 1933 gestrichen. Weite Teile der Bevölkerung und die meisten VertreterInnen der politischen Parteien waren der Auffassung, dass dieses „Restösterreich“ nicht lebensfähig wäre. Österreich war, wie es der französische Ministerpräsident Georges **Clemenceau** (1841–1929) ausdrückte **„c' est ce qui reste“**, also **„das, was übrig blieb“**.

Bei einer **Massenkundgebung** zur Ausrufung der Republik vor dem Parlamentsgebäude in Wien schnitten Angehörige der Roten Garde, einer der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs nahe stehenden Abteilung der von **Julius Deutsch** (1884–1968) geführten Volkswehr, einem Übergangsheer aus Freiwilligen, den weißen Streifen aus der neuen rot-weiß-roten Staatsfahne. Als sie die **Räterepublik** ausrufen und ins Parlament eindringen wollten, gab es zwei Tote und mehrere Verletzte.

Die Verwirklichung einer Räterepublik nach dem Vorbild der Sowjetunion stand bis Sommer 1919 in Österreich im Raum, zumal im benachbarten Bayern und Ungarn **Räterepubliken** (wenn auch nur kurze Zeit) existierten. Die Sozialdemokratie entschied sich jedoch dafür, die „... überfällige österreichische Revolution“ (Otto Bauer) nicht zur „sozialistischen“ voranzutreiben, sondern eine **Republik der sozialen Reformen** aufzubauen.



Otto Bauer (1881–1938) wohnte in der Kasernengasse 2 in Wien; seit 1949 Otto-Bauer-Gasse.



„Aber die Massen, die hungern und leiden wie nie zuvor, sind verzweifelt und erbittert. Das Vorbild Russlands und Ungarns lockt Tausende. Die Bourgeoisie sieht, dass die Versuchung zu neuer Revolution, zur Proklamierung der Rätediktatur die Massen lockt. Die Bourgeoisie zittert (...). So ist die Bourgeoisie unter dem Druck der Furcht vor der Rätediktatur zu weit größeren Zugeständnissen bereit, als sie sonst bei gleichen Machtverhältnissen bereit wäre. So können wir heute im Rahmen der demokratischen Republik ohne neuen gewaltsamen Umsturz sehr viel durchsetzen“.

(Otto Bauer, Werkausgabe, Wien 1976, Bd. 2, S. 148 f.)

1918 bis 1920: Sozialdemokratie in der Regierung

Nach dem Tod von Victor Adler wurde **Dr. Karl Renner** (1870–1950) Staatskanzler (Staatskanzler entsprach der heutigen Bezeichnung Bundeskanzler) und bildete eine **Konzentrationsregierung** aus Vertretern aller politischen Parteien (Sozialdemokratie, Christlichsoziale, Deutschnationale). Der Lehrer **Karl Seitz** (1869–1950) wurde Präsident des Staatsrats-Direktoriums (diese Bezeichnung entspricht dem heutigen Bundespräsident) und **Otto Bauer** (1881–1938) wurde Staatssekretär des Äußeren.



12. November 1918:
Ausrufung der Republik.
Menschenmassen vor dem Parlament.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

5

Die ersten Wahlen

Am **16. Februar 1919** fanden die **ersten Wahlen** zur **verfassungsgebenden (konstituierenden) Nationalversammlung** statt. Die Sozialdemokratische Partei erhielt 40,75 Prozent der Stimmen (72 Mandate), die Christlichsoziale Partei 35,93 Prozent der Stimmen (69 Mandate). Die deutschnationalen Parteien erreichten 26 Mandate und wurden drittstärkste Kraft. Insgesamt schafften 19 Listen den Einzug in das Parlament.

Nach dem neuen Wahlrecht konnten **Männer und Frauen** ab dem vollendeten 20. Lebensjahr wählen. Nach den Wahlen vom Februar 1919 waren unter den 170 Abgeordneten zur Konstituierenden Nationalversammlung erstmals auch acht Frauen, davon sieben von der Sozialdemokratischen Partei: **Anna Boschek** (1874–1957), **Adelheid Popp** (1869–1939), **Theresia Schlesinger** (1863–1940), **Amalie Seidl** (1876–1952), **Emmy Freundlich** (1878–1948), **Gabriele Proft** (1879–1971) und **Marie Tusch** (1869–1939), also immerhin fast 10 Prozent der sozialdemokratischen Abgeordneten, die mit 72 MandatarInnen die relative Mehrheit innehatten. Die erste von einer Frau gehaltene Rede im Hohen Haus stammte von Adelheid Popp und befasste sich mit der Abschaffung des Adels. Die **sozialdemokratische Frauenbewegung** legte in der Ersten Republik den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Politisierung und Organisierung der Arbeiter-



Plakat zum Internationalen Frauentag 1928



Karl Seitz (1869–1950), erster Floridsdorfer Reichsratsabgeordneter (1901) in der Monarchie, Bundespräsident und Bürgermeister von Wien in der Ersten Republik. Der Karl-Seitz-Hof (1951) und der Karl-Seitz-Platz (1998) in Wien erinnern an ihn.

rinnen. Die Forderung **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** gehörte zu den immer wieder gestellten Forderungen. Wichtige Errungenschaften der sozialdemokratischen Mandatarinnen waren das **Hausgehilfennengesetz** und gesetzliche **Mutterschutzbestimmungen**. Auf dem seit 1911 eingeführten Frauentag werden Forderungen von Frauen immer wieder formuliert.



„Frauen und Mädchen wacht auf! Steht zusammen für eure Forderungen: Für das Recht auf Arbeit, für eine gute Schulbildung der Mädchen, für bessere berufliche Ausbildung, für Arbeiterinnenschutz, für Alters-, Witwen- und Waisenversicherung, vor allem aber für unsere Forderung. Nie wieder Krieg!“

(Aus: Festschrift zum Frauentag 1925, S. 5)

Sozialpolitik

Die Sozialdemokratie nützte die **revolutionäre Phase** in den ersten Monaten nach der Ausrufung der Republik Deutschösterreich, um ein soziales und politisches Reformprogramm durchzusetzen. Unter der Federführung des Spitzenfunktionärs der Textilarbeitergewerkschaft und Vorsitzenden der Gewerkschaftskommission, **Ferdinand Hanusch** (1866–1923), der zum Staatssekretär für soziale Fürsorge bestellt wurde (ab März 1919 soziale Verwaltung, nachdem das Staatsamt für soziale Fürsorge mit dem Staatsamt für Volksgesundheit zusammengelegt wurde), wurden eine Reihe von Reformen durchgeführt. Von Hanusch stammt auch folgender Satz, der für sein Wirken bezeichnend ist:



Die ersten Sozialdemokratinnen im Parlament. 1. Reihe: Adelheid Popp (links), Anna Boschek (rechts), 2. Reihe: Gabriele Proft (links), Theresia Schlesinger (rechts), 3. Reihe: Marie Tusch (links), Emmy Freundlich (rechts). Am Bild fehlt Amalie Seidl.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

5



„Zum Vergnügen sitze ich nicht im Staatsamt; wenn ich nichts für die Arbeiterklasse tun könnte, würde ich noch heute demissionieren. ... Die Arbeit, die noch zu tun ist, wird erledigt werden. ... Solange ich das Staatsamt leiten werde, werde ich für die Arbeiterklasse tun, was ich kann“.

(Hanusch, Ferdinand: Der Mann und sein Werk. Wien 1924, S. 71 f.)



Phase 1 – Abhilfemaßnahmen und Noterlässe:

- 4. November 1918:** → Aufstellung der Industriellen Bezirkskommission zur Organisierung der Arbeitsvermittlung; Errichtung von Einigungsämtern
- 6. November 1918:** → Vollzugsanweisung über staatliche Arbeitslosenunterstützung
- 12. November 1918:** → Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe in Gewerbebetrieben
- 19. November 1918:** → Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag in fabrikmäßig betriebenen Gewerbebetrieben
- 20. November 1918:** → Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf Angestellte
- 29. Dezember 1918:** → Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Heimarbeit
- 25. Jänner 1919:** → Aufhebung der Arbeitsbücher, Bestrafung des Kontraktbruchs

Phase 2 – radikale Phase:

- 14. März 1919:** → Gesetz über die Vorbereitung der Sozialisierung
- 3. April 1919:** → Bäckerarbeitergesetz
- 25. April 1919:** → Invalidenentschädigungsgesetz

1918 bis 1920: Sozialdemokratie in der Regierung

5.1



- 14. Mai 1919:** → Vollzugsanweisung betreffend die zwangsweise Einstellung von Arbeitern in gewerblichen Betrieben; Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche
- 15. Mai 1919:** → Betriebsrätegesetz
- 30. Juli 1919:** → Arbeiterurlaubsgesetz

Phase 3 – Konsolidierung:

- 17. Dezember 1919:** → Gesetz über den achtstündigen Normalarbeitstag (Erweiterung auf kleingewerbliche Betriebe)
- 18. Dezember 1919:** → Gesetz über die Errichtung von Einigungsämtern und Kollektivverträgen
- 26. Februar 1920:** → Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte
- 24. März 1920:** → Gesetz über die Arbeitslosenversicherung

(Walter Göhring/Brigitte Pellar: Ferdinand Hanusch, Wien 2003, S. 204)



Das Denkmal der Republik (1928) am Rande des Grete-Rehor-Parks vor dem Parlament mit den Büsten von Jakob Reumann, Victor Adler und Ferdinand Hanusch.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

1920 bis 1934: Von der Opposition zum Bürgerkrieg

Die revolutionäre Nachkriegswelle zur Befriedung der ArbeiterInnenbewegung wurde von der sozialdemokratischen Führung in einen Reformkurs übergeführt. Aber schon 1920 sah die Christlichsoziale Partei den Zeitpunkt gekommen, die Sozialdemokratische Partei durch unannehmbare Forderungen aus der Regierung zu drängen.

Am **10. Juni 1920** kam es zum **Bruch der Koalition**, am **17. Oktober 1920** folgten **Neuwahlen**. Die Christlichsozialen wurden mit 79 Mandaten zur stärksten Partei, die Sozialdemokratie verlor 10 Mandate (nunmehr 62 Mandate). Mit Unterstützung der 24 Großdeutschen bildeten die Christlichsozialen eine **bürgerliche Alleinregierung**. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs ging in die Opposition.

Die bürgerlichen Parteien begannen nun, den von ihnen so genannten „**revolutionären Schutt**“ wegzuräumen, die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zurückzudrängen, womit eine gegenreformerische Rechtsentwicklung eingeleitet wurde, die letztlich im Faschismus enden sollte.

1920 ging eine äußerst starke Bewegung in Opposition, denn erst nach 1918 hatten sich die sozialdemokratischen Organisationen zu **Massenorganisationen** entwickelt, wie etwa die **Freien Gewerkschaften**, die **Konsumgenossenschaften** oder die **Mietervereinigung**.

1920/21 war der Historiker Dr. Michael Mayr (1864–1922) Regierungschef und Außenminister. Auf ihn folgte für ein Jahr als Bundeskanzler und Innenminister der Wiener Polizeipräsident Johann Schober (1874–1932). Er sollte 1929/30 noch einmal eine Regierung anführen. Prälat Dr. Ignaz Seipel (1876–1932), 1921 bis 1930 Obmann der Christlichsozialen Partei, war 1922 bis 1924 und 1926 bis 1929 Bundeskanzler. Er distanzierte sich noch schärfer als viele seiner Parteifreunde von der Sozialdemokratie. Die Kluft zwischen den SozialdemokratInnen und den Christlichsozialen wurde zusehends von beiden Seiten her unüberbrückbar.



links: Anton Afritsch (1873–1924), Initiator der Kinderfreundebewegung in Österreich
rechts: Anton Tesarek (1896–1977) Gründer der Roten Falken

Im Zuge der revolutionären Entwicklung am Ende des Krieges und danach war die ArbeiterInnenbewegung rasant gewachsen. Die Partei hatte knapp **eine halbe Million Mitglieder** (Tendenz steigend, Höchststand in der Ersten Republik war das Jahr 1929 mit 718.000 Mitgliedern) und in den **Freien (= sozialdemokratischen) Gewerkschaften** waren mehr als **eine Million ArbeiterInnen** organisiert (Tendenz infolge der Arbeitslosigkeit und des verstärkt anti-gewerkschaftlichen Drucks durch die Unternehmer fallend). Dazu kamen die **Genossenschaftsbewegung** mit etwa 500 Mitgliedern und die **kulturelle Bildungsarbeit**. Sie wurde in einer Reihe von **Vorfeld- und Nebenorganisationen**, etwa den **Kinderfreunden**, den **Rote Falken**, den **Naturfreunden** oder den **Freidenkern** betrieben.

Das gesamte sozialdemokratische Lager war als geschlossene „Familie“ organisiert worden, in der man einerseits „Geborgenheit“ und „Schutz“ finden konnte, und in der andererseits Ansätze einer neuen, solidarischen, menschlicheren Gesellschaft (der „Neue Mensch“) verwirklicht werden sollten.

Wie keine andere sozialdemokratische Partei hatte es die Sozialdemokratische Partei durch die verbale und programmatische Ausrichtung auf den **Austromarxismus** verstanden, auch radikalere Teile der ArbeiterInnenschaft an sich zu binden, gleichzeitig aber einer „revolutionären“ Konfrontation mit den Bürgern die längste Zeit auszuweichen.

1922 beschloss die bürgerliche Regierung unter **Ignaz Seipel** als Bundeskanzler die so genannte **Genfer Sanierung** (Annahme einer Völkerbundanleihe, die mit einem Sanierungsprogramm und einem Anschlussverbot verknüpft war), wodurch der Masse der Bevölkerung als Gegenleistung für internationale Kredite zur Budgetsanierung ein drückendes Sparprogramm auferlegt wurde. Obwohl

Die SdAPDÖ war in der Ersten Republik „die“ Klassenpartei der ArbeiterInnenschaft: 80 bis 90 % der ArbeiterInnen wählten sozialdemokratisch, etwa ein Drittel davon war in der Partei organisiert. In der Ersten Republik hatte sich die Sozialdemokratie am stärksten in Richtung Frauen (21 % der Mitglieder 1919, 34 % 1932) und Angestellte ausgedehnt.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

die Sozialdemokratie die Genfer Sanierung stark kritisierte, enthielten sich ihre Abgeordneten bei der entscheidenden Abstimmung der Stimme, wodurch eine Zweidrittelmehrheit und damit die Durchsetzung des Sanierungsprogramms ermöglicht wurden.

Arbeitslosigkeit und Radikalisierung des politischen Klimas

Ein permanentes Problem in der Ersten Republik war die **hohe Arbeitslosigkeit**. Waren 1923 durchschnittlich 111.378 Menschen arbeitslos, so stieg die Zahl im Jahr 1925 auf 145.531 und erreichte mit 193.378 Menschen im Jahr 1926 einen ersten Höhepunkt. Da rund 30.000 Nichtunterstützte in der Statistik unberücksichtigt blieben, lag die tatsächliche Ziffer bei rund 222.000 oder 18% aller ArbeitnehmerInnen. Im August 1937 gab es in Österreich 160.529 Arbeitslose, davon 135.938 Unterstützte. Auch die Zahl der nicht mehr unterstützten Arbeitslosen, der so genannten „Ausgesteuerten“, stieg zunehmend. Neben der hohen **Sockelarbeitslosigkeit** und der **Inflation** waren **Nahrungsmittelmangel**, **Kohleknappheit** und schlechter **Gesundheitszustand** der Bevölkerung („Wiener Krankheit“, Tuberkulose) die Hauptprobleme in der Ersten Republik. Unter dem Eindruck der steigenden Arbeitslosigkeit regte Otto Bauer Anfang der 1930er-Jahre eine **Studie über Arbeitslosigkeit** an. Sie wurde in dem niederösterreichischen Ort **Marienthal** bei Gramatneusiedl durchgeführt. Die Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wir-



© Lisa Fantić

An Franz Birnecker erinnert die Birneckergasse (1961) in Wien. Sein Grabmal befindet sich am Baumgartner Friedhof.



Marie Jahoda (links) und
Faksimile der Studie (rechts)

kungen langandauernder Arbeitslosigkeit", die 1933 von **Marie Jahoda** (1907–2001), **Paul Lazarsfeld** (1901–1976) und **Hans Zeisel** (1905–1992) veröffentlicht wurde, zählt heute zu den Klassikern der empirischen Soziologie. Sie zeigte die sozio-psychologischen Wirkungen von Arbeitslosigkeit auf und machte deutlich, dass Langzeitarbeitslosigkeit nicht – wie vielfach angenommen – zu revolutionärem Aufbegehren, sondern zu passiver Resignation führt.

Ab den 1920er-Jahren nahmen terroristische Angriffe auf die ArbeiterInnenbewegung deutlich zu. Zu erwähnen sei hier die die Ermordung des sozialdemokratischen Betriebsrates der Semperit-Gummiwerke **Franz Birnecker** (1923) in Wien des erst 16jährigen Landarbeiters **Rudolf Kovarik** (1923) in Spillern, des Eisenbahnschaffners **Karl Still** (1923) in Wien und die Ermordung des Mödlinger Gemeinderates **Leopold Müller** (1925) durch Nationalsozialisten, die von der Justiz nicht oder kaum geahndet wurden. Die Ermordung von Franz Birnecker (1878–1923), dem ersten Todesopfer der Ersten Republik, führte zur Gründung des Republikanischen Schutzbundes (siehe Seite 63). Etwas anders gelagert war der Fall des deutschnationalen Klosterneuburger Arbeiterturners **Josef Mohapl** (1925). Dieser hatte eine sozialdemokratische Versammlung gestört, war geflüchtet und wurde von einem stadtbekanntem Gewalttäter erstochen. Da auch mehrere Sozialdemokraten und Kommunisten hinzugekommen waren, wurden diese, obwohl ihnen nur nachgewiesen werden konnte, hinter dem Gewalttäter hergelaufen zu sein, zu strengen Strafen verurteilt.

1926 Linzer Programm

Als Reaktion auf die zunehmende Verbitterung der ArbeiterInnenschaft beschloss die Partei **1926** das **Linzer Programm**, das für **austromarxistisches Denken** beispielhaft war. Das Linzer Programm war das erste umfassende Parteiprogramm und löste die **1901** modifizierte **Prinzipienerklärung von Hainfeld** ab. Als Ziel der Sozialdemokratie wurden die Eroberung der Staatsmacht und die Errichtung des Sozialismus durch 51% der Wählerstimmen formuliert. Für den Fall, dass sich Feinde dieser demokratischen Entscheidung für den Sozialismus mit Gewalt entgegenstellen sollten, könnte die ArbeiterInnenbewegung gezwungen sein, den „... Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur des Proletariats zu brechen“.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

5

Das Programm wurde so formuliert, dass sich sowohl **gemäßigte SozialdemokratInnen** wie Karl Renner als auch **Linkssozialisten** wie Friedrich Adler damit identifizieren konnten. Obwohl die sozialdemokratische ArbeiterInnenbewegung damit auf die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie und auf eine rein defensive Haltung gegenüber den Angriffen von Rechts festgelegt wurde, sahen die bürgerlichen GegnerInnen in ihrer Propaganda das Linzer Programm als ein marxistisches Angriffsinstrument.



„Das neue Programm liebäugelt deutlich mit der Diktatur des Proletariats und findet nichts daran, daß durch Putsch und Bürgerkrieg, im Jargon, durch revolutionäre Mittel, die Macht im Staat erreicht werde. Für dieses Geständnis, das einen weiteren Unterschied gegen die Bolschewiken verwischt, wird man der Partei dankbar sein müssen. Es zeigt, daß man der demokratischen Gesinnung unserer Patentrepublikaner nicht über den Weg trauen darf. Niemand kann mehr überrascht sein, wenn sie sich heute oder morgen in der Rolle als Diktatoren versuchen wollen“.

(Reichspost, 33. Jg., Nr. 218, Montag, 9. August 1926, S.1)

Das Rote Wien

In den 1920er-Jahren konzentrierte sich die sozialdemokratische Politik zunehmend auf das „**Rote Wien**“. Wien war in Einvernehmen mit den Christlichsozialen von Niederösterreich getrennt und als eigenes Bundesland (1922) eingerichtet worden. Bei den ersten Wahlen wurde mit über 54% der Stimmen **Jakob Reumann** (1853–1926) erster **sozialdemokratischer Bürgermeister** einer Millionenstadt (1919). Sein Nachfolger (Bürgermeister 1923 bis 1934) war **Karl Seitz** (1869–1950).

In der Folge wurde das „**Rote Wien**“ zu einem Aushängeschild, das beispielhaft sozialdemokratische Politik vorleben sollte.

Zu diesem Zweck führte Finanzstadtrat **Hugo Breitner** (1873–1946) ein Steuersystem ein, das die einzelnen Bevölkerungsschichten nach ihrem Lebensaufwand gestaffelt zur Steuerleistung heranzog („Breitner-Steuern“). So mussten für den Besitz von Autos, Luxuswohnungen und -villen, Rennpferden oder die

Hundehaltung sowie für die Einstellung von Hausangestellten mehr Steuern bezahlt werden als für weniger kostspielige Besitztümer. Dazu kam noch eine Lustbarkeitsabgabe für Theater- und Kinovorstellungen und andere Veranstaltungen sowie eine **Wohnbausteuer**.

Mit diesen Einnahmen wurden jene weltweit aufsehenerregenden **kommunalpolitischen Maßnahmen im Wohnbau, Fürsorge-, Gesundheits- und Schulsystem** finanziert, die Hugo Breitner zu dem „Hassobjekt“ in der antisozialdemokratischen Propaganda werden ließ.

Die Errungenschaften des „Roten Wien“

Städtischer Wohnungsbau

Von 1924 bis 1934 entstanden vornehmlich aus den Mitteln der **Wohnbausteuer** und der **Wiener Luxussteuer** mehr als **60.000 Gemeindewohnungen** in Bauten, die architektonisch und sozial zum internationalen Vorbild wurden – mit **Grünanlagen, Gemeinschaftseinrichtungen, Kindergärten, Waschküchen, Bädern** und **Büchereien**.

Von konservativen GegnerInnen wurden diese Wohnungen als „zu klein“ und „rückständig“ diffamiert, aber tausende ArbeiterInnenfamilien fanden in dieser Zeit erstmals erschwingliche Wohnungen mit **Balkon, Küche, Wasseranschluss, Bad, Toilette** und **Gemeinschaftseinrichtungen** wie etwa **Zentralwaschküchen**. Berühmte Beispiele sind unter zahlreichen anderen der **Karl-Marx-Hof** im 19. Wiener Gemeindebezirk und der **George-Washington-Hof** im 10. Wiener Gemeindebezirk, die in den Jahren 1927–1930 entstanden sind.



© Bildarchiv ÖGB



© Lisa Farnic

Der Reumannhof in Wien-Margareten und das Denkmal von Hugo Breitner (Hugo-Breitner-Hof).

Die erste Republik (1918 bis 1933)

DIE ARBEITER VON WIEN

Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt,
Wir sind der Sämann, die Saat und das Feld.
Wir sind die Schnitter der kommenden Mahd,
Wir sind die Sehnsucht und wir sind die Tat.

So flieg zu flammende, du rote Fahne,
Voran dem Wege, den wir ziehn!
Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer,
Wir sind die Arbeiter von Wien.

Text: Fritz Brügel (1897–1955)

(Karl Adamek, LiederBilderLeseBuch, Berlin 1981, S. 174)

Der Journalist **Fritz Brügel** war Leiter der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek der Wiener Arbeiterkammer und Mitbegründer der „Vereinigung Sozialistischer Schriftsteller“.

Er nahm am Februaraufstand 1934 teil, floh danach in die Tschechoslowakei, wurde 1935 aus Österreich ausgebürgert und dann tschechischer Staatsbürger und arbeitete als Legationsrat im Außenministerium.

In der Emigration war er für die tschechoslowakische Exilregierung tätig und stand bis 1950 in diplomatischen Diensten der ČSSR, ehe er neuerlich emigrierte. Fritz Brügel starb in London.



Aktion Wäschepakete für Säuglinge

Sozial- und Gesundheitspolitik

Unter Stadtrat **Julius Tandler** wurden die **Angebote der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke** und der **Müllabfuhr** verbessert. Jeder Säugling bekam gratis ein **Wäschepaket**, damit „... kein Wiener Kind mehr in Zeitungspapier gewickelt werden musste“. Zur Erleichterung der Berufstätigkeit der Mütter und um der Verwahrlosung von Kindern auf der Straße vorzubeugen, wurden **Horte, Kindergärten** und **Kinderfreibäder** eingerichtet. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung war kostenlos. Der Steigerung der Sozialausgaben auf das Dreifache der Vorkriegszeit stand eine Verminderung der Säuglingssterblichkeit unter den österreichischen Durchschnitt und der Tuberkulose um die Hälfte gegenüber.



„Je mehr wir uns um die Jugend bekümmern, desto weniger werden wir uns um die Alten sorgen müssen; um so gesünder, lebensstüchtiger, widerstandsfähiger im Kampf ums Dasein wird diese Jugend sein. Was wir für Jugendhorte ausgeben, werden wir an Gefängnissen ersparen. Was wir für Schwangere- und Säuglingsfürsorge verwenden, ersparen wir an Anstalten für Geisteskranke“.

(Julius Tandler, zit. nach: „Mit uns zieht die neue Zeit. Arbeiterkultur in Österreich 1918–1934. Ausstellungskatalog“, Wien 1981, S. 79)

Schulreformen

Otto Glöckel (1874–1935) reformierte das Schulwesen. Unter dem Motto „Von der Drillschule zur Arbeitsschule“ verbesserte er unter anderem die Lehrerausbildung, führte kostenloses Schulmaterial für die Pflichtschulen sowie Schulärzte, Schulzahnkliniken und Tagesheimstätten ein. Mehrere Schulen und Verkehrs-



© Bezirksmuseum Meidling

© Sabine Lichtenberger

Leopoldine Glöckel, links (1871–1937), Lehrerin und engagierte Frauenrechtlerin, unterstützte das Werk ihres Mannes Otto Glöckel.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

flächen in Österreich sowie eine Gedenktafel am (ehemaligen) Stadtschulratsgebäude (Palais Epstein) erinnern an den großen Schulreformer.

Sozialdemokratische Bildungsarbeit

Die oberste Instanz des österreichischen ArbeiterInnenbildungswesens war die **„Zentralstelle für das Bildungswesen“**. Als theoretisches Organ gab sie die Monatsschrift **„Bildungsarbeit“** heraus. Zu ihren Hauptaufgaben gehörte die **politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bildungsarbeit**, aber auch die Betreuung der **ArbeiterInnenbüchereien**, in denen wichtige sozialistische, aber auch belletristische Schriften auflagen.

Eine besonders wichtige und neue Einrichtung der sozialdemokratischen Bildungsarbeit war die **Arbeiterhochschule**. Aus wirtschaftlichen Gründen konnten nur vier Jahrgänge durchgeführt werden. Leiter war der Dichter und Volksbildner **Josef Luitpold Stern** (1886–1966).

An der **Arbeiterhochschule** unterrichteten namhafte Persönlichkeiten aus der österreichischen Sozialdemokratie, wie etwa **Otto** und **Helene Bauer** (1871–1942), **Robert Danneberg** (1885–1942) und die Gründerin des Frauenreferates der Wiener Arbeiterkammer **Käthe Leichter** (1895–1942).

Die AbsolventInnen der Arbeiterhochschule nahmen nach 1945 in der Politik und in der Gewerkschaftsbewegung führende Positionen ein: so etwa waren der spätere Wiener Bürgermeister und Bundespräsident **Franz Jonas** (1899–1974), Sozialminister **Karl Maisel** (1890–1982), der burgenländische Landeshaupt-



© AEW 2/1966 (ÖGB Pressarchiv)

Der erste Jahrgang der Arbeiterhochschule im sogenannten Sickenbergschlössl im 19. Bezirk in Wien, Wien 1926



An Rosa Jochmann erinnert der Rosa-Jochmann-Ring am Leberberg (1995), die ebenfalls in Simmering gelegene und 1994 errichtete Rosa-Jochmann-Schule, Fuchsröhrenstraße 21–25, und der Rosa-Jochmann-Park, 2., Weintraubengasse 23.

mann **Hans Bögl** (1899–1974) oder die Widerstandskämpferin und spätere Frauenvorsitzende der SPÖ **Rosa Jochmann** (1901–1994) AbsolventInnen. Weitere wichtige Leistungen des „**Experimentes des Roten Wien**“ waren die Förderung des **Sports** (1931, Eröffnung des Wiener Praterstadions) und das **Volksbildungswesens**.

Bei der der Masse der Bevölkerung war die Politik des „Roten Wien“ populär: 1927 erhielt die Partei bei Gemeinderatswahlen über 60 Prozent der Stimmen. Die Mitgliederanzahl stieg in Wien von 79.165 (1919, 24% der Mitglieder in Österreich) auf 417.348 (1928, 58% der Mitglieder in Österreich).

Die konservativen GegnerInnen versuchten alles, um das Experiment scheitern zu lassen, einerseits mit der finanziellen Ausbeutung durch die Bundespolitik und andererseits durch die politische Mobilisierung des „Landes“ gegen die „Stadt“, der „konservativen“ Provinz gegen das austromarxistische „Rote Wien“. Die auf Bundesebene in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren immer mehr in die Defensive gekommene Sozialdemokratie sah im „Roten Wien“ die sozialdemokratische Bastion, von der aus sie die Errungenschaften der ArbeiterInnenenschaft verteidigen wollte. Das sollte sich aber, da der Staatsapparat (Militär, Polizei, Justiz) in den Händen der rechten Kräfte blieb, als Illusion herausstellen.

Erstarken der „Rechten“

Mit zunehmendem Abstand vom Jahr 1918 an formierten sich am rechten Flügel des Parteienspektrums der Ersten Republik immer mehr Kräfte gegen den Parlamentarismus und die Demokratie.

Die politischen Lager legten sich bald **paramilitärische Einheiten** zu. Die Sozialdemokratie gründete 1923 den **Republikanischen Schutzbund**. Obmann war **Julius Deutsch** (1884–1968), zu seinen Mitarbeitern zählten **Theodor Körner** (1873–1957), in der Zweiten Republik Bürgermeister von Wien (1945–1951) und anschließend Bundespräsident (1951–1957) und Major **Alexander Eifler** (1888–1945), der Stabschef wurde. 1928 zählte der Republikanische Schutzbund rund 80.000 Mitglieder. Er sollte die Demokratie und die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung schützen und verstand sich als Gegengewicht zu den bereits 1920 geschaffenen christlichsozialen **Heimwehren** und zum ebenfalls von den christlichsozialen dominierten **Bundesheer**.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

5

Die Heimwehren verfolgten einen **antidemokratischen, antiparlamentarischen** und **antimarxistischen** Kurs. Nach den Ereignissen des Jahres 1927 wurden sie immer radikaler und erfuhren einen immer stärkeren Zulauf. Im **Korneuburger Eid** (1930) bekannten sie sich offen zum **Faschismus** nach italienischem Vorbild unter Benito Mussolini. Aufgrund ihrer Kopfbedeckung wurden sie „Hahnenschwanzler“ genannt.

Schattendorf und der 15. Juli 1927

1927 spitzte sich die Lage entscheidend zu. **Am 30. Jänner** demonstrierte der **Republikanische Schutzbund** im burgenländischen Ort **Schattendorf** gegen einen Aufmarsch der rechtsradikalen Frontkämpfervereinigung. Der Hilfsarbeiter **Mathias Csmarits** und der achtjährige **Josef Grössing** wurden dabei von Frontkämpfern getötet. Daraufhin demonstrierten ArbeiterInnen in Wien auf der Ringstraße. Am 2. Februar, dem Tag des Begräbnisses, ruhte zum Zeichen der Trauer und des Protestes in österreichischen Betrieben die Arbeit für eine Viertelstunde. **Am 14. Juli 1927** wurden die **drei Angeklagten** von einem **Geschworenengericht freigesprochen**, obwohl sie angegeben hatten, die Schüsse abgefeuert zu haben. Die Wut der ArbeiterInnenschaft gegen dieses „ungerechte“ Urteil war groß und **am 15. Juli 1927** wurde am Wiener Ring gegen dieses „Schandurteil“ demonstriert. Während sich die überwiegende Menge der DemonstrantInnen diszipliniert verhielt, drangen einige von ihnen in den **Justizpalast** ein, dem Symbol der verhassten bürgerlichen Klassenjustiz, und steckten Akten in Brand. Angehörige des Republikanischen Schutzbundes sowie Theodor **Körner**, Karl **Seitz** und Julius **Deutsch** versuchten, die empörte Menge zu beruhigen, scheiterten jedoch. Polizeipräsident Johann **Schober** ließ das Areal vor dem Gebäude mit Polizeigewalt räumen, um der Feuerwehr den Zugang zum Justizpalast zu verschaffen. Die völlig überforderte Polizei schoss wahllos in die Menge und machte dann Jagd auf flüchtende DemonstrantInnen. Der Tag endete mit 89 Toten, 600 Schwer- und über tausend Leichtverletzten. Bundeskanzler Seipel verteidigte im Parlament das brutale Vorgehen der Polizei, „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, was den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde erscheint...“, was ihm den Ruf **„Prälat ohne Milde“** einbrachte.

1920 bis 1934:

Von der Opposition zum Bürgerkrieg

5.2



„Vom Wien der ‚Blauen Donau‘ und dem ‚Küß‘ die Hand‘ und ‚Habe die Ehre‘ ist wenig bei den Wiener Arbeitern zu finden. Während meines* zwölfjährigen Aufenthaltes lernte ich sie als ruhige, klassenbewußte, friedliche Lohnarbeiter kennen, denen das Gefühl für Demokratie unausrottbar tief im Herzen sitzt. Sie haben nicht das bewegliche Temperament der Wiener Bourgeoisie. Sie sind durchaus nicht leicht erregbar, sind geduldig und fleißig. Aber es gibt eine gewisse Grenze, die man beim Wiener Proletariat ohne Gefahr nicht überschreiten darf. Wer es tut, steht einer festgefügtten Masse mit einem starken Sinn für Kameradschaft gegenüber, die weder Furcht noch Zagen kennt und bereit ist, ihr Leben einzusetzen, wenn sie sich als Klasse mißhandelt sieht. Gerade dies war in Wien nie möglich gewesen: berittene Polizei auf Arbeiter loszulassen – außer sie war stark genug, um die Demonstranten in den ersten zehn Minuten zu zerstreuen und die Toten und Verwundeten fortzuschaffen, ehe zu viele ihrer Genossen sie sehen konnten. Das aber war es, was der Polizeikommandant am 15. Juli, von Panik ergriffen, vergessen hatte“.

**G. E. R. Geyde, war britischer Journalist, der sich seit 1925 in Wien aufhielt.*

(Gedye, G. E. R.: Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Österreich und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938. Wien 1981, S. 26)



Das Begräbnis
der Opfer
in Schattendorf.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

Die Ereignisse des Jahres 1927 stellten in mehrerer Hinsicht einen politischen Einschnitt dar: Der christlichsoziale Bundeskanzler, Prälat Ignaz Seipel, erkannte, dass die sozialdemokratische Parteiführung auch in Extremsituationen vor Kampfmaßnahmen zurückschreckte, und schloss daraus, dass die Zeit gekommen war, mittels der Förderung faschistischer Gruppen wie der Heimwehren den Einfluss der ArbeiterInnenbewegung zu brechen. Die Sozialdemokratie hatte die schmerzliche Erfahrung machen müssen, dass selbst im „Roten Wien“ die konservativen Kräfte den Staatsapparat im Griff hatten.

Die Weltwirtschaftskrise

Die **1929** einsetzende **Weltwirtschaftskrise**, ausgelöst durch den **Kurssturz** an der **New Yorker Börse** im **Oktober 1929 („Schwarzer Freitag“)**, belastete auch Österreich. Die schlimmste Begleiterscheinung war eine internationale Kreditkrise, die gemeinsam mit der Absatzkrise im Produktionsbereich zum Zusammenbruch des **Weltwirtschaftssystems** führte. Wegen der engen Verflechtung der europäischen Kreditinstitute war es nur mehr eine Frage der Zeit, bis eine Bank aufgrund ausfallender Kredite ihre eigenen Kreditschulden nicht mehr bezahlen konnte.

Die Kette riss an ihrem schwächsten Glied, nämlich in Österreich. Die größte Privatbank, die **Creditanstalt (CA)**, brach zusammen und löste eine **Kredit- und Währungs**krise aus, die 1931 ganz Europa erfasste und auf die USA übergriff. Die Creditanstalt, die bereits 1926 die Anglo-Österreichische Bank über-

Auf dem Wiener Zentralfriedhof befindet sich eine Gedenkstätte für die Opfer des 15. und 16. Juli 1927. Heimito von Doderer verarbeitete die Ereignisse in seinem Roman „Die Dämonen“. Anlässlich des 70. Jahrestages des 15. Juli wurde 1997 im 21. Wiener Gemeindebezirk der Josef-Grössing-Park eröffnet. Er erinnert an den achtjährigen Josef Grössing, dem einzigen Kind einer Eisenbahnerfamilie und unschuldiges Opfer der Ereignisse in Schattendorf. Zum 80. Jahrestag wurde am 11. Juli 2007 in der Halle des Justizpalastes eine Gedenktafel angebracht.

nommen hatte, musste 1929 auf Betreiben der Regierung Schober die vor dem Bankrott stehende Bodencreditanstalt übernehmen. Diesen Deal verkraftete sie aber nicht.

Die letzte Nationalratswahl in der Ersten Republik

Bei den Nationalratswahlen 1930 wurde die Sozialdemokratie mit 72 Abgeordneten stimmen- und mandatsstärkste Partei. Die Christlichsozialen gingen ein Wahlbündnis mit der Heimwehr ein (die als Heimatblock kandidierte), während die Großdeutschen unter dem Namen „Nationaler Wirtschaftsblock“ ein Bündnis mit dem Landbund schlossen. Diese Nationalratswahl sollte die **letzte freie Nationalratswahl** in der Ersten Republik sein.

Die Sozialdemokratie hatte sich für eine Stärkung des **Mieterschutzes** und eine **Einführung des Arbeitslosengeldes** für alle ausgesprochen. Der Wahlkampf spiegelte die starken und unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den politischen Lagern wider.

In der Folge wechselten die Regierungen in kurzen Abständen: die Christlichsozialen bildeten 1930 eine **Minderheitsregierung** mit Heimwehrvertretern unter Bundeskanzler **Carl Vaugoin** (1873–1949), dann mit Beamten unter Bundeskanzler **Otto Ender** (1875–1960) und schließlich mit Beamten und dem Landbund unter Bundeskanzler **Karl Buresch** (1878–1936).

Im April 1932 stellte die Sozialdemokratie einen Antrag auf Auflösung des Nationalrats und Neuwahlen. Dem kam die Regierung Buresch durch Rücktritt zuvor. Im Mai 1932 wurde **Engelbert Dollfuß** (1892–1934), seit 1931 Landwirtschaftsminister, mit den Regierungsgeschäften betraut.

Dollfuß regierte mit dem Landbund und dem Heimatblock. Insgesamt verfügte die Regierung nur über eine hauchdünne Mehrheit von 83 Mandaten (bei insgesamt 165). Dollfuß blieb Landwirtschaftsminister und übernahm zusätzlich noch das Außenministerium.

Im Juli 1932 konnte Dollfuß in Lausanne eine Völkerbundanleihe über 300 Millionen Schilling erreichen, die mit einem 20-jährigen Anschlussverbot gekoppelt war. Sozialdemokraten und Großdeutsche stimmten im Parlament gegen die Anleihe. Das Gesetz konnte nur mit knapper Mehrheit beschlossen werden.

Die erste Republik (1918 bis 1933)

Im Oktober 1932 umging Dollfuß erstmals das Parlament mit dem **Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz** aus dem Jahr **1917**, um die Creditanstalt zu sanieren. Die politische Lage verschärfte sich, als der Landesführer der Wiener Heimwehr, **Emil Fey** (1886–1938), zum Staatssekretär für Sicherheitswesen bestellt wurde. Unter dem Druck der Heimwehren steuerte Dollfuß auf eine Diktatur zu.

Seit den 1930er-Jahren gab es für die junge österreichische demokratische Republik sowohl eine **Heimwehrgefahr** als auch eine zunehmende **nationalsozialistische Gefahr**. Bei den Landtagswahlen in Wien (1932) gewannen die Nationalsozialisten deutlich an Stimmen (von rund 27.000 Stimmen bei der Nationalratswahl 1930 auf rund 200.00 Stimmen), bei Gemeinderatswahlen in Innsbruck (1932) erzielten sie 40 Prozent Stimmenanteil. Das deutschnationale Lager driftete in das Lager des Hakenkreuzes ab, aber auch die Christlichsozialen erlitten Einbrüche. Bereits ein Jahr zuvor hatte die steirische Heimwehr unter ihrem Führer, dem Rechtsanwalt Dr. **Walter Pfrimer** (1881–1968), einen **Putschversuch** unternommen, der jedoch kläglich scheiterte. Bald danach wechselte die steirische Heimwehr fast vollständig zum Nationalsozialismus.

Dollfuß benützte einen günstigen Augenblick, um das Parlament auszuschalten. Seine Regierung verfügte über 83 Abgeordnetensitze. 72 Sozialdemokraten und 10 Großdeutsche standen in Opposition. Am **1. März 1933** begann ein **Eisenbahnerstreik**, der am 4. März 1933 Anlass für eine dringliche Sitzung des Nationalrates wurde. Im Parlament kam es zu einer Abstimmung über die **Eisenbahnergehälter**, die unentschieden ausging. Daraufhin traten aus taktischen Gründen alle drei Präsidenten des Nationalrates zurück, damit ihre Stimme zur jeweiligen Partei dazuzählte. Dieser Fall war in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.

Im Jänner 1932 gab es in Österreich 423.00 Arbeitslose. 350.000 wurden davon unterstützt. Otto Bauer verfasste 1932 das Programm „Arbeit für 200.000“, in dem er Anregungen des sozialdemokratischen Gewerkschafters Johann Schorsch (1874–1952) aufgriff.



1. Mai 1933, letzter Maiaufmarsch in der Ersten Republik.

Es kam zu einer Beschlussunfähigkeit des Parlaments, die durch die Wahl von neuen Parlamentspräsidenten bei der nächsten Sitzung leicht hätte behoben werden können. Dollfuß jedoch erkannte seine Chance, verkündete die so genannte **„Selbstausschaltung des Parlaments“** und verhinderte am **15. März** mit Polizeigewalt den Wiederzusammentritt. Am **7. März** wurde ein **Versammlungs- und Aufmarschverbot** erlassen und die Zeitungszensur eingeführt. Durch den Rückzug der christlichsozialen Mitglieder aus dem Verfassungsgesichtshof wurde auch dieser lahmgelegt. Regiert wurde fortan mit dem **Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz** aus dem Jahr **1917**.

Am **25. März 1933** wurde der **Republikanische Schutzbund** verboten, am **26. Mai 1933** die **Kommunistische Partei**. Der steigende Terror der Nationalsozialisten (Sprengstoffanschläge) führte am **19. Juni 1933** zum **Verbot der NSDAP**. Die Sozialdemokratie, die als Partei weiterhin existierte und noch eine Reihe politischer Positionen innehatte, reagierte gemäßigt. Bewaffneter Widerstand sollte nur im Falle eines Parteiverbotes, des Verbotes oder der Gleichschaltung der Gewerkschaften, der Einführung einer faschistischen Verfassung oder der Auflösung der Gemeinde- und Landesverwaltung des Roten Wien erfolgen. Im Zuge einer **Regierungsumbildung** im **September 1933** mussten Kritiker des autoritären Kurses, wie etwa der christlichsoziale Carl Vaugoin und der Vertreter des Landbundes Franz Winkler die Regierung verlassen. Heimwehrführer und Vizekanzler Major Emil Fey wurde Vizekanzler. Im September 1933 erklärte Dollfuß die **Errichtung eines Ständestaates mit starker autoritärer Führung als sein Ziel** („Trabrennplatzrede“).

Ab Oktober 1933 wurden politische GegnerInnen im „Anhaltelager“ **Wöllersdorf** bei Wiener Neustadt interniert.

Der 1. Mai 1933: Durch die Notverordnungen der Regierung Dollfuß wurden auch die traditionellen Maifeiern der ArbeiterInnenschaft verboten. Die SozialdemokratInnen versuchten dieses Verbot, durch den Aufruf zu einem „Maispaziergang“ zu unterlaufen und tausende WienerInnen spazierten entlang von Maschinengewehrstellungen und Stacheldrahtverhauen am Wiener Ring.



Ein Mann und sein Plan

Friedrich Hillegeist
in der österreichischen Sozialversicherung

Guenther Steiner, Historiker, Fachbuchautor
Zeitgeschichte / 2013 / 252 Seiten / EUR 36,00
ISBN 978-3-7035-1589-7



Der Sozialpolitiker Karl Maisel

Guenther Steiner
Zeitgeschichte / 2012 / 228 Seiten / EUR 36,00
ISBN 978-3-7035-1547-7



Johann Böhm in der österreichischen Sozialversicherung

Guenther Steiner
Zeitgeschichte / 2011 / 252 Seiten / EUR 36,00
ISBN 978-3-7035-1489-0

Nationalratswahlen 1919-1930 (in absoluten Prozenten und Mandaten)

| Jahr | Prozent | | | | | | Mandate | | | | | | | |
|------|------------------|------|---|----------------------------|-----------------------|------------------------------------|--------------------------|------|------|----------------------------|---------------|----------|-----------------------|-------------|
| | CSP ¹ | SDAP | Deutsch-nationale Parteien ² | Einheitsliste ³ | Landbund ⁴ | Nat. Wirtschaftsblock ⁵ | Heimatblock ⁶ | CSP | SDAP | Deutsch-nationale Parteien | Einheitsliste | Landbund | Nat. Wirtschaftsblock | Heimatblock |
| 1919 | 35,9 | 40,8 | 20,8 | - | - | - | - | 69 | 72 | 27 | - | - | - | - |
| 1920 | 41,8 | 36,0 | 17,2 | - | - | - | - | 85 | 69 | 28 | - | - | - | - |
| 1923 | 45,0 | 39,6 | 12,8 | - | - | - | - | 82 | 68 | 15 | - | - | - | - |
| 1927 | - | 42,0 | - | 48,2 | 6 | - | - | (73) | 71 | (12) | 85 | 9 | - | - |
| 1930 | 35,7 | 41,1 | - | - | - | 11,6 | 6,2 | 66 | 72 | - | - | - | 19 | 8 |

Anmerkungen zur Tabelle:

- ¹ 1927 als Einheitsliste mit Großdeutscher Volkspartei angetreten. Auf die CSP entfielen dabei 73 und auf die GDVP 12 Mandate.
- ² Für 1919 nicht weniger als 17 Parteien darunter vereint – 1920: zusammengesetzt aus Großdeutscher Volkspartei, Deutsch-österreich. Bauernpartei, Kärntner Bauernbund, Nationalsozialisten. – 1923: Großdeutsche Volkspartei und Landbund.
- ³ Wahlpartei, 1927 gebildet aus CSP, GDVP, Mittelständischer Volkspartei und weiteren kleineren nationalen Gruppierungen.
- ⁴ Der Landbund kandidierte bis 1923 jeweils mit der GDVP, 1927 dann erstmals selbständig.
- ⁵ Als „Schober-Block“ 1930, gebildet aus GDVP, Landbund für Österreich und kleiner Parteien.
- ⁶ Liste bürgerlicher Selbstschutzformationen (Heimwehren).

Legende:

- CSP Christlichsoziale Partei
SDAP Sozialdemokratische Arbeiterpartei

Quelle: www.demokratiezentrum.org

6 Kommunismus

Der Begriff **Kommunismus** wurde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts von Marx und Engels verwendet (Kommunistisches Manifest, Bund der Kommunisten). Als politische Bewegung erhielt der Begriff während des Ersten Weltkriegs Bedeutung. Der linke Flügel der Sozialdemokratie, der sich in Opposition zur Burgfriedenpolitik der Mehrheit befand, hatte sich 1915 in Zimmerwald in der Schweiz versammelt, um gegen den Krieg zu protestieren (vgl. auch Skriptum Seite 43).

Aus dieser so genannten „Zimmerwalder Linken“, die von Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt **Lenin** (1870–1924), angeführt wurde, entwickelte sich nach der Revolution in Russland die **Kommunistische Internationale** (Komintern). Die Kominterngründung 1919 besiegelte die Spaltung des Marxismus in reformistische sozialdemokratische und radikale prosojjetische kommunistische Parteien.

Die **1918** als „Kommunistische Partei Deutschösterreichs“ (KPDÖ) gegründete **KPÖ** spielte im Laufe ihres Bestehens dreimal eine bedeutende Rolle: in der revolutionären Phase nach dem Ersten Weltkrieg (1918/19), während des Widerstands gegen Austrofaschismus und Nationalsozialismus (1934 bis 1945) und in der Besatzungszeit (1945 bis 1955; vor allem in der sowjetischen Besatzungszone).

Vor dem Hintergrund der **Oktoberrevolution in Russland** von Linksradikalen, in der Sowjetunion radikalisierten Kriegsheimkehrern und ehemaligen Kriegsgefangenen gegründet, fiel die KPÖ während der Massenkundgebung aus Anlass der **Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich** am **12. November 1918** vor dem Parlament erstmals auf. Transparente („Hoch die sozialistische Republik“) wurden entrollt, und aus der rot-weiß-roten Fahne wurde der weiße Streifen entfernt. Anschließend kam es zu einer Schießerei, bei der die ersten Toten der eben ausgerufenen Republik zu beklagen waren.

Der **Einfluss der KPÖ** schwand aber mit dem allmählichen Abflauen der Rätebewegung. Die Mehrheit der ArbeiterInnenschaft stand im Lager der Sozialdemokratie, zumal diese durch die radikale Phrase („Diktatur des Proletariats“) die Massen anzuziehen vermochte. Die KPÖ erreichte während der demokratischen Phase der Ersten Republik weder den Einzug in den Nationalrat noch in Landtage. Fraktions- und Flügelkämpfe prägten die Partei.

Unter der Vorherrschaft der KPdSU mussten alle kommunistischen Parteien – auch die KPÖ – eine einheitliche Linie umsetzen. In der Praxis bedeutete dies, dass alle kommunistischen Parteien zu Werkzeugen der sowjetischen Außenpolitik wurden. Kremltreue, Hierarchiegläubigkeit und Ablehnung der Sozialdemokratie waren Grundelemente.



„Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen, weil die UdSSR die Basis der revolutionären Bewegung der ganzen Welt ist; diese revolutionäre Bewegung zu schützen und voranzubringen ist aber nicht möglich, ohne die UdSSR zu schützen.“

(Stalin zitiert nach David Priestland, Weltgeschichte des Kommunismus, S. 167)

Ein Mittel, um KommunistInnen auf „Systemtreue“ zu überprüfen, waren politische „Säuberungen“, die sich in Form von öffentlichen Schauprozessen zu Massenspektakeln entwickelten. Mittels dieser „Säuberungen“ wurden missliebige GegnerInnen der Parteiführung aus ihren Positionen entfernt. Todesurteile, Verbannungen und Lager (Gulag) waren Begleiterscheinung dieses Systems. Die Deutsche **Margarete Wilde** beispielsweise, die im Auftrag der Komintern seit Ende der 1920er Jahre in der KPÖ Ordnung schaffen sollte, wurde 1937 in Moskau verhaftet und kam im Gulag (den Straf- und Arbeitslagern) um.

Erst nach dem **Verbot der KPÖ im März 1933** entwickelte sich die KPÖ zu einem wichtigen Faktor des Widerstands gegen das autoritäre Regime. Vor allem nach dem gescheiterten Aufstand des Republikanischen Schutzbundes im Februar 1934 erhielt die illegale KPÖ regen Zulauf. Innerhalb von kurzer Zeit wuchs ihre Stärke von rund 4.000 auf 16.000 Mitglieder.

Die KPÖ war von der seit 1928 gültigen Stalinschen Doktrin, dass die Sozialdemokratie der Hauptgegner des Kommunismus wäre – die Sozialdemokratie wurde als „gemäßigter Flügel des Faschismus“ bezeichnet („**Sozialfaschismus-these**“ – beschlossen am VI. Weltkongress der Komintern) –, abgegangen und unterstützte die Aufständischen. Sie ging also erstmals – und wohl das einzige Mal in ihrer Geschichte – einen eigenständigen Weg. Diese Haltung brachte ihr Zulauf von enttäuschten SozialdemokratInnen.

6 Kommunismus

Die Sozialfaschismusthese war insofern verhängnisvoll, als dass sie die nötige Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie zur Abwehr des Faschismus verunmöglichte und damit die Machtergreifung des Nationalsozialismus 1933 in Deutschland begünstigte.

Als Stalin 1935 von der Sozialfaschismusthese zur **Volksfrontpolitik** überging (Zusammenschluss aller demokratischen Kräfte gegen den Faschismus), erhielt die illegale KPÖ weiteren Aufwind. Erklärungsnotstand hatte die KPÖ 1939, als der **Hitler-Stalin-Pakt** beschlossen wurde. In Folge dieses Paktes wurden Kommunisten und Kommunistinnen, die in der Sowjetunion Schutz vor Verfolgung gesucht hatten, an die Nationalsozialisten ausgeliefert.

Ein frühes Opfer stalinistischer Verfolgung wurde **Franz Koritschoner** (1892–1941), erster Vorsitzender der KPÖ. Er wurde 1936 wegen Trotzismus verhaftet und verbrachte die nächsten Jahre in sowjetischen Gefängnissen. 1941 wurde er von den Sowjets an die Gestapo ausgeliefert. Er starb im KZ Auschwitz.

Anders als die Sozialdemokratie entwickelte die KPÖ frühzeitig das **Konzept von der eigenständigen österreichischen Nation**. Hauptverantwortlich hiefür war der Journalist **Alfred Klahr** (1904–1944). Klahr war 1934 emigriert und ging 1935 in die Sowjetunion. Er arbeitete als Lektor im österreichischen Sektor an der Internationalen Leninschule in Moskau. In dieser Zeit beschäftigte er sich mit dem Thema der österreichischen Nation und kam zum Schluss, dass Österreich kein Teil der deutschen Nation wäre, sondern eine eigenständige Entwicklung aufwies (Artikelserie in der Zeitschrift „Weg und Ziel“ „Zur nationalen Frage in Österreich“, 1937).



„Die Auffassung, daß das österreichische Volk ein Teil der deutschen Nation ist, ist theoretisch unbegründet. Eine Einheit der deutschen Nation, in der auch die Österreicher miteinbezogen sind, hat es bisher nie gegeben und gibt es auch heute nicht. Das österreichische Volk hat unter anderen wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen gelebt als die übrigen Deutschen im Reich und daher eine andere nationale Entwicklung genommen.“

Schon im März 1938 trat die KPÖ von ihrem Exil in Prag aus für die **Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs** ein und gab in der Folge auch ihrem



Hella Postranecky-Altman
Unterstaatssekretärin im Bundesministerium für Volksernährung 1945

Widerstand eine betont österreichische-patriotische Orientierung. Der KPÖ gelang es relativ rasch, Widerstandszellen aufzubauen. Ihre Erfahrung im Untergrund – sie war ja bereits seit 1933 illegal – half ihr dabei. Trotzdem konnte die Gestapo, nicht zuletzt mittels V-Männern, die KPÖ-Zellen bis 1943 fast vollständig zerschlagen. Rund 2.000 KommunistInnen fanden im Widerstand den Tod.

In der provisorischen Regierung Renner 1945 war die KPÖ überproportional stark vertreten (10 SPÖ, 9 ÖVP, 7 KPÖ). Sie stellte mit **Johann Kopenig** (1891–1961) den Vizekanzler und mit **Franz Honner** (1893–1964) den Staatssekretär für Inneres.

Das Unterrichtsressort (Staatsamt für Volksaufklärung, Unterricht, Erziehung und Kultusangelegenheiten) leitete der ehemalige Sozialdemokrat **Ernst Fischer** (1899–1972). Die stellvertretende Parteivorsitzende **Hella Postranecky-Altman** (1903–1995), bis 1969 Mitglied des ZK der KPÖ, war Unterstaatssekretärin im Bundesministerium für Volksernährung.

Bei den Nationalratswahlen am 25. November 1945 fuhr die KPÖ ein für sie unerwartet enttäuschendes Ergebnis ein. Sie erreichte vier Mandate oder 5,42 Prozent der Stimmen. Trotzdem holte sie Bundeskanzler Leopold Figl in die Regierung. **Karl Altmann** (1904–1960) wurde Minister für Elektrifizierung und Energiewirtschaft. Aus Protest gegen den Marshallplan trat er 1947 aus der Regierung aus.

Die Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht, insbesondere die kritiklose Übernahme aller SU-Positionen – die KPÖ war eine **stark auf Moskau orientierte stalinistische Partei** – fand in Österreich wenig Anklang. Auch bei den Nationalratswahlen 1949 (Kommunisten und Linkssozialisten), 1953 (Volksopposition) und 1956 konnte sie sich nicht wesentlich verbessern. Den höchsten Stimmenstand erhielt sie 1953 (228.159 Stimmen). 1959 schaffte sie den Einzug in den Nationalrat nicht mehr. Auf Landesebene ist die KPÖ noch heute vertreten (Steiermark).

In der Nachkriegszeit lehnte sie den Marshallplan ebenso ab wie den Wiederaufbau auf Kosten der ArbeiterInnenklasse. Nach dem Bruch zwischen Tito und Stalin verlor sie ihre Positionen in den slowenischsprachigen Gebieten. Partei-ausschlüsse und Flügelkämpfe bis Anfang der 1990er Jahre waren die Begleiter

6 Kommunismus

des Niedergangs. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989/90 verlor die KPÖ auch ihre finanzielle Basis.

Eine Aufarbeitung des Stalinismus erfolgte in der KPÖ nur zögerlich seit Mitte der 1980er Jahre. Die beiden ehemaligen Parteivorsitzenden der KPÖ, **Franz Muhri** (1924–2001) und **Walter Baier** (geb. 1954), publizierten 2001 eine Abrechnung „Stalin und wir“.

Zum Begriff Stalinismus:



„Der Staat war der Vater, der seine Kinder, je nach ihrem Verhalten, belohnte. Paternalismus war ein zentraler Punkt der stalinistischen Propaganda und ihr augenscheinlichstes Element – Stalins Personenkult. Die Wohltaten des sowjetischen Wohlfahrtsstaates – die Schulen, Krankenhäuser und sozialen Einrichtungen, die viele zu den Hauptvorzügen der neuen Ordnung zählten – wurden allesamt als Geschenke von Vater Stalin an seine dankbaren Kinder dargestellt und nicht als selbst erworbene Rechte einer hart arbeitenden Bevölkerung.“

(David Priestland: Weltgeschichte des Kommunismus. Von der französischen Revolution bis heute, München 2009, S. 209)



Franz Muhri (links)
Parteivorsitzender der KPÖ 1965 bis 1990
Walter Baier (rechts)
Parteivorsitzender der KPÖ 1994 bis 2006

Wichtige Gedenktage

23. August

Europäischer Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime

Nachdem Anfang der 1930er Jahre rund 3,3 Millionen Menschen in der Ukraine dem von der Sowjetführung in Kauf genommenen Hungertod zum Opfer fielen, ausgelöst durch den Export allen Getreides zur Erzielung der für das Vorantreiben der Industrialisierung des Landes erforderlichen finanziellen Mittel, wurden im Zuge des Großen Terrors 1937/1938 rund 700.000 SowjetbürgerInnen als angebliche Staatsfeinde erschossen. Auf Grund des Hitler-Stalin-Pakts teilten die beiden Regime Polen untereinander auf, die baltischen Staaten fielen an die Sowjetunion. Auf die sowjetischen Repressalien folgten nach dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion 1941 Massenerschießungen durch die Einsatztruppen, neuerlicher Hunger für die sowjetische Bevölkerung, der millionenfache Tod sowjetischer Kriegsgefangener und der Massenmord an den osteuropäischen Juden und Jüdinnen.

27. Jänner

Der 27. Jänner ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Er ist in Deutschland seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Feiertag. Im Jahr 2005 wurde dieser Tag von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zum Internationalen Holocaustgedenktag erklärt.

Mitteilungen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes 205/S. 6 (Brigitte Bailer)

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Als demokratische Einrichtung fielen auch die 1920 gegründeten Arbeiterkammern dem „autoritären“ Kurs zum Opfer. Mit **1. Jänner 1934** wurden **Regierungskommissare** eingesetzt und statt der gewählten Selbstverwaltung **Verwaltungskommissionen** ernannt.

Ebenfalls im Jänner 1934 wurde im Auftrag des Heimwehrführers und Vizekanzlers Emil Fey (1886 bis 1938) mit systematischen Hausdurchsuchungen in **sozialdemokratischen Parteiheimen, Parteigebäuden** und **Privatwohnungen** begonnen. Aufgrund dieser Waffensuchen wurden bis 10. Februar 1934 rund 200 Funktionäre des Schutzbundes, darunter die militärische Leitung, verhaftet. Am 11. Februar sprach Fey von einem „... *bewiesenen Komplott marxistischbolschewistischer Verbrecher*“ und kündigte an, er werde „... *morgen an die Arbeit gehen und wir werden ganze Arbeit leisten*“.

Der 12. Februar 1934

Als die Heimwehr am **12. Februar** eine Waffensuche im Linzer Parteiheim **Hotel Schiff** durchführte, leistete der Linzer Schutzbund unter **Richard Bernaschek** (1888–1945) bewaffneten Widerstand. Die Nachricht vom Zusammenstoß in Linz verbreitete sich in Windeseile in Wien und in anderen Städten, wie etwa in **Steyr, Bruck/Mur, Enns, Graz** und einigen anderen kleineren **Industrieorten**. Kurz vor zehn Uhr fiel in einem kleinen Exekutivkomitee des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Entscheidung über die **Ausrufung des Generalstreiks**. Etwa um die Mittagsstunde wurde in den **Wiener Gas- und Elektrizitätswerken** die Arbeit niedergelegt, zögernd auch in anderen Betrieben, da vielerorts Verwirrung darüber herrschte, wie vorgegangen werden soll.

Der ausgerufenen **Generalstreik** brach bald zusammen. Viele Menschen hatten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Es

Die sozialdemokratische Partei, die Freien Gewerkschaften und alle sozialdemokratischen Vereine wurden verboten. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. In Wien wurde der Gemeinderat und Landtag aufgelöst, der Bürgermeister und der Stadtsenat ihrer Ämter enthoben und ein Bundeskommissär eingesetzt. Der Austrofaschismus hatte gesiegt.



Gedenkstein für Angehörige der Wiener Feuerwehr
(Feuerwehrzentrale „Am Hof“).

war auch entscheidend, dass sich die EisenbahnerInnen dem Streik nicht angeschlossen hatten, da ihre Personalvertretung 1933 zerschlagen worden war.



„Eine der wichtigsten Ursachen der Niederlage der Sozialdemokratischen Partei war das Mißlingen des Generalstreiks, an dem eine Reihe von Begleitumständen die Schuld trugen. Erstens hatte die Regierung noch keine der Maßnahmen gesetzt, die nach dem Beschluß des SDAP-Parteitages allein mit einem Generalstreik zu bekämpfen gewesen wären. Dann war das Losschlagen von Schutzbundtruppen zu einem Zeitpunkt provoziert worden, zu dem man in Partei und Gewerkschaften nicht mit dem Ausbrechen der Kämpfe rechnete und daher nicht ausreichend vorbereitet war“.

(Klenner/Pellar: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999. Wien 1999, S. 295)

Nach dreitägigen Kämpfen endete der Bürgerkrieg 1934 mit über **200 Toten, 300 Verwundeten**, insgesamt wurden **120** an den Kämpfen beteiligte Menschen **inhaftiert**, 21 von ihnen wurden vom Standgericht zum Tode verurteilt, 12 wurden begnadigt, neun Urteile wurden vollstreckt. Unter den Hingerichteten befanden sich der Brucker Gemeinderat und Abgeordnete zum Nationalrat **Kolomann Wallisch** (geb. 1889), der Feuerwehroffizier **Georg Weissel** (geb. 1899) und der schwerverletzte Schuhmacher **Karl Münichreiter** (geb. 1891).

Der Schriftsteller **Bert Brecht** (1898–1956) verfasste 1939 eine Kolomann-Wallisch-Kantate:

**Im Februar vierunddreißig
Der Menschlichkeit zum Hohn
Hängten sie den Kämpfer
Gegen Hunger und Fron
Kolomann Wallisch
Zimmermannssohn.**

(Auszug)

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7



„Die Kanonen, die schweren Haubitzen haben gesiegt. Die ‚bürgerliche‘ Ordnung ist wiederhergestellt. Hunderte Arbeiter, Frauen, Kinder sind gemordet. Tausende Verwundete winden sich in Schmerzen. Tausende liegen zusammen gepfercht in den Gefängnissen, mit Mord und Blut ist das neue Österreich ‚christlich deutsch und ständisch‘ begründet“

(Bauer, Otto: Die Wahrheit über den Februar 1934. Wien 1945, S. 11)

Nach den Februarkämpfen konnte Bundeskanzler **Dollfuß** endgültig ein faschistisches Regime in Österreich etablieren. In wenigen Tagen waren die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung zerschlagen oder in die Illegalität gedrängt und wesentliche von ihr erkämpfte demokratische und soziale Rechte abgeschafft.

So etwa wurden die sozialdemokratischen **Betriebsräte und Betriebsrätinnen abgesetzt** und die **Kollektivverträge aufgelöst**, die **Arbeitslosen- und Notstandshilfe** wurde **eingeschränkt** und der **Mieterschutz abgeschafft**.

Den **standrechtlichen Exekutionen** folgte eine **Verhaftungswelle** von FunktionärInnen der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei (KPÖ) sowie der Freien Gewerkschaften. Sie wurden in **Gefängnissen** und in **Anhaltelager**, wie etwa in das **Anhaltelager Wöllersdorf**, gebracht und blieben dort über längere Zeit hin inhaftiert. Sie verloren ihre Wohnungen und ihre berufliche Existenz. Viele führende SozialdemokratInnen flüchteten vor dem Zugriff der neuen Machthaber in noch demokratische Nachbarstaaten, wie etwa in die tschechoslowakische Republik. So zum Beispiel **Otto Bauer**, der ehemalige Schutzbundkommandant **Julius Deutsch** (1884–1968), der Schriftsteller, Volks-



© Lisa Fantić



Koloman Wallisch (1889–1934), links. In Leoben, Bruck a. d. Mur und Kapfenberg gibt es einen Kolomann-Wallisch-Platz.

Karl Münchreiter (1891–1934), rechts. Seit 1946 erinnert die Münchreiterstraße in Wien-Hietzing an den hingerichteten Schutzbündler Karl Münchreiter.



Republikdenkmal mit Kruckenkreuzfahnen

und Arbeiterbildner **Josef Luitpold Stern** (1886–1966) und der ehemalige Leiter der Sozialwissenschaftlichen Bibliothek der Arbeiterkammer in Wien **Fritz Brügel** (1897–1955; siehe auch Seite 60), um nur einige von ihnen zu erwähnen.

Das Denkmal der Republik

Besonderen Symbolcharakter des „Neuaufbaues des Vaterlandes“ hatte die Entfernung des 1928 anlässlich des 10-jährigen Jahrestages der Ausrufung der Republik (Deutsch-)Österreich errichtete Denkmal der Republik mit den **Büsten von Jakob Reumann, Victor Adler und Ferdinand Hanusch** in unmittelbarer Nähe des Parlaments (heute: vor dem Grete-Rehor-Park). Bereits 1933 wurde es mit Kruckenkreuzfahnen und einem Portrait von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß überhängt, **1934** wurde es **abgetragen**, aber nicht vernichtet. In der zweiten Republik wurde es zum 30. Jahrestag der Republikgründung im Jahr 1948 wieder aufgebaut.



„Wie wir erfahren, werden die noch stehenden restlichen Teile des sogenannten ‚Denkmals der Republik‘, das in Wahrheit von der Bevölkerung stets als Trutzdenkmal der Marxisten empfunden wurde, noch im Laufe des morgigen Tages entfernt werden. Die Arbeit der Abtragung ist schwierig und nicht ungefährlich, denn die Säulen haben ein sehr bedeutendes Gewicht – etwa 1000 Kilogramm und es bedarf eigener Vorrichtungen und Fuhrwerke, um sie wegzubringen. An informierter Stelle hält man es für möglich, daß die wertvollen Steine zu einem vaterländischen Erinnerungsmal zum Gedächtnis an die Befreiung Wien vom marxistischen Terror verwendet werden“.

(Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk. 41. Jg., Nr. 50. Wien, Mittwoch, den 21. Februar 1934, S. 5)

Der christliche, deutsche Bundesstaat auf ständischer Grundlage

Am **1. Mai 1934** wurde im „...Namen Gottes“ eine neue Verfassung verkündet. Alle Parteien, auch die Christlichsoziale Partei, wurden aufgelöst. An ihre Stelle trat die „Vaterländische Front“ als Einheitspartei. Ebenfalls am 1. Mai wurde auch ein **Konkordat** verkündet, der Preis für die Unterstützung der Kirche für Bundeskanzler Engelbert Dollfuß.

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Der Umbau des Staates sollte auf **berufsständisch-autoritärer** Grundlage erfolgen. Die Idee des Ständestaates war Bestandteil der katholischen Soziallehre und bekam durch die **Sozialzyklika** „Rerum novarum“ (1891) ihre Bestätigung. Die autoritäre Struktur des Staates zeigte sich sowohl in der Stellung des Bundeskanzlers und als auch in den neuen Machtbefugnissen der Bundesregierung. Die Verfassung sah in der Gesetzgebung vorberatende Organe vor (Staatsrat, Bundeskulturrat, Bundeswirtschaftsrat, Länderrat), aber die Bundesregierung war an die vorberatenden Organe nicht gebunden. Auch der Bundespräsident wurde durch die autoritäre Maiverfassung weitgehend entmachtet. Von den in der Verfassung genannten „Berufsständen“ wurden bis 1938 nur zwei eingerichtet, der „Öffentliche Dienst“ und die „Land- und Forstwirtschaft“. Die im Mai 1933 gegründete „Vaterländische Front“, die nach deutschem und italienischem Vorbild eingerichtet wurde, sollte nach dem **Putsch der Nationalsozialisten** am **25. Juli 1934** als politisches Sammelbecken dienen.

„Säuberungen“ in den ArbeiterInnen- und Volksbüchereien

Nach dem 12. Februar 1934 wurden die österreichischen ArbeiterInnen- und Volksbüchereien „Säuberungswellen“ ausgesetzt. Insgesamt wurden mehr als 1.500 Büchertitel in die „Sperrlisten“ aufgenommen, darunter Werke von öster-

Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin

von
Hilsebeth Popp,
Mit reichhaltigen Bildern
von
August Bebel.

Zweite veränderte Auflage. (11.–12. Auflage)

(Schmucktitel 20. L.)



Stuttgart 1910
Verlag von Frau Reichardt.

Die 1909 anonym erschienene „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ erschien mit einem Vorwort von August Bebel.

Faksimilie „Jugendgeschichte einer Arbeiterin“



Albert Sever, (1867–1942),
erster demokratisch gewählter Landeshauptmann von NÖ, 1934 verhaftet

reichischen Autoren wie **Hugo Bettauer**, **Karl Kraus** und **Johann Ferch**, von international bekannten Autoren wie etwa von **Boccaccio**, **Honoré de Balzac**, **Fjodor M. Dostojewskij**, **Alfred Döblin**, **Gerhard Hauptmann**, **Kurt Tucholsky**, **Johann Gottfried Herder**, **Immanuel Kant**, aber auch psychoanalytische Werke wie etwa von **Sigmund Freud**. Auch die vor dem Ersten Weltkrieg erschienene Autobiographie der Redakteurin der Arbeiterinnen-Zeitung und sozialdemokratischen Abgeordneten **Adelheid Popp** „Die Jugendgeschichte einer Arbeiterin“ war nicht mehr erlaubt.

„Wir kommen wieder“ – die Revolutionären Sozialisten (RS)

Trotz allem konnte das Regime die ArbeiterInnenbewegung nicht völlig vernichten, auch nicht die Organisationen der Sozialdemokratie, die im Unterschied zur KPÖ nicht auf die Illegalität vorbereitet waren. Viele SozialdemokratInnen **kritisierten die abwartende Politik der Parteiführung** unter Otto Bauer, ihre demokratischen Illusionen und ihren Reformismus. Ein Teil von ihnen ging zur **Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ)** über, die erstmals in ihrer Geschichte größeren Einfluss gewann. Dies betraf insbesondere viele Schutzbündler, die in die Sowjetunion flüchten konnten, wo später viele von ihnen dem stalinistischen Terror zum Opfer fielen.

Ein anderer Teil der verbliebenen AktivistInnen aus der Sozialdemokratie setzten als **„Revolutionäre Sozialisten“ (RS)** ihre politische Tätigkeit in der Illegalität fort und hofften, dass das autoritäre Regime schwach genug sei, um es rasch stürzen zu können (Strategie der „kurzen Perspektive“).

Aktionen der illegalen ArbeiterInnenbewegung

Bereits kurz nach dem 12. Februar setzten illegale Aktionen der ArbeiterInnenbewegung ein: dazu gehörten geheime Besprechungen und Versammlungen, die Verteilung von Flugblättern und Streuzetteln, das Entfernen von Regierungsplakaten, der Transport und die Verteilung der illegalen „Arbeiter-Zeitung“, das Verstecken und Verwahren von nicht beschlagnahmten Waffen des Schutzbundes und das Tragen der **Roten Nelke** oder das Hissen der **Roten Fahne**.

Ebenfalls seit Beginn der Illegalität riefen die ArbeiterInnenorganisationen auch zu großen illegalen Kundgebungen zu den **Gedenktagen der ArbeiterInnenbewegung** auf. Dabei kam es oft zu blutigen Zwischenfällen. So etwa bei der

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Kundgebung der Revolutionären Sozialisten auf der **Predigerstuhlwiese** bei Kaltenleutgeben am **15. Juli 1934**, bei der die zwei Liesinger Sozialisten **Richard Lehmann** und **Johann Fröhlich** getötet wurden.

Exkurs:

Geschichte von der Roten Nelke

Die Geschichte der „Roten Nelke“ geht auf die Französische Revolution zurück. Verurteilte Aristokraten trugen auf dem Weg zur Guillotine Nelken. Im 19. Jahrhundert war das Blumentragen zu festlichen Anlässen „Mode“, auch bei der ArbeiterInnenbewegung. Am 1. Mai 1890 wurden nicht nur „Rote Nelken“, sondern auch Kastanienlaub oder Maiglöckchen getragen. Die endgültige Festlegung auf die „Rote Nelke“ als das Symbol der ArbeiterInnenbewegung dürfte erst Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts erfolgt sein. Sowohl die leuchtend rote Farbe, die leichte Verfügbarkeit und als auch geringe Anschaffungskosten sprach für sie. Oft wurde die „Rote Nelke“ auch aus Seiden- oder Krepppapier in Heimarbeit hergestellt.

Die Geschichte von der Roten Fahne

Bereits unter Karl dem Großen war die „Rote Fahne“ das Zeichen der Gerichtsbarkeit über Leben und Tod der Untertanen gewesen. Am Beginn der Französischen Revolution versammelte sich das Volk von Paris auf dem Marsfeld zu einer Kundgebung gegen das Königtum, der Kriegszustand wurde verhängt und das Militär entrollte die „Rote Fahne“ als Zeichen des Standrechtes. Am 10. August 1792 versammelten sich die Anhänger des Revolutionärs Georges J. Danton (1759–1794) unter „Roten Fahnen“.



Kundgebung der RS (Sprecherin: Rosa Jochmann); an die beiden Toten erinnern die Lehmanngasse und die Fröhlichgasse in Wien-Liesing.



Karl Maisel, in der Zweiten Republik Bundesminister für soziale Verwaltung und Präsident der AK Wien

Auch während der Revolution von 1848 tauchte die „Rote Fahne“ als Symbol der „Herrschaft des Volkes“ wieder auf. Im Juli 1889 beschloss der Internationale Arbeiterkongress in Paris, dass die „Rote Fahne“ das Banner der Sozialistischen Internationale sein sollte.

„Wiener Konferenz“ in Blansko bei Brünn

Anfang September 1934 wurde in **Blansko** bei Brünn die so genannte **Wiener Konferenz** abgehalten, auf der das **Zentralkomitee** unter dem Vorsitz des Redakteurs der Arbeiter-Zeitung **Karl Hans Sailer** (1900–1957) eine Prinzipienklärung annahm.

Neben Sailer gehörten dem **Zentralkomitee** noch **Karl Holoubek** (1899–1974) als Organisationsreferent, **Roman Felleis** (1903–1944) als Referent für Propaganda und Jugend, der Gewerkschafter **Karl Maisel** (1890–1982) und **Franz Rauscher** (1900–1988) als Bundesländerreferent an. Als kooptierte Mitglieder wurden **Oscar Pollak** (1893–1963) als Redakteur, der ehemalige Sekretär der Sozialdemokratischen Partei **Leopold Thaller** (1888–1971) als Kassier und **Edmund Reismann** (1881–1942), 1919 bis 1934 Gemeinderat von Wien-Meidling, aufgenommen. Die Beschlüsse der Wiener Konferenz einschließlich der Prinzipienklärung wurden in der illegalen Arbeiter-Zeitung veröffentlicht.



„Unsere neue Partei ist die Nachfolgerin und Erbin der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, die die österreichischen Arbeiter und Angestellten mit Klassenbewußtsein erfüllt und ein halbes Jahrhundert lang ihre Klassenkämpfe geführt hat. Sie bekennt sich mit Stolz zu den glorreichen Kämpfen und den großen Kulturtaten des in der Sozialdemokratie geeinigten österreichischen Proletariats, insbesondere zu dem heldenhaften Beispiel des Februarkampfes. Aber sie ist sich dessen bewußt, daß die durch den Sieg des Faschismus völlig veränderte Lage der Arbeiterklassen wesentliche Veränderungen in der Zielsetzung und den Methoden des Kampfes und im Aufbau der Partei erfordert. Frei ohne den Fehlern und Illusionen der Vergangenheit wollen wir eine neue, geeinigte Bewegung aufbauen“.

(Zit. Nach Walter Wisshaupt: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934–1938. Wien 1967, S. 75)

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Exkurs:

Die Geschichte der drei Roten Pfeile

Das Symbol der nach unten gerichteten drei Pfeile, Symbol für die „linke“ ArbeiterInnenbewegung, geht auf den im deutschen Exil lebenden russischen Sozialdemokraten und Psychologieprofessor **Sergej Tschachotin** (1883–1973) zurück, der es gemeinsam mit dem Schriftsteller und SPD-Politiker **Carlo Mierendorff** (1897–1943) für die „Eiserne Front“ (Zusammenschluss des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Gewerkschaften, der SPD und der Arbeiterturner im Kampf gegen den Nationalsozialismus) entwarf („Dreipfeil gegen Hakenkreuz“). Der NS-Propaganda sollte eine sozialistische Propaganda entgegengestellt werden. Außerdem eigneten sich die drei Pfeile recht gut, um ein Hakenkreuz durch Übermalung zu zerstören.

In der Folge fanden die drei Pfeile, die den Kampf der ArbeiterInnenbewegung gegen Faschismus, Klerikalismus und Kapitalismus symbolisieren (nach anderen Quellen gegen Kommunismus, Monarchie und Nationalsozialismus), Eingang in andere sozialdemokratische Parteien, in Österreich auf Vorschlag des sozialdemokratischen Pädagogen und Schriftstellers **Otto Felix Kanitz** (1894–1940). Die drei Pfeile wurden auch zum Zeichen der Revolutionären Sozialisten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die drei Pfeile als Zeichen der Einheit mit einem roten Ring umschlossen.



© Lisa Farnic



© Bildarchiv ÖGB

links: Nach Otto Felix Kanitz (1894–1940) wurde 1966 die Kanitzgasse in Wien 23 benannt.

rechts: Nach Wilhelmine Moik wurde die in den Jahren 1965 bis 1967 errichtete Wohnhausanlage, 16., Wattgasse 9–11 (Wilhelmine-Moik-Hof), und der Wilhelmine-Moik-Platz (zweite Adresse der ÖGB-Zentrale) benannt.



Die drei roten Pfeile

Als das austrofaschistische Regime nach der **Ermordung von Dollfuss** durch die Nazis am **25. Juli 1934** eine gewisse Stabilität zeigte, setzten die **Revolutionären Sozialisten** ab 1935 auf eine **langfristige Perspektive**. Ihr neuer Vorsitzender, der ehemalige Kärntner Parteisekretär Joseph Buttinger, orientierte die Partei auf **konspirative Kaderarbeit** und ein **straffes Organisationsprinzip**. Die neue Führung um **Joseph Buttinger** (1906–1992), **Karl Czernetz** (1910–1978) und **Josef Podlignig** (geb. 1902, emigrierte 1940 als Josef Moll in die USA) setzte sich stärker vom Erbe der SDAPÖ ab und verbreitete weniger die vom Auslandsbüro österreichischer Sozialdemokraten (ALÖS) und Bauer in Brünn hergestellte **Arbeiter-Zeitung** und stattdessen mehr eigene illegale Flugblätter und Broschüren.

Daneben wurde von der **Sozialistischen Arbeiterhilfe** (SAH) unter **Wilhelmine Moik** (1894–1970) für Hunderte politische Häftlinge und deren Angehörige auch materielle Hilfe organisiert. In diesem Zusammenhang sei auch auf den „stummen“ Beitrag jener Frauen hingewiesen, die in der „illegalen Zeit“ mit Mut und Hingabe die Aufgaben ihrer verhafteten Männer übernahmen und dadurch die illegale Arbeit fortgesetzt haben.

Von jenen Menschen, die bereits im Austrofaschismus Widerstand leisteten, sei auch die Amerikanerin **Muriel Gardiner** (1901–1985) erwähnt, die sich obwohl sehr wohlhabend, fasziniert von den sozialen Errungenschaften des „Roten Wien“, nach der Ausschaltung der Demokratie durch den Austrofaschismus in



ALÖS-Haus in Brünn

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Wien 1934 der sozialistischen Untergrundbewegung anschloss und hier ihren späteren Ehemann, den späteren Leiter der Revolutionären Sozialisten, **Joseph Buttinger** kennenlernte. Sie arbeitete unter dem Decknamen „Mary“ und stellte ihre beiden Wohnungen und ihr Ferienhaus im Wienerwald für konspirative Treffen zur Verfügung. Auch nach dem so genannten „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland half sie zahlreichen politisch und/oder „rassisch“ verfolgten SozialdemokratInnen mit Geld, Bürgschaften und falschen Pässen zur Flucht, nicht zuletzt auch in die USA.

Der Wiener „Sozialistenprozess“ 1936

Nach einer weiteren Konferenz, der **Brünner Reichskonferenz** zu Beginn des Jahres 1935, setzte eine **große Verhaftungswelle** ein, bei der vornehmlich TeilnehmerInnen dieser Konferenz verhaftet wurden. Nach mehr als einem Jahr „Untersuchungshaft“ wurde gegen 28 Mitglieder der Revolutionären Sozialisten und zwei Kommunisten ein Schauprozess, der international große Beachtung fand, geführt.

Die Anklage lautete auf Hochverrat. Zwar wurde den Angeklagten eine Reihe von „politischen Vergehen“ zur Last gelegt, in Wirklichkeit stand ihre sozialistische Gesinnung unter Anklage.



© DÖW



© DÖW

links: Muriel Gardiner (um 1933/34).
1989 wurde in Wien-Favoriten der Muriel-
Gardiner-Buttinger-Platz benannt..
rechts: Joseph Buttinger (1906–1992)



Maria Emhart (1901–1981), links.
Heinrich Steinitz (1879–1942), rechts.

In der Anklageschrift hieß es:

„Die beschuldigten **Otto Binder**, **Marie Emhart**, **Roman Felleis**, **Karl Fischer**, **Nathalie Fulda**, **Siegfried Fürnberg**, **Karl Fürstenhofer**, **Theodor Grill**, **Leontine Haas**, **Franz Honner**, **Karl Knechtelsdorfer**, **Hans Kratky**, **Josef Kratky**, **Bruno Kreisky**, **Andreas Liberda**, **Josef Mohler**, **Alois Pfanner**, **Otto Probst**, **Anton Proksch**, **Franz Rauscher**, **Karl Hans Sailer**, **Dr. Paul Schick**, **Josef Wache**, **Alfred Weißmann**, **Stefan Wirlandner**, **Elise Zerner** und **Franz Jonas** haben im Herbst 1934 und im Frühjahr 1935 in Brünn, in Wien und in Niederösterreich durch ihre Mitarbeit bei der Gründung und Organisierung der geheimen revolutionären Partei 'Vereinigte Sozialistische Partei Österreichs', **Marie Emhart** und **Karl Hans Sailer** als Rädelsführer, die übrigen auf eine entferntere Weise etwas unternommen, was auf eine gewaltsame Veränderung der Regierungsform, auf Herbeiführung einer Empörung oder eines Bürgerkrieges im Inneren gerichtet war ...“.

(Zit. Nach Walter Wisshaupt: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934–1938. Wien 1967, S. 151)

Vermutlich auch aufgrund des internationalen Medieninteresses fielen die am 24. März gefällten Urteile gegen die Angeklagten, die unter anderem vom Anwalt Dr. **Heinrich Steinitz** (1879–1942) verteidigt wurden, relativ mild aus. Die beiden Hauptangeklagten **Karl Hans Sailer** und die Betriebsrätin und ehemalige Gemeinderätin (1930–1934) von St. Pölten **Maria Emhart** (1901–1981), für die der Staatsanwalt die Todesstrafe (!) beantragt hatte, wurden zu 20 und 18 Monaten Haft verurteilt.

Der ebenfalls angeklagte junge Student und spätere Bundeskanzler **Bruno Kreisky** (1911–1990) wurde zu 12 Monaten Haft verurteilt, der spätere Bundespräsident **Franz Jonas** (1899–1974) wurde freigesprochen. Das mutige Auftreten der sozialistischen und kommunistischen Angeklagten vor Gericht demonstrierte, dass die Kampfbereitschaft der österreichischen ArbeiterInnenbewegung keinesfalls völlig gebrochen war. Die Verurteilten wurden im Rahmen der **Juli-amnestie** von **1936** begnadigt, hatten zu diesem Zeitpunkt aber schon monatelange Untersuchungshaft hinter sich.

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Auszüge aus den Anklagereden:



Maria Emhart: „Ich gebe aber zu, eine begeisterte Sozialistin zu sein, und habe alles, was ich bis jetzt getan habe, im Sinne dieser Weltanschauung getan.

Ich war früher Funktionärin der Partei und bin es auch nachher geblieben. Wir Sozialisten haben uns nicht selbst vom Boden der Legalität entfernt, wir wurden selbst auf den Boden der Illegalität gedrängt“.

(Zit. nach: Fanal des Freiheitskampfes. Der Große Prozess gegen die Revolutionären Sozialisten 1936. Wien o. J., S. 32)



Bruno Kreisky: „Die Rückkehr zur Demokratie muß nicht die Folge eines blutigen Kampfes sein. Es ist auch möglich, daß die Regierung in einem ernstesten Augenblick gezwungen sein wird, die Massen des Landes aufzurufen, um die Grenzen zu verteidigen. Aber nur ein demokratisches Österreich wird imstande sein, eine solche volkstümliche Erhebung durchzuführen. Nur freie Bürger werden gegen die Knechtschaft kämpfen“.

(Zit. nach: Charles A. Gulick: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976, S. 574)

**Heraus mit den
Eingekerkerten!**

**Zwei Todesstrafen
beantragt der Staats-
anwalt gegen die
Revolutionären
Sozialisten!**

**Hundert schmachten
im Kerker!
Amnestie!**

© VGA, aus dem Buch „Die ersten 100 Jahre österreichische Sozialdemokratie 1888–1988“

Illegale Streuzettel gegen die Bedrohung der „Rädelsführer“ mit dem Galgen.

Der Nachfolger des ermordeten Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß, **Kurt Schuschnigg** (1897–1977) war ebenfalls zu keinen Zugeständnissen an die ArbeiterInnenbewegung bereit. Auch als sich aufgrund der schlechten Wirtschaftsentwicklung die ohnehin geringe Massenbasis des austrofaschistischen Regimes weiter zersetzte und die Bedrohung durch den Nationalsozialismus immer größer wurde, setzte er ausschließlich auf den italienischen Diktator **Benito Mussolini**.

Als diesem infolge seines imperialistischen Äthiopien-Eroberungskrieges von den westeuropäischen Mächten die Zusammenarbeit aufgekündigt wurde und er sich auf Hitler und NS-Deutschland orientieren musste (der so genannte Stahlpakt 1936), schloss Schuschnigg mit Hitler am 11. Juli 1936 das so genannte **Juliabkommen** und geriet in der Folge zunehmend in die Abhängigkeit von Hitlerdeutschland.

1935/36 traten Differenzen zwischen Otto Bauer in Brünn und der Führung der Revolutionären Sozialisten in Wien auf. Joseph Buttinger und Karl Czernetz hatten eine größere Distanz zur KPÖ, deren **Volksfrontpolitik** sie als Anbiederung gegenüber den Bürgerlichen kritisierten, geschaffen. Sie lehnten das neue Kampfziel der KPÖ (die „demokratische Republik“) ab und traten für eine sozialistische Revolution ein. Bauer hingegen verteidigte im Wesentlichen den 1935 von der **Kommunistischen Internationale** beschlossenen **Volksfrontkurs**.

In der Tat waren die realen Möglichkeiten für eine Bündnispolitik mit bürgerlichen Kräften gegen die austrofaschistische Diktatur äußerst gering. Von einzelnen Ausnahmen abgesehen, stand das bürgerliche Lager, einschließlich der katholischen Kirche, einhellig hinter dem eingeschlagenen autoritären Kurs und relevante Gruppen des Bürgertums waren fest entschlossen, die wirtschaftliche Lage auf dem Rücken der ArbeiterInnenschaft zu sanieren. **Dazu konnte man weder eine unabhängige ArbeiterInnenbewegung noch demokratische Rechte gebrauchen.**

Trotz alledem war die ArbeiterInnenbewegung im Frühjahr 1938 zu einem begrenzt gemeinsamen Vorgehen mit der austrofaschistischen Regierung bereit, um eine Machtübernahme durch den Nationalsozialismus zu verhindern. Besonders **sozialdemokratische GewerkschafterInnen** versuchten, Kontakte zur Regierung Schuschnigg zu knüpfen.

Austrofaschismus (1933 bis 1938)

7

Als Schuschnigg nach einer weiteren Kapitulation vor Hitler plötzlich im **März 1938** zu einer **Volksabstimmung** über die weitere **Eigenstaatlichkeit Österreichs** aufrief, stimmte eine große Mehrheit der illegalen ArbeiterInnenbewegung am **7. März 1938** bei einer **Konferenz in Wien-Floridsdorf** für ein „Ja“ bei der Schuschnigg-Abstimmung, obwohl dieser zu keinerlei Zugeständnissen in Richtung Demokratie bereit war.

Diese Konferenz war der letzte Versuch, eine österreichische Front gegen Hitlerdeutschland aufzubauen. TeilnehmerInnen waren unter anderen die sozialdemokratischen GewerkschafterInnen **Karl Mantler** (1890–1965), **Friedrich Hillegeist** (1895–1973), **Otto Leichter** (1897–1973) und **Rosa Jochmann** (1901–1994). In der Broschüre „Die Wahrheit über den Februar 1934“ (1947) schrieb sie:



„In den Februartagen 1934 schrieben wir an alle Wände: ‚Wir kommen wieder!‘, in den Kerkern klopfen wir es uns durch die dicken Mauern in unserer Sprache zu: ‚Wir kommen wieder!‘. In den Konzentrationslagern flüsterten wir einander in den schwersten Stunden die gleiche Parole zu“.

(Die Wahrheit über den Februar 1934. Sozialistische Hefte, Folge 12. Wien 1947, S. 23)



Die Konferenz der illegalen Freien Gewerkschaften im Arbeiterheim Wien-Floridsdorf am 7. März 1938.

Rosa Jochmann über die Konferenz der illegalen Freien Gewerkschaften in Wien-Floridsdorf:



„Da war ich dabei. Wir haben unsere Abzeichen getragen, wir haben uns mit ‚Freundschaft‘ begrüßt, und alles, weil wir glaubten, jetzt ist bald Schluß mit der Illegalität. Unsere Partei würde wiederkommen, in den Gewerkschaften würden freien Wahlen stattfinden, wir würden wieder unsere Zeitung haben. Aus dem Kreis um Schuschnigg waren ja einige Leute bereit gewesen, mit uns gemeinsam gegen die Nazis vorzugehen.“

(Aus: Sporrer, Maria, Steiner, Herbert: Rosa Jochmann. Zeitzeugin. Wien-München-Zürich 1983, S. 71)

Nationalsozialismus (1938 bis 1945)

8

Die Vertrauensleutekonferenz am 7. März 1938 war der letzte Versuch, eine österreichische Front gegen Hitlerdeutschland aufzubauen. Bundeskanzler Schuschnigg, der zu keinerlei Zugeständnissen an der ArbeiterInnenbewegung bereit war, kapitulierte dann unter dem Druck Nazideutschlands und der mobilisierenden Nationalsozialisten in Österreich.

Am 9. März kündigte Schuschnigg für 13. März eine **Volksbefragung** über die Unabhängigkeit Österreichs an. Nach langen und heftigen Diskussionen entschlossen sich die Revolutionären Sozialisten zu einer Erklärung, in der es unter anderem hieß:



„Arbeiter! Genossen! Die Form, in der Schuschnigg die Volksabstimmung diktiert, stellt euch vor die Entscheidung, entweder mit ‚Ja‘ zu stimmen oder dem Hitler-Faschismus zur Macht zu verhelfen. ... Der kommende Sonntag ist nicht der Tag, an dem wir mit dem österreichischen Faschismus abrechnen und dem autoritären Regime alle Verbrechen, die seit dem Februar 1934 an der österreichischen Arbeiterschaft begangen worden sind, heimzahlen, indem wir gegen Schuschnigg stimmen. Am kommenden Sonntag manifestieren wir unseren glühenden Haß gegen den Hitler-Faschismus“.

*(Zit. nach: Charles A. Gulick:
Österreich von Habsburg zu Hitler. Wien 1976, S. 673)*

Doch zu dieser Abstimmung kam es nicht mehr. **In den Morgenstunden des 12. März 1938 überschritten deutsche Truppen die österreichische Grenze.** Einen Tag später gab es auch Österreich nicht mehr. Eine neuerliche Verhaftungswelle nach bereits vorgefundenen Listen aus der austrofaschistischen Zeit erfasste das Land, die alle bisherigen Verfolgungen in den Schatten stellen sollte. Nicht nur die jüdische Bevölkerung, sondern auch führende FunktionärInnen des Austrofaschismus wurden verfolgt, verhaftet und verschwanden in den Gefängnissen der Gestapo und der SS bzw. wurden in der Folge in NS-Konzentrationslager eingeliefert.

An eine Fortführung der Untergrundtätigkeit in der bisherigen Form war nicht zu denken.



links: Friedrich Hillegeist (1895–1973)
rechts: Gedenktafel Westbahnhof
(Am 1. April 1938 ging von hier aus der erste Transport ins KZ Dachau)

© DÖW

© Lisa Fantic



„Was der Austrofaschismus mit Freiheitsstrafen geahndet hatte, konnte nun nur noch in die Hölle des KZ oder auf das Schaffott führen“.

Am 2. April 1938 traf der so genannte „Prominententransport“ im Konzentrationslager Dachau ein, darunter **Robert Danneberg**, der Gründer der Sozialistischen Bildungszentrale, Wiener Gemeinderat und Abgeordnete zum Nationalrat, der später ins NS-Vernichtungslager Auschwitz gebracht wurde und dort im Dezember 1942 unter unbekanntem Umständen starb.

Darunter befand sich auch der Gewerkschafter **Friedrich Hillegeist**, der am 3. März 1938 die Delegation von VertreterInnen der illegalen Freien Gewerkschaften geleitet hatte, die Bundeskanzler Schuschnigg ein gemeinsames Vorgehen bei der Bekämpfung der Bedrohung durch Hitlerdeutschland anbot.

Er war vom 12. März bis Ende Juni 1938 in Wien, von 1. September 1939 bis Ende April 1940 im NS-Konzentrationslager Buchenwald und 1944 abermals ein Monat in Haft. In der Zweiten Republik wurde Friedrich Hillegeist Vorsitzender der Gewerkschaft der Angestellten in der Privatwirtschaft (GAP), heute: Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) und zweiter Präsident des Nationalrats.



Dr. Robert Danneberg (1885–1942)
Nach ihm ist der Dannebergplatz im 3. Wiener Gemeindebezirk benannt. Im Arenbergpark befindet sich ein Gedenkstein an ihn.



© Lisa Fantic

Das Dachaulied

Stacheldraht, mit Tod geladen,
ist um unsre Welt gespannt.
Drauf ein Himmel ohne Gnaden
sendet Frost und Sonnenbrand.
Fern von uns sind alle Freuden,
fern die Heimat, fern die Frau,
wenn wir stumm zur Arbeit schreiten,
Tausende im Morgengraun.

Refrain:

Doch wir haben die Losung von Dachau gelernt
und wurden stahlhart dabei.
Sei ein Mann, Kamerad.
Bleib ein Mensch, Kamerad.
Mach ganze Arbeit, pack an Kamerad:
Denn Arbeit, Arbeit macht frei.
Denn Arbeit, Arbeit macht frei.

Vor der Mündung der Gewehre
leben wir bei Tag und Nacht.
Leben wird uns hier zu Lehre,
schwerer als wir's je gedacht.
Keiner mehr zählt Tag' und Wochen,
mancher schon die Jahre nicht.
Und so viele sind zerbrochen
und verloren ihr Gesicht.

Heb den Stein und zieh den Wagen,
keine Last sei dir zu schwer.
Der du warst in fernen Tagen,
bist du heut' schon längst nicht mehr.



Jura Soyfer (1912–1939)

Stich den Spaten in die Erde,
 Grab dein Mitleid tief hinein,
 Und im eignen Schweiß werde
 selber du zu Stahl und Stein.

Einst wird die Sirene künden;
 auf zum letzten Zählappell.
 Draußen dann, wo wir uns finden
 bist du, Kamerad zur Stell.
 Hell wird uns die Freiheit lachen,
 vorwärts geht's mit frischem Mut.
 Und die Arbeit, die wir machen,
 diese Arbeit, sie wird gut.

(Aus: Horst Jarka [Hg.]: Jura Soyfer. Das Gesamtwerk. Wien–München–Zürich 1980, S. 245 f.)

Der Wiener Dichter **Jura Soyfer** (1912–1939) schrieb im NS-Konzentrationslager Dachau den Text, der Wiener Komponist **Herbert Zipper** (1904–1997) vertonte ihn. Das Lied nahm die Worte „Arbeit macht frei“, die über dem Eingang des Konzentrationslagers standen, in das Lied auf.

Bei der von Hitler angesetzten Volksabstimmung nach der Okkupation Österreichs durch NS-Truppen im März 1938 stimmten über 99 Prozent der ÖsterreicherInnen für die Eingliederung ins Deutsche Reich. Neben der **Welle des Terrors**, der **Einschüchterung**, der **Fälschungen** und der **Propaganda** spielte auch

Die **Judenverfolgungen** setzten sofort mit dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich ein und erreichten in der so genannten „Reichskristallnacht“ vom 10. auf den 11. November 1938 einen ersten Höhepunkt. Sie gipfelten in der Deportation fast aller jener Jüdinnen und Juden, denen die Flucht nicht gelungen war, in die nationalsozialistischen Vernichtungslager.

Nationalsozialismus (1938 bis 1945)

8

eine Rolle, dass wesentliche Identifikationspersonen in Österreich wie etwa **Kardinal Theodor Innitzer** oder **Karl Renner**, der erste Regierungschef der Zweiten Republik und spätere Bundespräsident von 1945 bis 1950, den bereits erfolgten gewaltsamen „Anschluss“ mit einem „JA“ befürworteten.

Die Deutsche Arbeitsfront

Nach dem gewaltsamen Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland wurde die vom Austrofaschismus staatlich kontrollierte „Einheitsgewerkschaft“ mit den Arbeiterkammern als Geschäftsstellen aufgelöst. Für die ArbeitnehmerInnen gab es nun nur mehr die **Deutsche Arbeitsfront** (DAF), eine Einheitsorganisation von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen.

Auch hier galt das „Führerprinzip“: Die Unternehmer waren die Führer, die ArbeitnehmerInnen die Gefolgschaft. Die Mitgliedschaft war zwar formal freiwillig, de facto standen die ArbeitnehmerInnen unter starkem sozialem Druck und nur wenige wagten es, einen Beitritt abzulehnen.

Die Reallöhne gingen drastisch zurück, was es den Unternehmen ermöglichte, für dasselbe Geld mehr Leute einzustellen. Arbeitstempo und Arbeitsüberwachung wurden verschärft.

Auch auf sozialpolitischen Gebiet gab es Veränderungen, so etwa folgte auf die verstärkte Nacht- und Sonntagsarbeit und der Rückkehr zum Neun-Stunden-Tag die Rückkehr zum Zehn-Stunden-Tag.



© Lisa Fanti

Der Name des Platzes und der Gedenkstein erinnern daran, dass Mexiko als einziges Land 1938 beim Völkerbund offiziell gegen die Besetzung Österreichs durch Hitlerdeutschland protestierte.



links: Erwin Scharf (1914–1994)
rechts: Friederike Nödl (1898–1979)

Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Aus den Erfahrungen der deutschen ArbeiterInnenbewegung war klar, dass die **Unterdrückung und Verfolgung** der ArbeiterInnenbewegung durch den Nationalsozialismus **härter und grausamer als unter den Austrofaschisten** sein würde. In den ersten Monaten nach dem Anschluss hatten die Revolutionären Sozialisten beschlossen, vorerst jede Aktivität einzustellen, bis ein Überblick darüber bestand, welche Personen bei den Nationalsozialisten bekannt waren und überwacht wurden.

Viele sozialdemokratische FunktionärInnen konnten nicht mehr tätig sein, um weder sich selbst noch andere durch eine Widerstandstätigkeit zu gefährden. Die Widerstandstätigkeit konnte daher nur mehr von kleinen Gruppen oder von Einzelpersonen geleistet werden. Zeitweise gab es auch Kontakte von Wien aus in die übrigen Bundesländer, zum Teil auch zur deutschen Sozialdemokratie, die durch Denunziationen und Verhaftungen immer wieder unterbrochen wurden. Wesentliche Bedeutung erreichte die **Sozialistische Arbeiterhilfe** (SAH), die bereits 1934 als Unterstützungsorganisation für politische Häftlinge und deren Angehörige gegründet worden war, die auch unter dem NS-Regime aktiv blieb und deren Führungsspitze um **Friederike Nödl** (1898–1979), **Wilhelmine Moik** (1894–1970), **Karl Holoubek** (1899–1974) und **Erwin Scharf** (1914–1994) bereits 1939 vor Gericht stand. Die Anklage lautete auf „illegale Betätigung für den Marxismus“, die Urteile auf eineinhalb bis zweieinhalb Jahr Zuchthaus.



Gedenktafel für den Widerstandskämpfer der Wiener E-Werke Viktor Christ. Er wurde am 10. Oktober 1941 verhaftet und wegen tätiger Sabotage und Brandlegung zum Tode verurteilt und am 6. November 1941 im KZ Mauthausen erschossen.

Nationalsozialismus (1938 bis 1945)

8

Zentren der illegalen Arbeit waren auch **Betriebsgruppen**, in denen Revolutionäre SozialistInnen, ehemalige Schutzbündler, KommunistInnen und andere NS-GegnerInnen gemeinsam tätig waren. Solche Betriebsgruppen gab es vor allem in Großbetrieben, wie bei den städtischen Verkehrsbetrieben, der Feuerwehr, den Gas- und E-Werken, dem Schlachthof St. Marx, bei der Eisenbahn, Post und Polizei, im Allgemeinen Krankenhaus, der Staatsdruckerei und in vielen anderen Betrieben.

Die **Formen des Widerstandes** waren **vielfältig**. Schon das Sammeln von Spenden, das Lesen eines illegalen Flugblattes, eine falsche Bemerkung zu einer/einem Kollegin/Kollegen war lebensgefährlich. Viele Betriebsgruppen „flogen“ nicht zuletzt auch durch Denunziation auf. Neben der Widerstandstätigkeit in den Betrieben, wie etwa Sabotageakte, die von SozialistInnen gemeinsam mit anderen, meist KommunistInnen, GewerkschafterInnen und oft auch Parteiunabhängigen geleistet wurde, gab es auch explizit sozialistische Widerstandsgruppen.

Verfolgung durch das NS-Regime

In Österreich selbst wurden sofort nach der gewaltsamen Machtübernahme der Nationalsozialisten alle sozialdemokratischen FunktionärInnen und jene der Revolutionären Sozialisten, denen es nicht gelang unterzutauchen, verhört und etliche von ihnen befanden sich in den ersten Transporten politischer Häftlinge in die NS-Konzentrationslager, wo viele von ihnen ermordet wurden.



© Lisa Fantić

Gedenkstein für WiderstandskämpferInnen der unterschiedlichsten Weltanschauungen gegen den Nationalsozialismus, die zwischen 1938 und 1945 im Wiener Landesgericht oder auf dem Schießplatz Kagran hingerichtet worden sind.



Otto Neurath (1882–1945)

Andere verbrachten fast die ganze Zeit des Nationalsozialismus in Konzentrationslagern, wie etwa **Rosa Jochmann** (1901–1994), die spätere Nationalratsabgeordnete und Frauenvorsitzende der SPÖ (1959–1967) und langjährige Vorsitzende des **Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus** oder **Franz Rauscher** (1900–1988), einer der Hauptangeklagten des Sozialistenprozesses im März 1936, späterer Staatssekretär im Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung (1946/47) und späterer Direktor des 1924 von **Otto Neurath** (1882–1945) gegründeten **Österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums**.

Maigedanken aus dem Konzentrationslager von Rosa Jochmann:



„... Du willst alles, nur sterben willst du nicht. Man ist nicht immer Heldin, man hat Schwächen, jämmerliche und allzu menschliche. Du bist heute erwacht. Mit einem Male ein leises Klopfen an der Wand. Die Mauer wird zum Buch, in dem du liest, sie wird lebendig und hell und sie sagt dir: ‚Du, heute ist der 1. Mai.‘ Ist es nun noch dunkel in der Zelle? Nein, plötzlich ist es ganz licht, ganz hell und strahlend. Plötzlich gibt es keine Gestapo, keine Prügel, keinen Hunger und keine Kälte. Plötzlich sind die Mauern weit auseinander gerückt:

Du stehst mitten in Wien auf der Ringstraße, du marschierst mit den Genossen zum Rathaus, du singst mit ihnen aus vollem Herzen, die ‚Internationale‘, du erlebst mit ihnen jene Gemeinsamkeit, die man nicht lernen und erstreben kann, die man fühlen muß, in ihrer ganzen Tiefe – und plötzlich sind alle Zweifel, alle Schwächen wie weggeblasen! Was kann dir ein Gestapomann antun? Was diese Zelle? Was alle Qual? Das ist alles vergänglich. Du klopfst zurück und erzählst von leuchtend roten Fahnen, von begeisterten Menschen. Und so geht es von Zelle zu Zelle: ‚Seid stark, laßt euch nicht niederdrücken, heute ist es noch dunkel, aber wir schreiben den 1. Mai 1943, schon gibt es Signale überall, schon fluten die deutschen Heere zurück, schon liegt ab und zu eine versteckte Angst in den Worten der SS, schon versucht manche Aufseherin, und gerade die Grausamste, einen Weg zu finden zu uns!‘ Was tut

Nationalsozialismus (1938 bis 1945)

8

es, dass wir leiden, was tut es, dass sie uns quälen, heute übers Jahr marschieren wir wieder über den Ring, und sind wir nicht dabei, dann werden es Hunderttausende andere sein. Heute noch sind wir unterdrückt, morgen aber tragen wir siegend die roten Fahnen, trotz alledem und alldem!"

(Aus: Göhring, Walter: 100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie. Eisenstadt 1990, S. 153)

Viele Sozialdemokratinnen wurden aber auch deshalb Opfer der Nationalsozialisten, weil sie nach den NS-Rassegesetzen als Juden eingestuft wurden und als solche in den NS-Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden. So etwa wurde **Käthe Leichter** (1895-1942), Leiterin der AK Frauenabteilung Wien, 1942 auf dem Weg vom NS-Konzentrationslager Ravensbrück in die Psychiatrische Anstalt Bernburg/Saale ermordet. Im NS-Vernichtungslager Auschwitz 1942 ermordet wurde der Rechtswalt der ArbeiterInnenbewegung **Heinrich Steinitz** (1879-1942), der viele Angeklagte bei den Sozialistenprozessen der 1930er-Jahre, u.a. **Bruno Kreisky**, **Maria Emhart** und **Franz Rauscher** vertreten hat und den Meidlinger Gemeinderat **Edmund Reismann** (1881-1942). Auch die sozialdemokratischen Gewerkschafter **Viktor Stein** (1876-1940) und **Paul Johannes Schlesinger** (1874-1945) überlebten das Konzentrationslager nicht.

DEN OEFERN
NATIONALSOZIALISTISCHER VERFOLGUNG
UNTER DEN ABGEORDNETEN UND BUNDESRÄTEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH

ROBERT DANNEBERG
ANTON FALL
OSKAR JANICKI
FELIX KANITZ
KARL KLIMBERGER
KARL KNAPP
HANS PRODINGER
PAUL JOHANNES SCHLESINGER
RICHARD STEIDLE
VIKTOR STEIN
ROBERT STRICKER
HANS SYLVESTER

DIESE NAMEN STEHEN
FÜR ALLE VERFOLGTEN JENER ZEIT
IN DER ES KEIN FREIES ÖSTERREICH GAB
MÄRZ 1988

Gedenktafel am Parlament für die ermordeten Abgeordneten. Auf der Gedenktafel finden sich die Namen von zwölf Parlamentariern, die von den Nationalsozialisten ermordet wurden.



Käthe Leichter (1895–1942)

Die Käthe-Leichter-Gasse und der Käthe-Leichter-Hof in Wien erinnern an sie. Gemeinsam mit ihrem Mann, dem Redakteur Otto Leichter (1897–1973) war sie eines der Gründungsmitglieder der „Revolutionären Sozialisten“.

Das ALÖS in Paris

Nach nach der Unterzeichnung des **Münchener Abkommens** vom 30. September 1938 vereinigten sich in **Paris** die exilierte Führung der Revolutionären Sozialisten und das von Otto Bauer dorthin übersiedelte ALÖS-Büro zur **Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS)**. Die Führung der Revolutionären Sozialisten stimmte mit Otto Bauer darin überein, dass der Weltkrieg nun unausweichlich kommen werde und dass die eigenstaatliche Existenz Österreichs verloren sei.

Als Weg zur Befreiung vom faschistischen Joch betrachteten sie den gemeinsamen Kampf der österreichischen und deutschen ArbeiterInnen gegen die Unterdrücker und die gesamtdeutsche Revolution. Die von der **KPÖ** entwickelte **These von der österreichischen Nation** lehnten sowohl die Führung der Revolutionären Sozialisten als auch Otto Bauer ab.

Die Sozialdemokratie hatte 1933 ihre Forderung nach dem Anschluss nur wegen Hitlers Machtergreifung in Deutschland ausgesetzt. Nach dem Sturz der Nationalsozialisten wollte man gemeinsam mit dem deutschen Proletariat eine sozialistische großdeutsche Republik in einem sozialistischen Europa errichten. Nach Otto Bauers überraschendem Tod am 4. Juli 1938 in Paris verstärkten sich die **Spannungen zwischen der alten Parteiführung und den jungen Revolutionären SozialistInnen**.

Julius Deutsch (1887–1968), der ehemalige Obmann des Republikanischen Schutzbundes und Staatssekretär für Heereswesen (1919/20), begann **Verhandlungen mit Otto Habsburg** (1912–2011), dem Sohn des letzten regierenden Kaisers von Österreich und **Ernst Rüdiger Fürst Starhemberg** (1899–1956), der bei der austrofaschistischen Machtergreifung eine zentrale Rolle gespielt hatte, und wollte – so wie die KPÖ – eine breite klassenübergreifende Front zur Wiedererrichtung Österreichs herausbilden.

Die Führung der Revolutionären Sozialisten lehnte dies scharf ab und zog die deutsche ArbeiterInnenbewegung den österreichischen Konservativen als zentralen Bündnispartner vor.

Nach der Besetzung Frankreichs durch Hitlerdeutschland wurde die **Auslandsvertretung nach New York verlegt**, wo sie nach einer weiteren Zuspitzung der

Differenzen und dem Austritt des ehemaligen Vorsitzenden der Revolutionären Sozialisten, Joseph Buttinger, im Dezember 1941 von Friedrich Adler (1879–1960), dem Sohn Victor Adlers, **aufgelöst wurde**.

Ab diesem Zeitpunkt existiert keine einheitliche sozialistische Exilpartei mehr, sondern verschiedene sozialistische Gruppen, die teilweise unterschiedliche Positionen vertraten. Die stärkste Gruppe befand sich in New York, eine weitere in England rund um den ehemaligen Chefredakteur der Arbeiter-Zeitung **Oskar Pollak** (1893–1963) und **Karl Czernetz** (1910–1978) und eine andere Gruppe in Schweden rund um **Bruno Kreisky** (1911–1990), dem späteren österreichischen Bundeskanzler von 1970 bis 1983.

Moskauer Deklaration und Wiedererrichtung Österreichs

Seit der Moskauer Erklärung vom **1. November 1943** hatten sich die Regierungen Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA auf die Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich festgelegt. Zwar wurde Österreich als „erstes Opfer“ Hitlers anerkannt, gleichzeitig wurde aber auch betont, dass Österreich für die Teilnahme am Krieg an der Seite Deutschlands eine Verantwortung trage. Der eigene Beitrag zur Befreiung vom Faschismus werde daher unvermeidlich in Rechnung gestellt werden.

Seitdem setzte sich auch bei den österreichischen SozialdemokratInnen und Revolutionären Sozialisten (sowohl im Exil als auch im Inland) die österreichische Orientierung immer mehr durch. Obwohl viele der Kooperation mit den ehemaligen VertreterInnen des Austrofaschismus weiter skeptisch gegenüberstanden, wurde der Kurs der gesamtdeutschen Revolution nach und nach aufgegeben.

Am klarsten wurde die **österreichische Wende** von der Exilgruppe in Schweden unter der Führung **Bruno Kreiskys** (und bei Kriegsende auch von **Karl Renner**) vorgenommen. Lediglich Friedrich Adler und der ausgetretene Joseph Buttinger standen der neuen Ausrichtung bis zuletzt ablehnend gegenüber.

In Österreich selbst trug die wachsende Kriegsmüdigkeit, die zunehmende Entfremdung von den NS-Machthabern sowie die Hoffnung, als „erstes Opfer Hitlers“ dem Schicksal Deutschlands zu entgehen, zur Durchsetzung der neuen Orientierung auch im sozialistischen Lager bei.

Die Folge der nationalsozialistischen Großmachtbestrebungen waren sechs Jahre Krieg mit allen seinen Schrecken und Zerstörungen, der Tod von Millionen Menschen. Noch in den letzten Kriegstagen wurden viele, die den sinnlosen Kampf beenden wollten, standrechtlich hingerichtet.

In Österreich wurden mehr als 100.000 Menschen im Zuge rassistischer und politischer Verfolgung ermordet. Über 300.000 Menschen fielen als Soldaten oder Zivilisten dem von Hitlerdeutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg zum Opfer. Die materiellen Schäden, die das Land und seine Menschen erlitten, sind kaum abzuschätzen.

(Quelle: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)



Mahnmal gegen Krieg und Faschismus
(Albertinaplatz)
Gestaltet von Alfred Hrdlicka.

Bildnachweis

- Archiv für Geschichte der Soziologie in Österreich (S. 57)
- Archiv Gerstenberg (S. 44/Friedrich Adler)
- AEtW 2/1966-ÖGB Pressearchiv (S. 62)
- Autengruber Ingrid Mag. (S. 25)
- Bezirksmuseum Brigittenau (S. 44/Leopold Winarsky)
- Bezirksmuseum Landstraße (S. 99/Friederike Nödl)
- Bezirksmuseum Meidling (S. 61 unten/Leopoldine Glöckel)
- Bibliothek ÖGB (S. 47, 76)
- Bildarchiv des ÖGB (Seiten 6, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 26, 29, 30, 31/Victor Adler, 39, 41, 49, 50, 51, 53, 59, 63, 69, 81, 86, 92, 93, 97, 103)
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (S. 84, 88, 89/Heinrich Steinitz, 91, 95/Friedrich Hillegeist)
- Foto Zuber (S. 85)
- Lisa Fantic (Seiten 56, 59/Denkmal Hugo Breitner, 79, 80, 86/Otto Felix Kanitz, 95/Gedenktafel oben und Robert Danneberg unten, 98, 100, 102, 105)
- Gabriella Hauch: Frau Biedermeier auf den Barikaden, Wien 1990, S. 209 (Praterschlacht 1848, S. 24)
- Sabine Lichtenberger (S. 61, 87, 99)
- Österreichische Nationalbibliothek (Seiten 27/Adelheid Popp, 43, 44/Robert Danneberg, Gabriele Proft)
- Parlamentsdirektion (S. 99/Erwin Scharf)
- SPÖ Salzburg (S. 89/Maria Emhart)
- VGA (S. 28, 31/Anna Altmann S. 55/Anton Tesarek, 90, 101)
- Wiener Kinderfreunde (S. 55/Anton Afritsch)
- Zentrales Parteiarchiv der KPÖ. Bildarchiv (S. 75 und 77)

Autor/in

Sabine Lichtenberger, Mag.^a phil., Studium der Geschichte und Volkskunde, Universität Wien. Mitarbeiterin am Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte. Forschungsschwerpunkte: Österreichische Zeitgeschichte, AK- und Gewerkschaftsgeschichte.

Peter Autengruber, Mag. phil., Dr. phil., Studium Geschichte und Publizistik, Universität Wien. Historiker. Verlagsangestellter.

Links

ALFRED-KLAHR-GESELLSCHAFT: Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

<http://www.klahrgesellschaft.at>

AZ ONLINE: (für die Zeitspanne 1915 bis 1927)

<http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno?aid=aze>

AZ ONLINE: (ab 1945)

<http://www.arbeiter-zeitung.at>

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER/INNEN,
OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHIST/INN/EN

<http://www.freiheitskaempfer.at/site-new/index.php>

DEMOKRAZIEZENTRUM WIEN

<http://www.demokratiezentrum.org/>

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

<http://www.doew.at>

GESCHICHTE DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

<http://www.rotbewegt.at>

MAUTHAUSEN KOMITEE ÖSTERREICH

<http://www.mkoe.at>

RENNERINSTITUT

<http://www.renner-institut.at>

VEREIN FÜR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG

<http://www.vga.at>

WEBLEXIKON DER WIENER SOZIALDEMOKRATIE

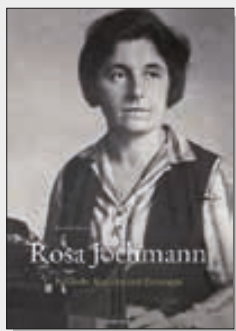
<http://www.dasrotewien.at>

DAS ROTE WIEN – WASCHSALON

<http://www.dasrotewien-waschsalon.at>

AK-BIBLIOTHEK WIEN FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

<http://wien.arbeiterkammer.at/service/bibliothek/index.html>



Rosa Jochmann Politische Akteurin und Zeitzeugin

Veronika Duma

Zeitgeschichte

2019 / 504 Seiten / EUR 36,00

ISBN 978-3-99046-319-2

Rosa Jochmann (1901-1994) war in Österreich, aber auch über die Landesgrenzen hinaus, eine prominente Person des öffentlichen Lebens. Sie war als „Grande Dame“ der Sozialdemokratie, als Zeitzeugin, als ehemalige Widerstandskämpferin und als Überlebende des NS-Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück bekannt. Zeit ihres Lebens engagierte sie sich für den Kampf gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus. Diese erste umfassende Biographie verortet Rosa Jochmann in der österreichischen Geschichte und damit zugleich in den gesellschaftspolitischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts aus geschlechtshistorischer Perspektive. Die Arbeit blickt auf Jochmanns politisches Frauen- und Freundinnennetzwerk sowie auf ihre Rolle als Politikerin und Zeitzeugin. Rosa Jochmann ist mehr als nur eine historische Figur. Ihr Leben ist zugleich eine Mahnung für die Notwendigkeit des demokratischen und sozialen Engagements für eine gerechtere und solidarische Welt.

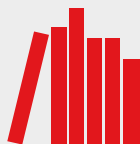
VERSANDKOSTENFREI BESTELLEN IM WEBSHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.shop.oegbverlag.at / fachbuchhandlung@oegbverlag.at

DIREKT IN DER FACHBUCHHANDLUNG DES ÖGB-VERLAGS

1010 Wien, Rathausstraße 21

T +43 1 405 49 98-132 / F +43 1 405 49 98-136



Literatur

KARL ADAMEK: Lieder-Bilder-Lese-Buch, Berlin 1981

WALTER BAIER: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008, Wien 2009

OTTO BAUER: Werkausgabe. Band 2, Wien 1976

OTTO BAUER: Die Wahrheit über den Februar 1934, Wien 1945

BROCKHAUS ENZYKLOPÄDIE IN 24 BÄNDEN. Bd. 9 und Band 20, Mannheim 1993

LUDWIG BRÜGEL: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. 5 Bände, Wien 1922-1925

HERBERT EXENBERGER: Die Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie. Hg. Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1993

ERICH FEIN/KARL FLANNER: Rot-weiß-rot in Buchenwald. Die österreichischen politischen Häftlinge in Buchenwald, Wien 1988

FANAL DES FREIHEITSKAMPES. Der Große Prozess gegen die Revolutionären Sozialisten 1936, Wien o. J.

FESTSCHRIFT ZUM FRAUENTAG 1925, Wien o. J.

ERICH FRÖSCHL/MARIA MESNER/HELGE ZOITL (HG.): Die Bewegung – Hundert Jahre Sozialdemokratie in Österreich, Wien 1990

ALBERT FUCHS: Geistige Strömungen in Österreich 1867-1918, Wien 1978

ERNST GLASER: Im Umfeld des Austromarxismus. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte des österreichischen Sozialismus, Wien 1981

G. E. R. GEDYE: Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuß-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Österreich und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938, Wien 1981

WALTER GÖHRING/BRIGITTE PELLAR: Ferdinand Hanusch, Wien 2003

WALTER GÖHRING: Der Gründungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie Neudörfel 1874, Wien 1974

WALTER GÖHRING: 100 Jahre 1. Mai. Politik und Poesie, Eisenstadt 1990

- CHARLES GULICK: Österreich von Habsburg zu Hitler, Wien 1976
- HANS HAUTMANN/RUDOLF KROPF: Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1976
- FERDINAND HANUSCH: Der Mann und sein Werk, Wien 1924
- GABRIELLA HAUCH: Frau Biedermeier auf den Barrikaden, Wien 1990
- GABRIELLA HAUCH: Vom Frauenstandpunkt aus. Frauen im Parlament 1919-1933, Wien 1995
- HORST JARKA (Hg.): Jura Soyer. Das Gesamtwerk, Wien-München-Zürich 1980
- RODERICK KEDWARD: Die Anarchisten. Utopie und Wirklichkeit, Lausanne 1970
- WALTER KLEINDEL: Österreich. Daten zur Geschichte und Kultur, Wien 1995
- FRITZ KLENNER/BRIGITTE PELLAR: Die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Von den Anfängen bis 1999, Wien 1999
- FRANZ KREUZER: Was wir ersehnen von der Zukunft Fernen. Der Ursprung der österreichischen Arbeiterbewegung. Das Zeitalter Victor Adlers, Wien 1988
- FRIEDRICH KÜRBISCH (Hg.): Der Arbeitsmann, er stirbt, verdirbt, wann steht er auf? Sozialreportagen 1880 bis 1918, Berlin-Bonn 1982
- OTTO LEICHTER: Zwischen zwei Diktaturen. Österreichs Revolutionäre Sozialisten 1934-1938, Wien 1963
- OTTO LEICHTER: Glanz und Ende der Ersten Republik. Wie es zum österreichischen Bürgerkrieg kam, Wien 1964
- ROSA LUXEMBURG: Politische Schriften I. Hg. Ossip K. Flechtheim. Unveränderte Auflage, Frankfurt am Main 1975
- WOLFGANG MADERTHANER/LUTZ MUSNER: Anarchie der Vorstadt, Frankfurt am Main 2000
- WOLFGANG MADERTHANER (Hg.): Sozialdemokratie und Habsburgerstaat, Wien 1988
- ALFRED MAGAZINER: Die Bahnbrecher. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1985

Literatur

ALFRED MAGAZINER: Die Vorkämpfer. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien/München/Zürich 1979

ALFRED MAGAZINER: Die Wegbereiter. Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien 1975

HELENE MAIMANN (Hg.): Die ersten 100 Jahre. Österreichische Sozialdemokratie 1888-1988, Wien 1988

HELENE MAIMANN/SIEGFRIED MATTL (Hg.): Die Kälte des Februar. Österreich 1933-1938, Wien 1984

MANFRED MARSCHALEK: Der Wiener Sozialistenprozeß 1936. In: Stadler, Karl R. (Hg.): Sozialistenprozesse. Politische Justiz in Österreich 1870-1936, Wien 1986

MANFRED MARSCHALEK: Untergrund und Exil. Österreichs Sozialisten zwischen 1934 und 1945 (=Sozialistische Bibliothek), Wien 1990

KARL MARX/FRIEDRICH ENGELS, Gesammelte Werke, Wien-Berlin 1990

MIT UNS ZIEHT DIE NEUE ZEIT, Arbeiterkultur in Österreich 1918-1934. Ausstellungskatalog, Wien 1981

WOLFGANG NEUGEBAUER: Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975

WOLFGANG NEUGEBAUER: Von der Klassengesellschaft zur sozialen Demokratie. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme 1889-1978, Wien 1979

DIETER NÖHLEN/FLORIAN GROTZ: Kleines Lexikon der Politik, München 2011

PETER PELINKA: Erbe und Neubeginn. Die Revolutionären Sozialisten in Österreich 1934-1938. (= Materialien zur Arbeiterbewegung des Ludwig-Boltzmann-Institutes für die Geschichte der Arbeiterbewegung, 20), Wien 1981

PETER PELINKA: Sozialdemokratie in Österreich. Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky, Wien 1988

OSCAR POLLAK (Hg.): Der Weg aus dem Dunkel. Bilder aus der Geschichte der österreichischen sozialistischen Bewegung, Wien o. J.

- ADELHEID POPP: Jugend einer Arbeiterin, Berlin-Bonn 1983
- DAVID PRIESTLAND: Weltgeschichte des Kommunismus. Von der französischen Revolution bis heute, München 2009
- WOLFGANG RÖLL: Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937-1945, Göttingen 2000
- KARL STADLER: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, Wien 1966
- HERBERT STEINER: Die Arbeiterbewegung Österreichs 1867-1889, Wien 1964
- HERBERT STEINER: Gestorben für Österreich, Wien 1995
- HERBERT STEINER: Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin, Wien 1997
- JOSEF LUITPOLD STERN: Gesammelte Werke in fünf Bänden. Band 2: Die große Warnung. Von der Jagd auf die Menschlichkeit, Wien o. J.
- HORST STOWASSER: Anarchie. Idee – Geschichte- Perspektiven, Hamburg 2006
- EMMERICH TÁLOS/ERNST HANISCH/WOLFGANG NEUGEBAUER/REINHARD SIEDER (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, Wien 1988
- JOSEF WEIDENHOLZER: Austromarxismus und Massenkultur. Bildungs- und Kulturarbeit der SDAP in der Ersten Republik. In: Gerhard Botz (Hg.): Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte (=Veröffentlichung des Ludwig-Boltzman-Instituts für die Geschichte der Arbeiterbewegung zu dessen zehnjährigem Bestehen), Wien 1978
- JOSEF WEIDENHOLZER: Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik. 2. Auflage, Wien 1983
- ERIKA WEINZIERL/KURT SKALNIK: Österreich 1918-1938. 2 Bände, Graz-Wien-Köln 1983
- WALTER WISSHAUPT: Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934-1938, Wien 1967
- STEFAN ZWEIF: Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Frankfurt 1970

